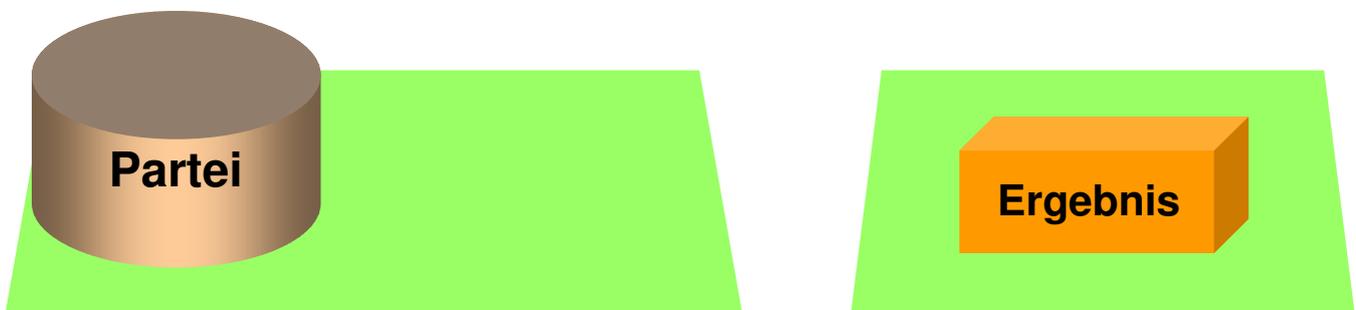


Einführung in das Verwaltungsverfahren

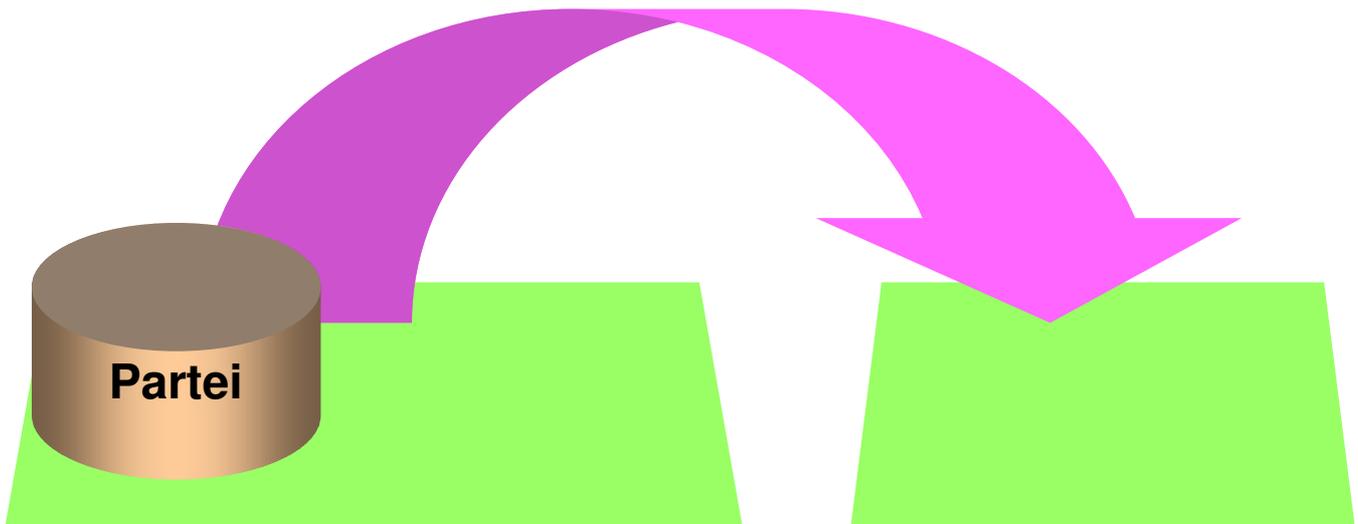
. Friedrich Lachmayer - Regine Pabst

5.- 7. März 2008



Verwaltungsverfahren

Ausgangs-Situation
Ziel-Situation



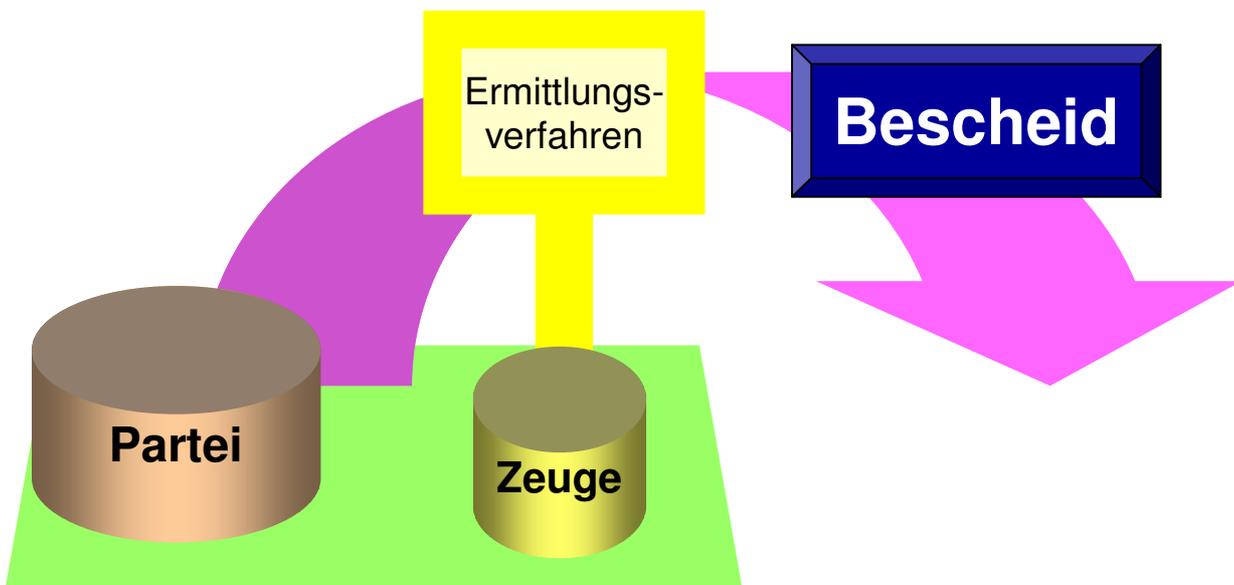
Verwaltungsverfahren

ist wie ein Brücke zu der Zielsituation

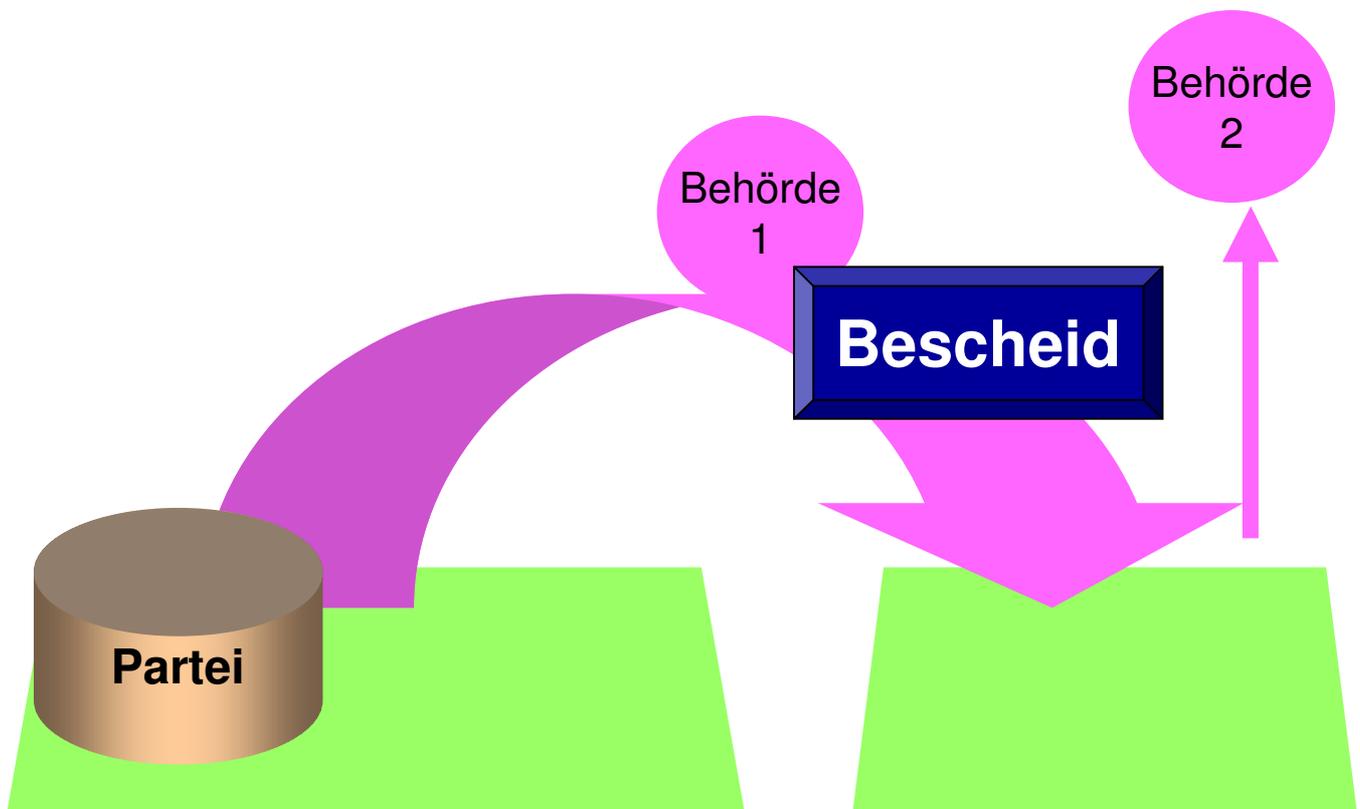


Bescheid

ist der zentrale Rechtsakt

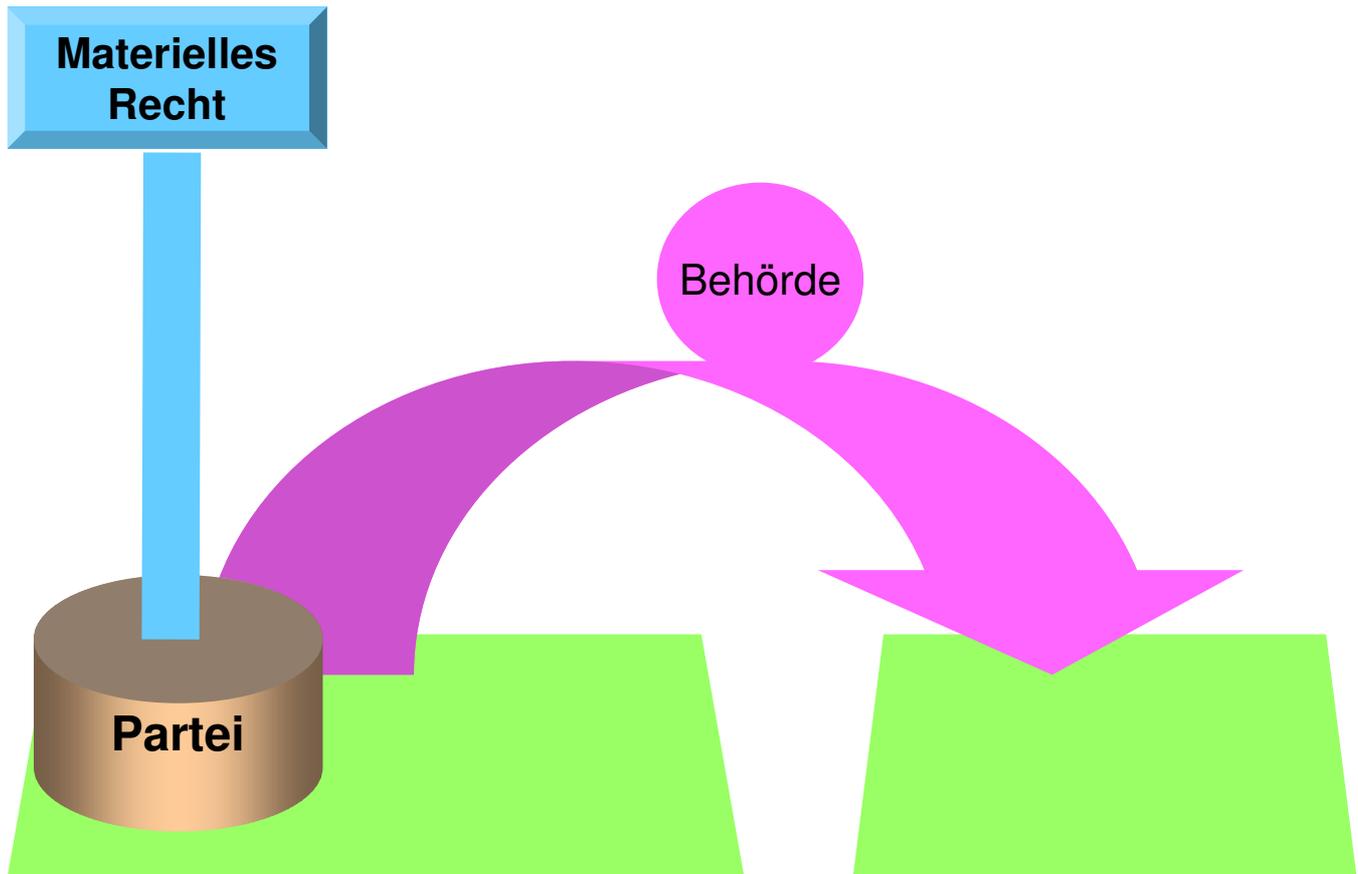


Dem Bescheid hat ein
Ermittlungsverfahren
vorauszu gehen



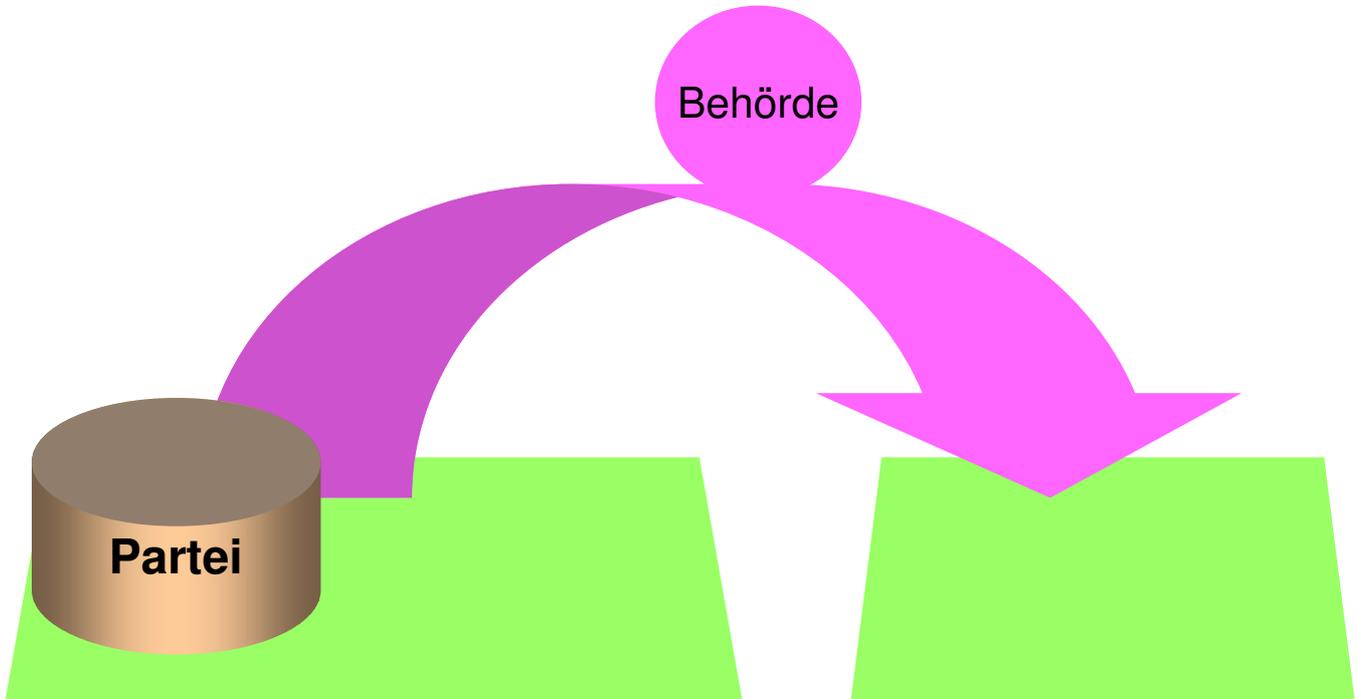
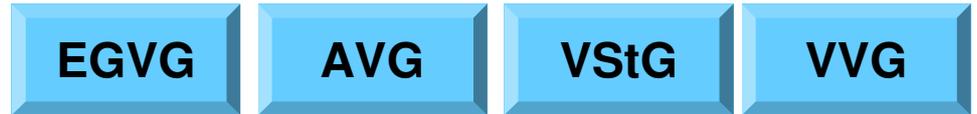
Behörde 1. Instanz

Behörde 2. Instanz



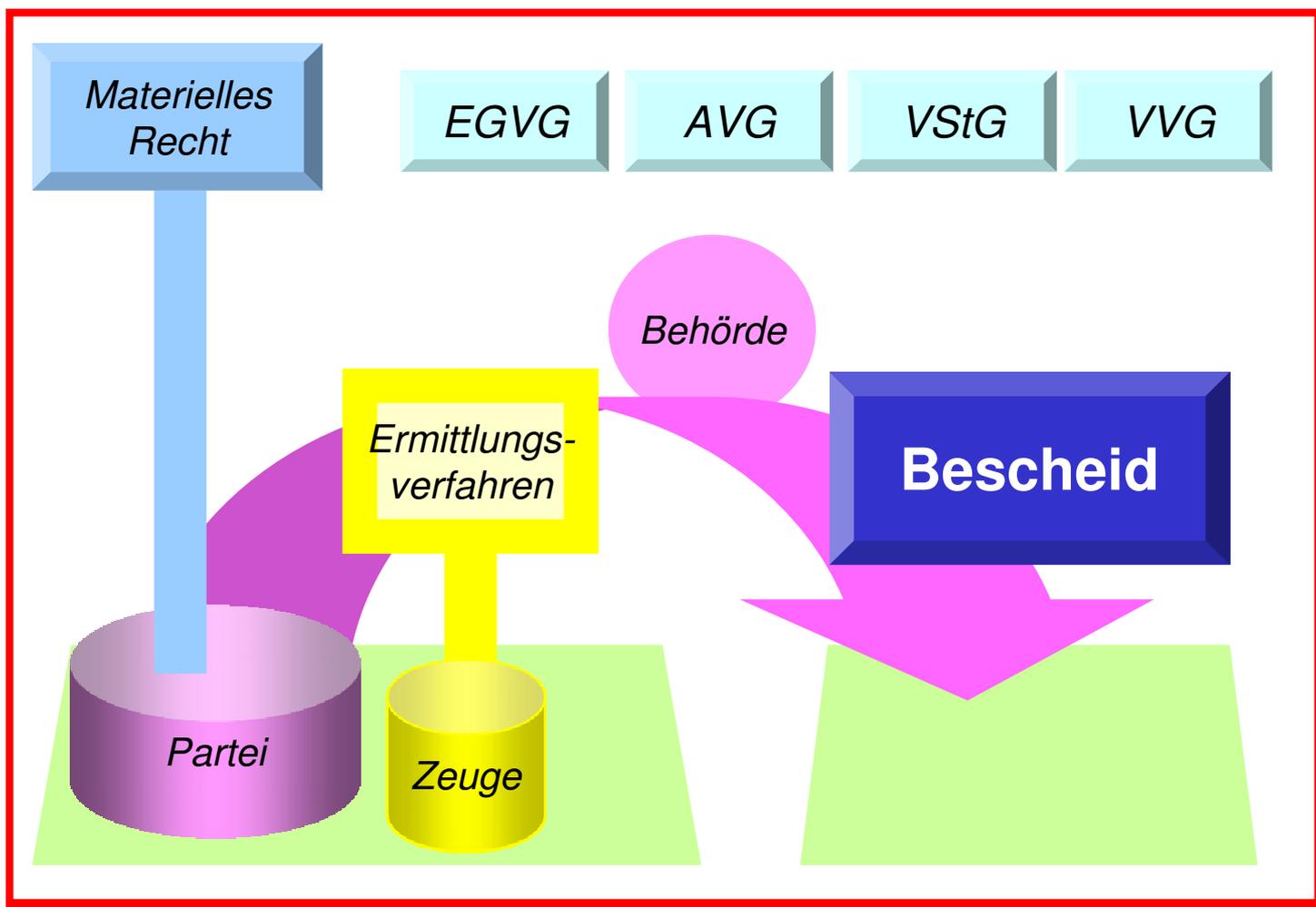
materielle Gesetze

*regeln die Rechte und Pflichten der Partei
zB StVO, KFG, GewO,*

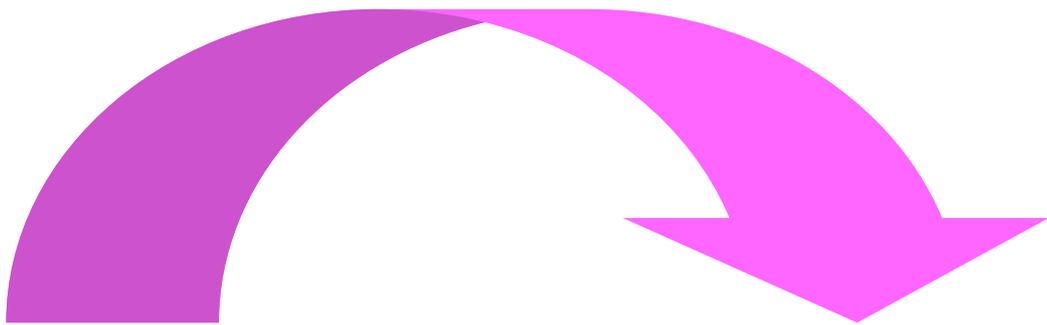


Verfahrens-Gesetze

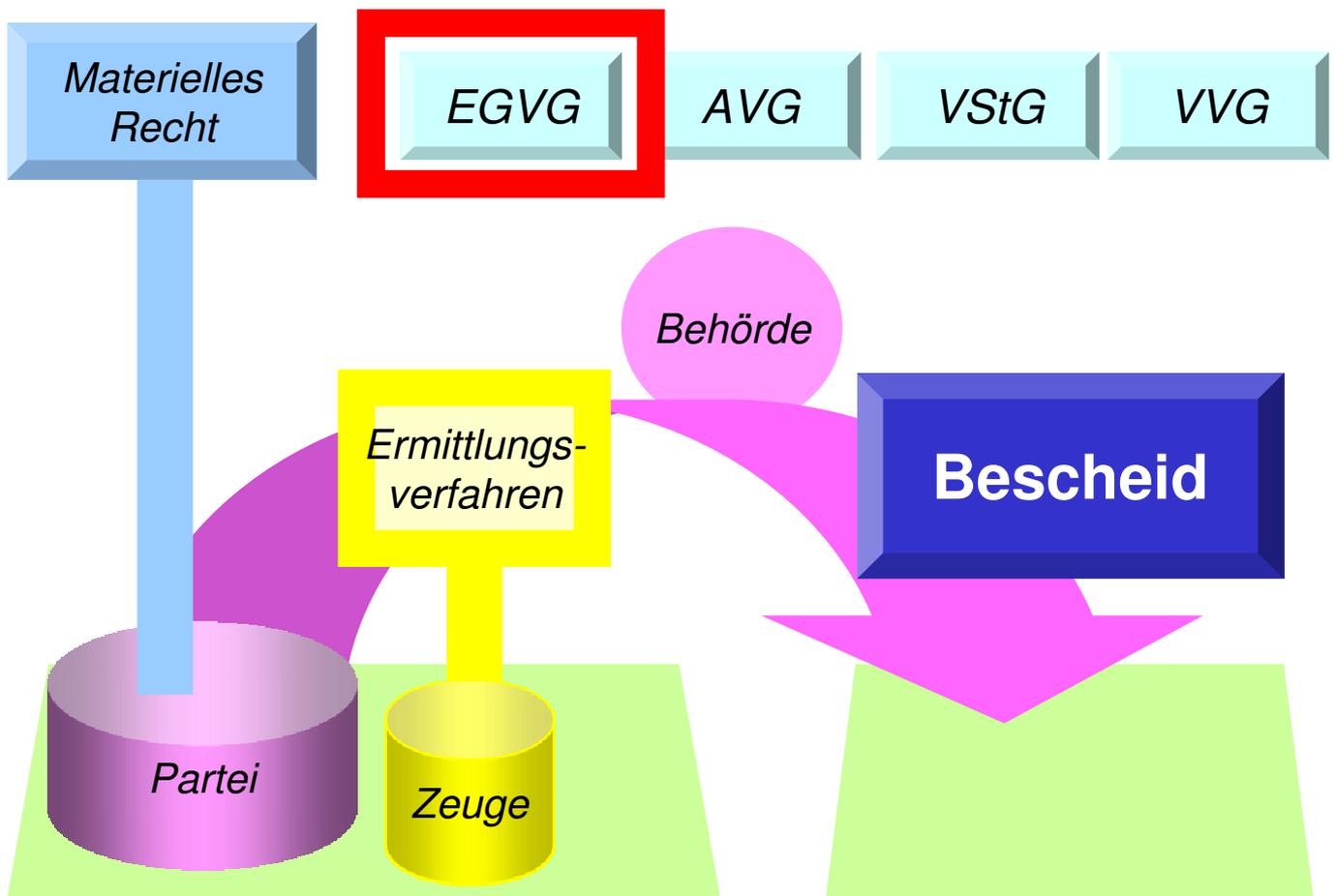
regeln das Verwaltungsverfahren



*Das Grundschema des Verwaltungsverfahrens
wird bei jeder Folie wiederholt*



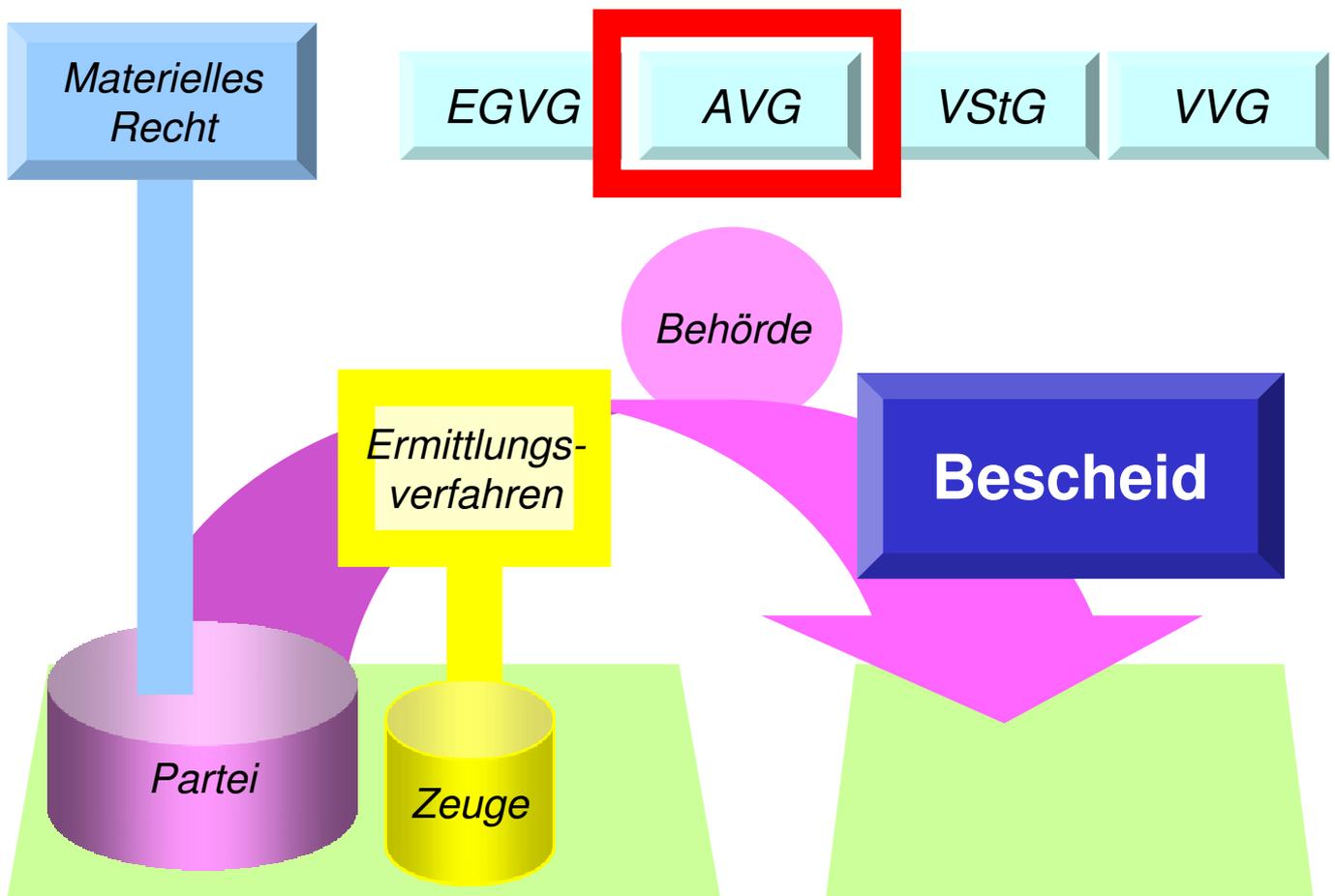
Verwaltungsverfahren



EGVG

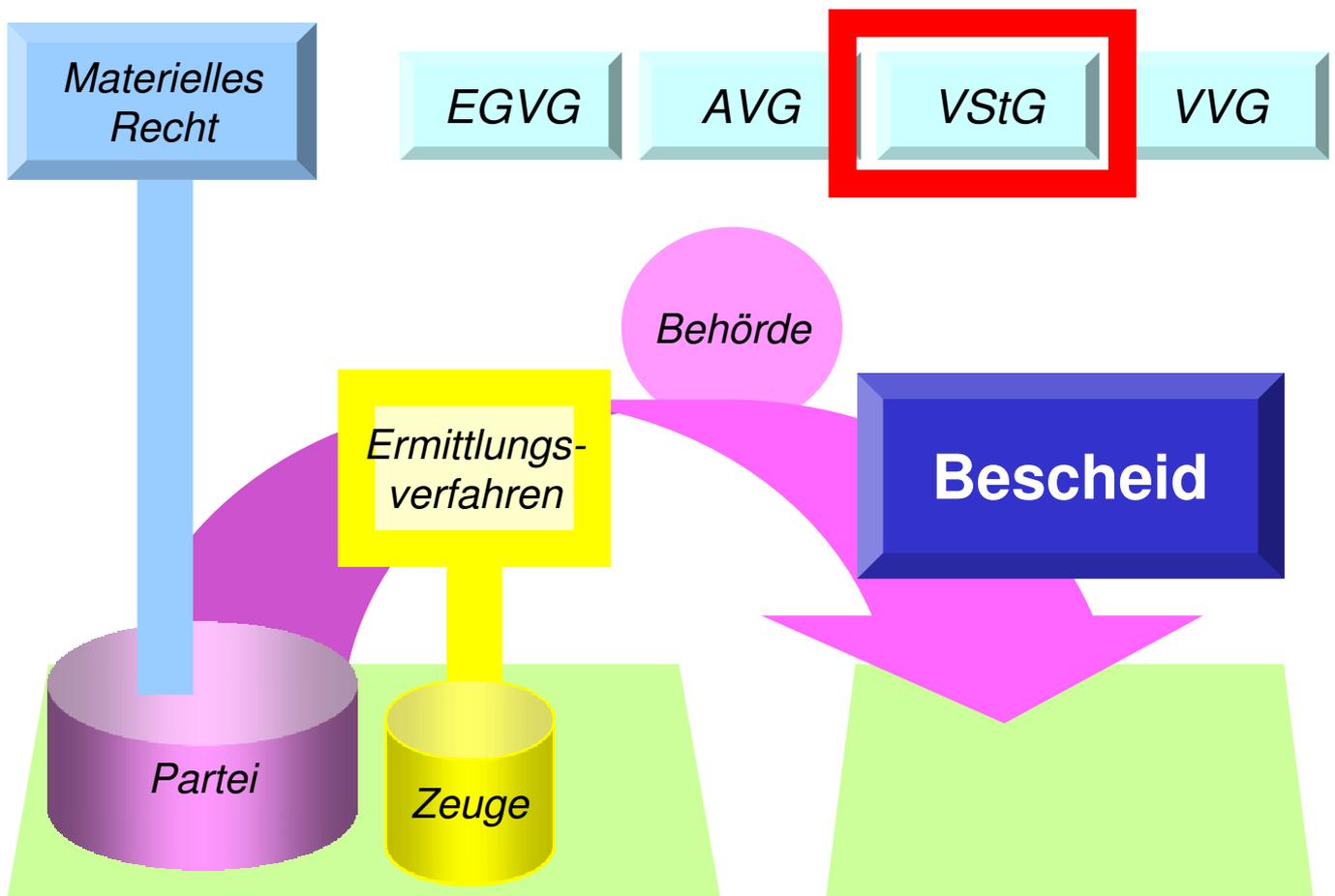
Einführungsgesetz zu den **V**erwaltungs-verfahrensgesetzen

*sagt, welche Gesetze es gibt
stammt aus 1925*



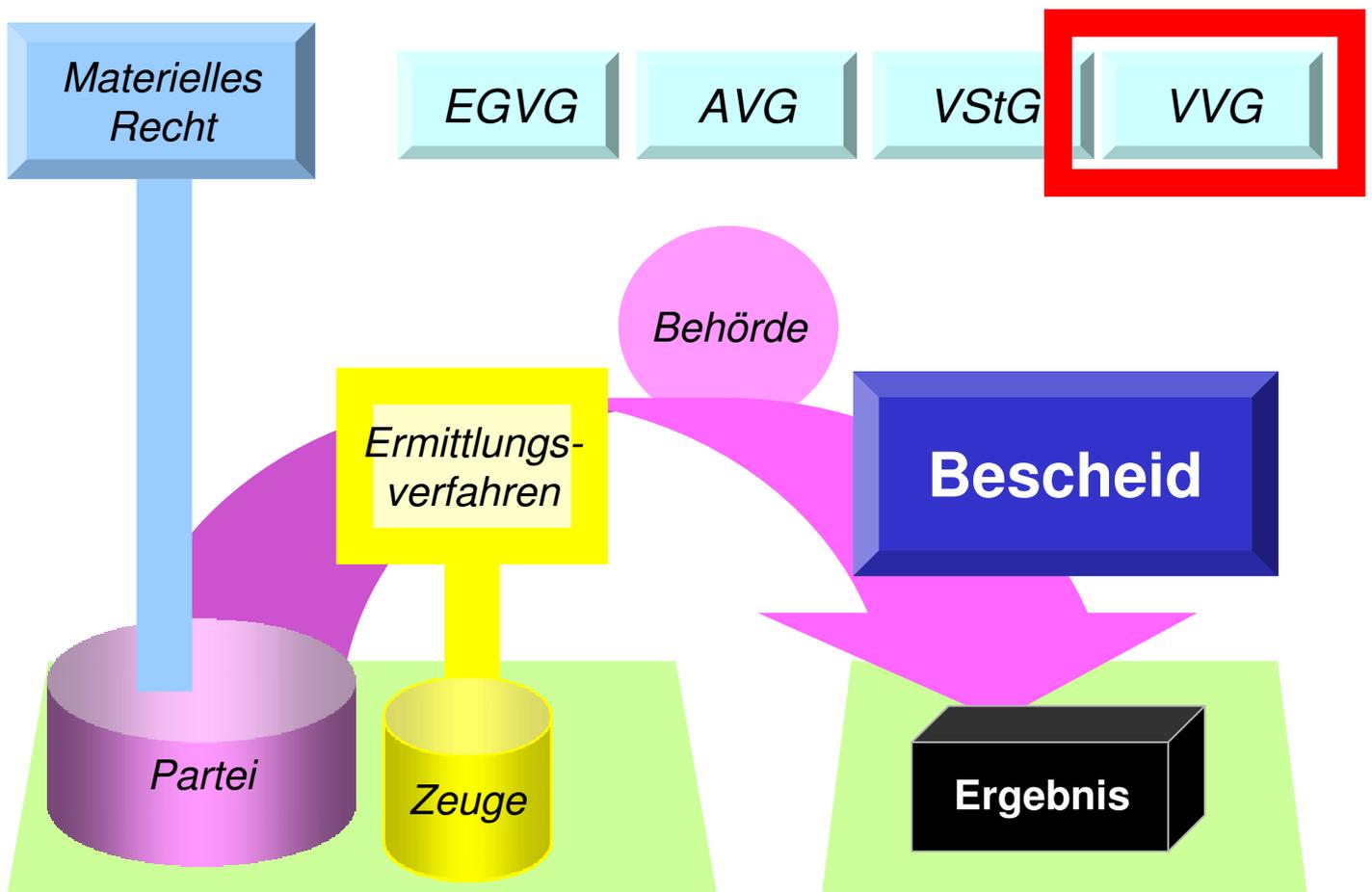
AVG Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz

*enthält allgemeine Regeln
ist hier interessant*



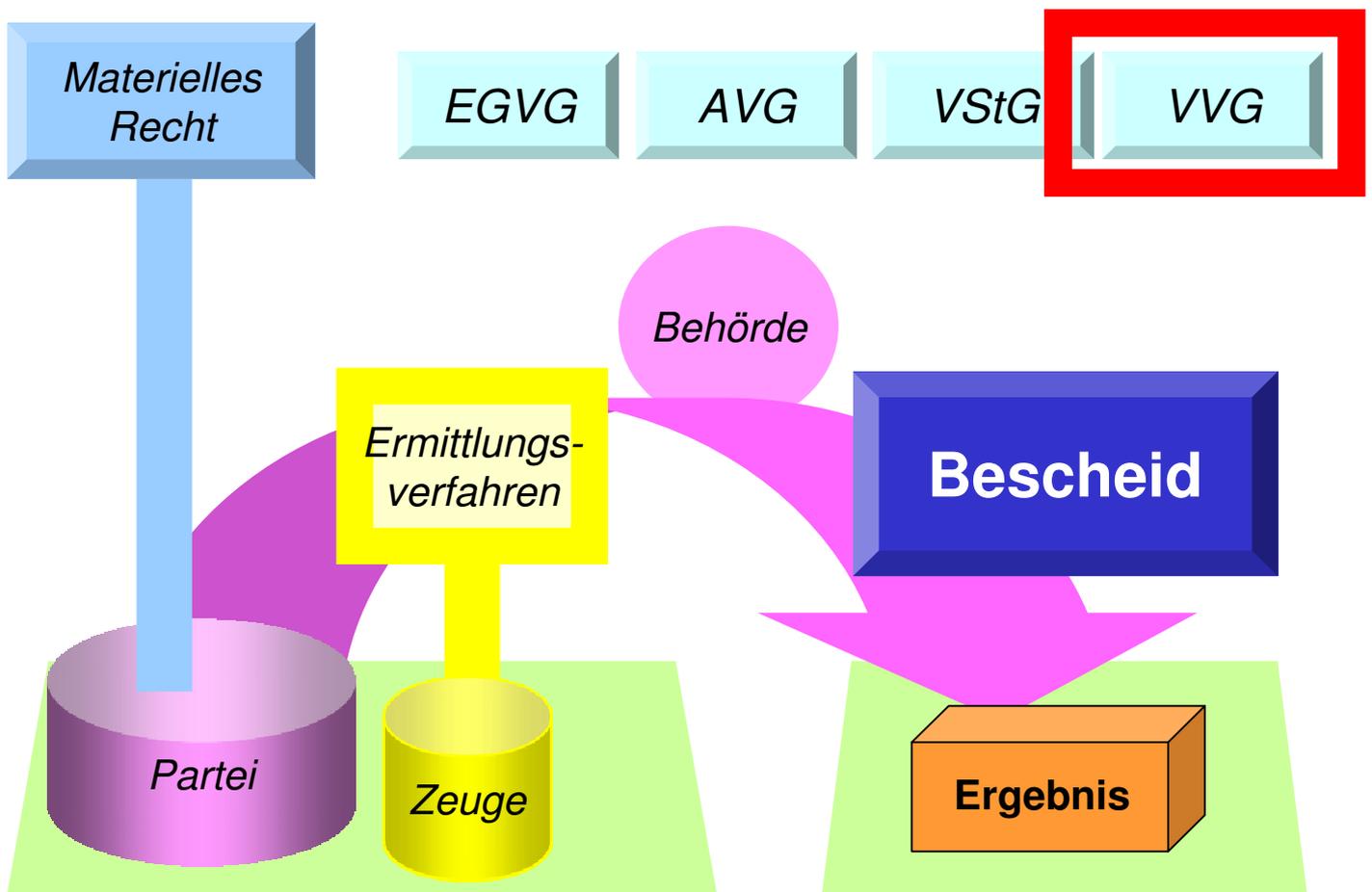
VStG Verwaltungs**straf**gesetz

*Organmandat, Strafverfügung
hier nicht Gegenstand*



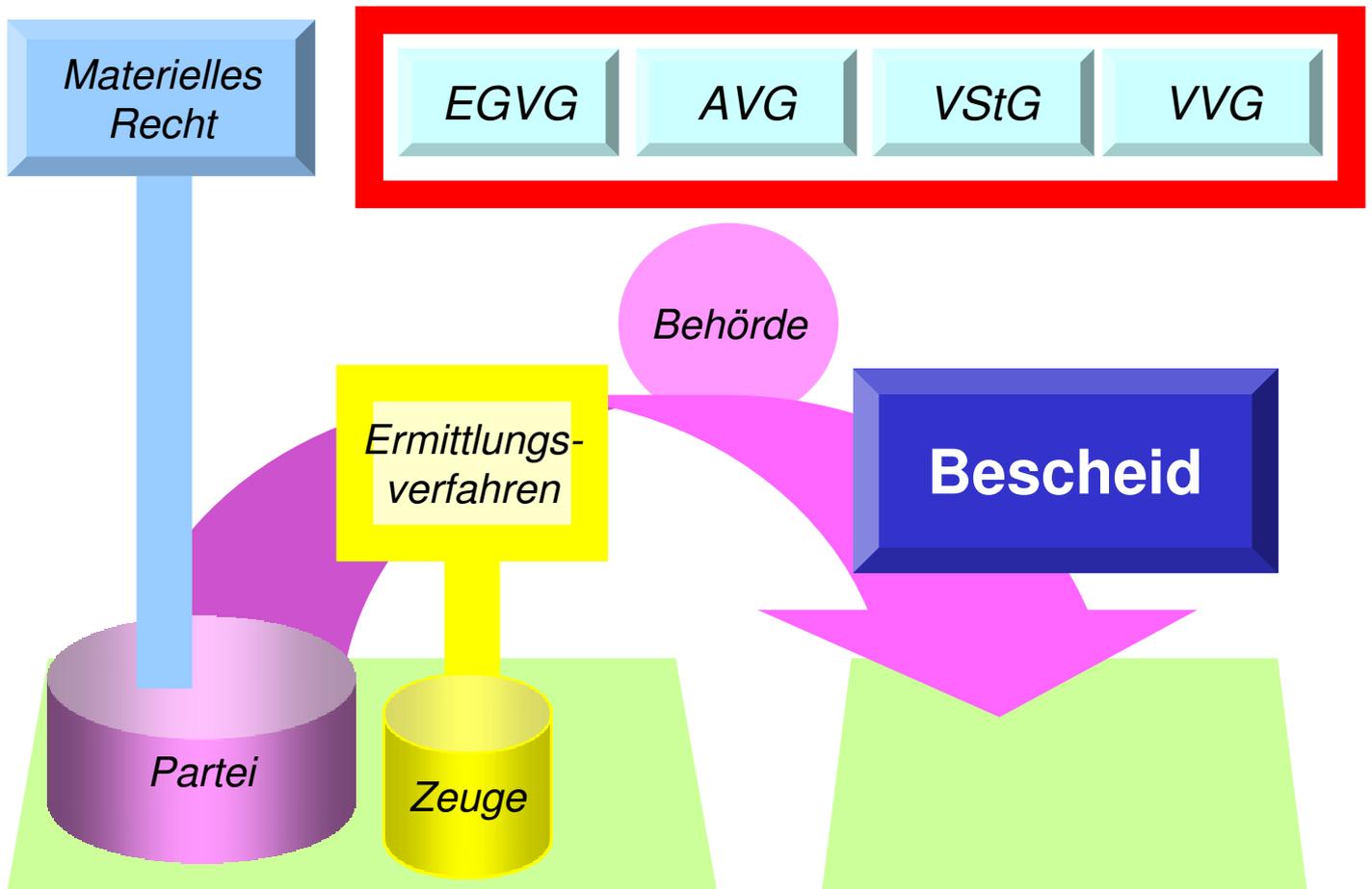
VVG Verwaltungs- vollstreckungsgesetz

*wenn der Bescheid nicht erfüllt wird,
wenn zB die Strafe nicht bezahlt wird,
wenn der Abbruchsbescheid nicht realisiert wird*



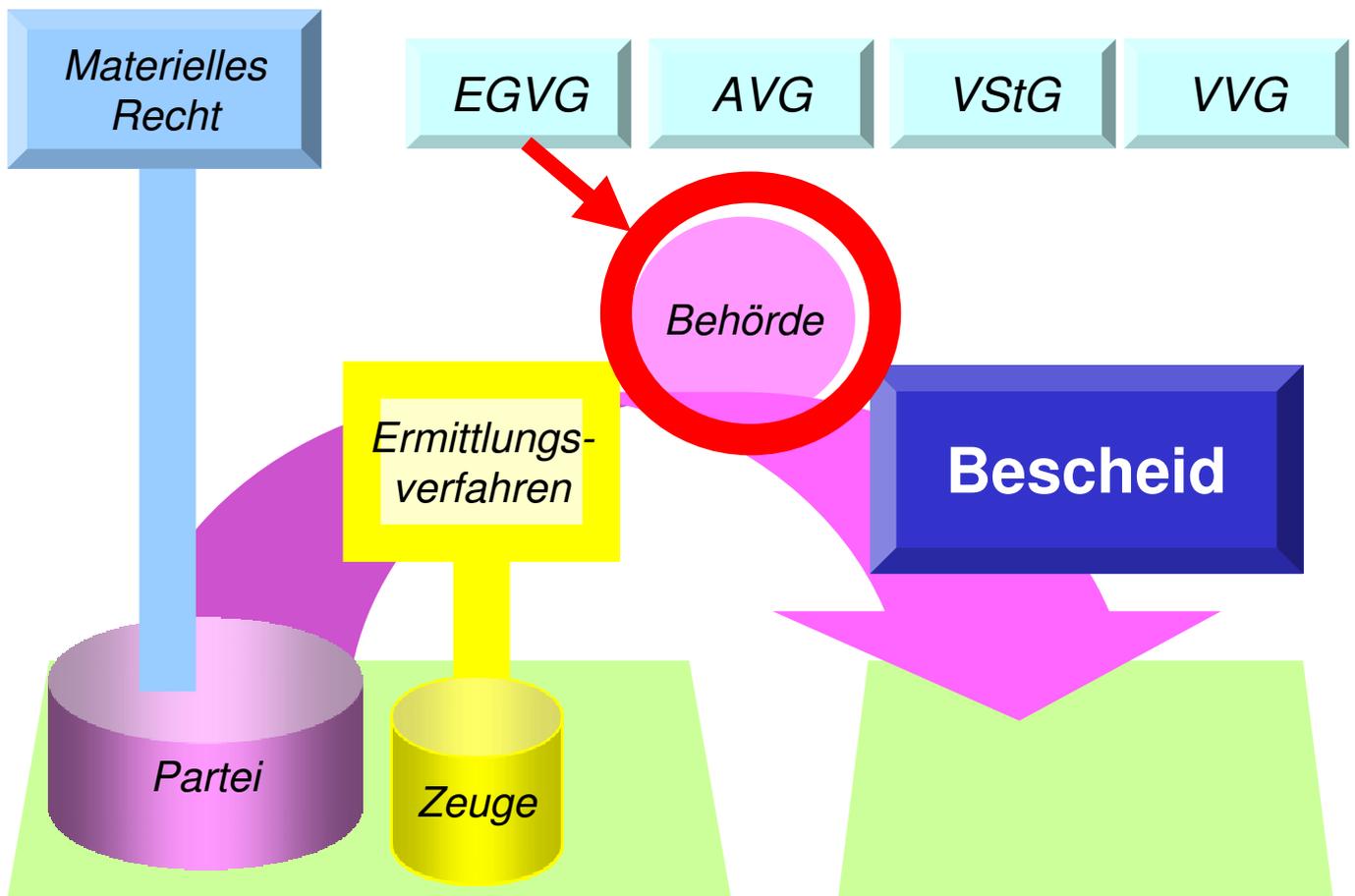
Verwaltungs- vollstreckungsverfahren

*Bescheid wird nicht erfüllt:
zB Ersatzvornahme:
Dritter macht das gegen Kostenersatz
zB Wegräumen des Schnees*



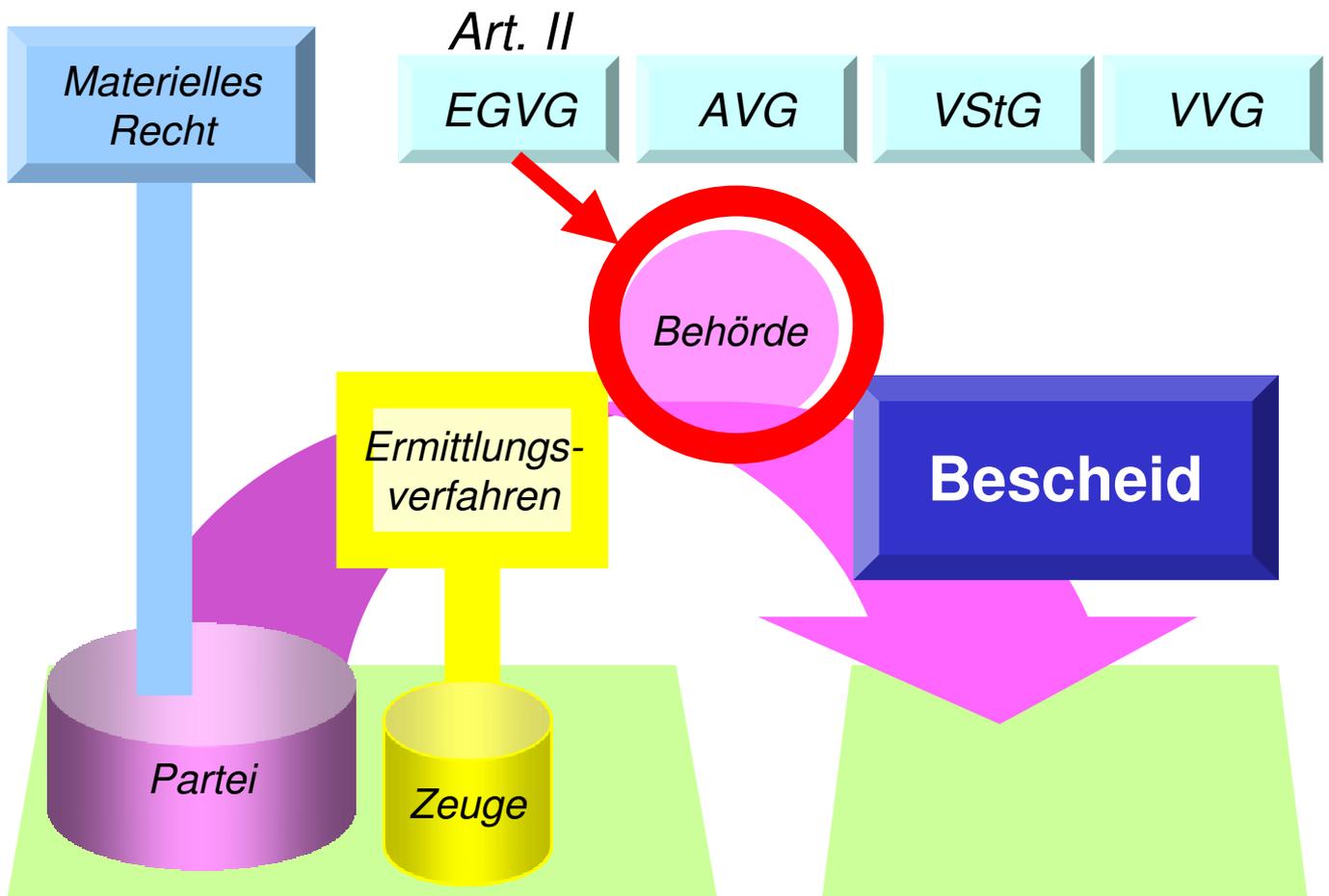
Verfahrensgesetze gelten für Bund **und** Länder

*zB gleiche Berufungsfristen
absurd, wenn pro Land verschiedene
Fristen: **2 Wochen**, 14 Tage, 3 Wochen*



wer hat Verfahren anzuwenden?

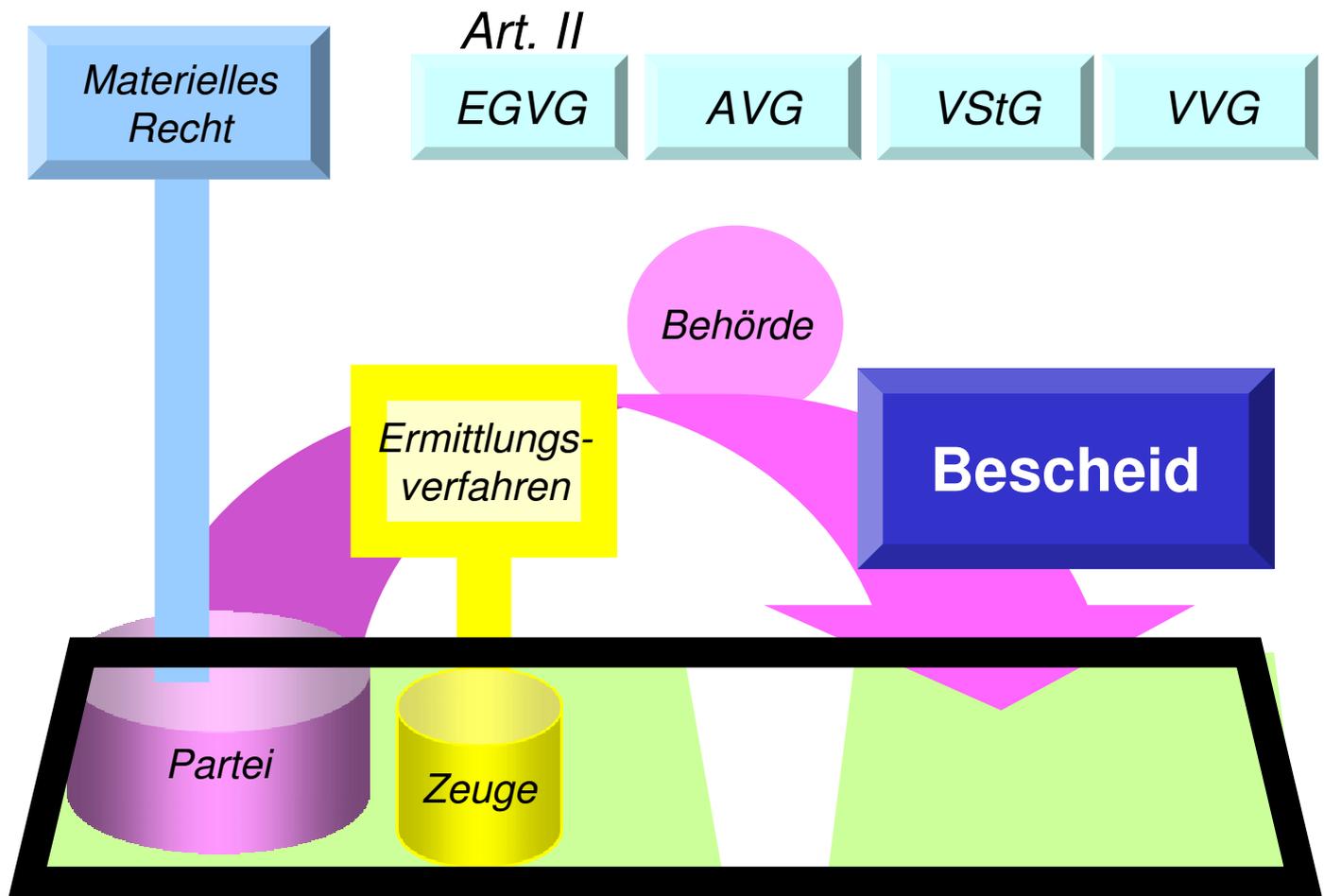
die Vw-Behörde



positive Abgrenzung

Liste der Vw-Behörden die das AVG anwenden

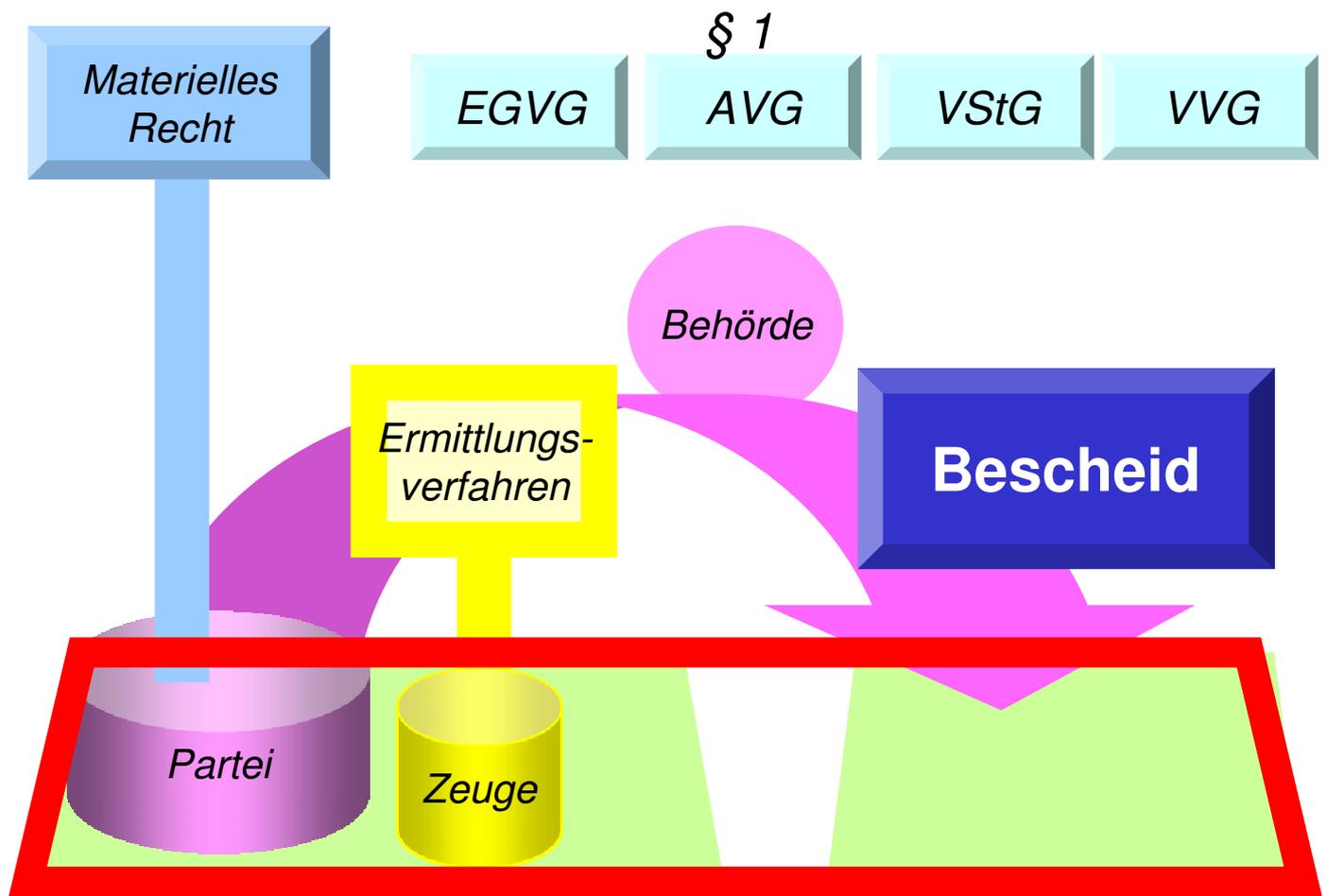
*LH, LReg, BM, BezH, UVSidLändern,
Bundespolizei, DSK*



negative Abgrenzung

*Liste von Angelegenheiten,
für die das AVG nicht gilt*

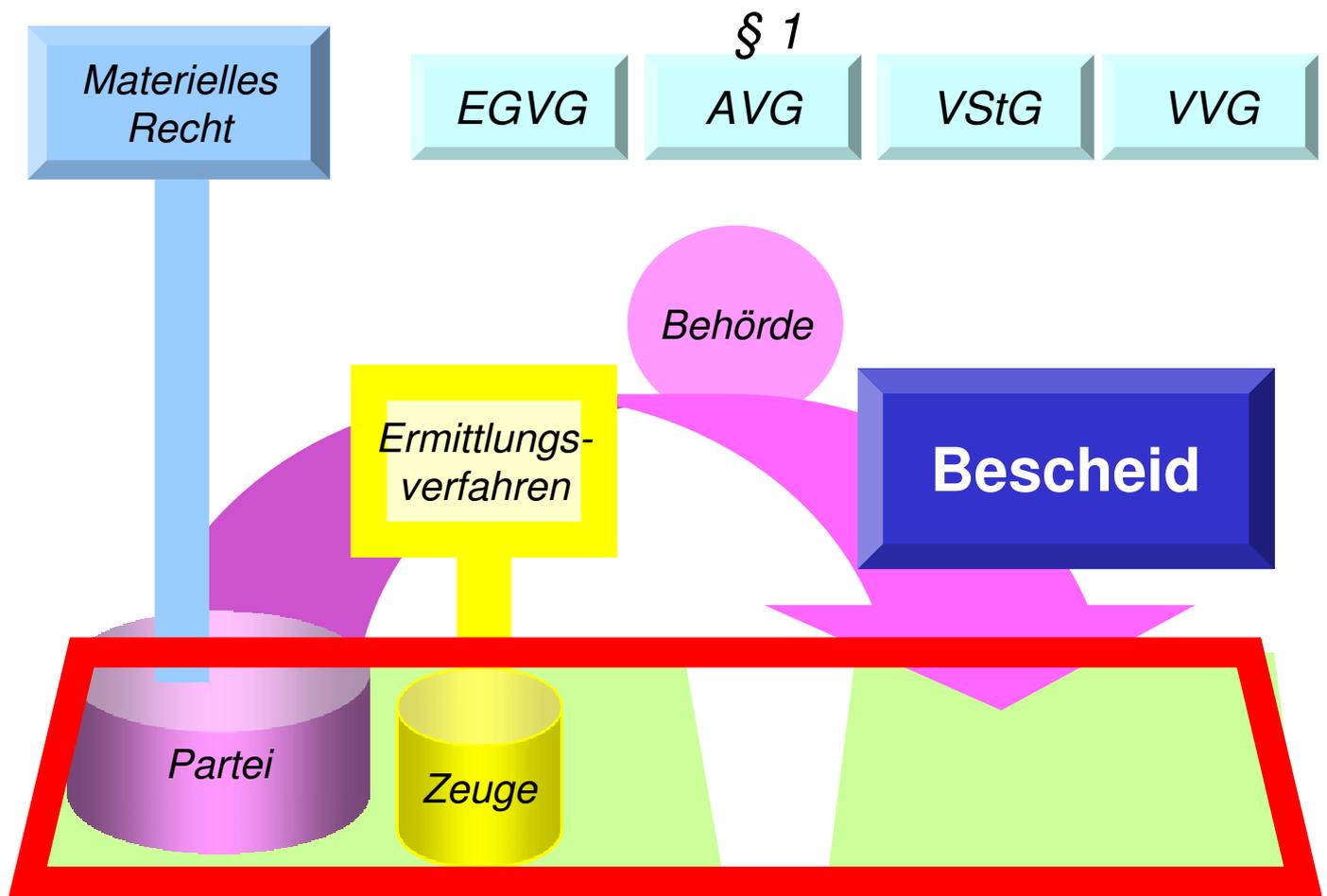
*Dienstrecht, Finanzrecht,
Durchführung der Prüfung*



Zuständigkeit

Angelegenheiten, für welche von der Behörde Maßnahmen getroffen werden können

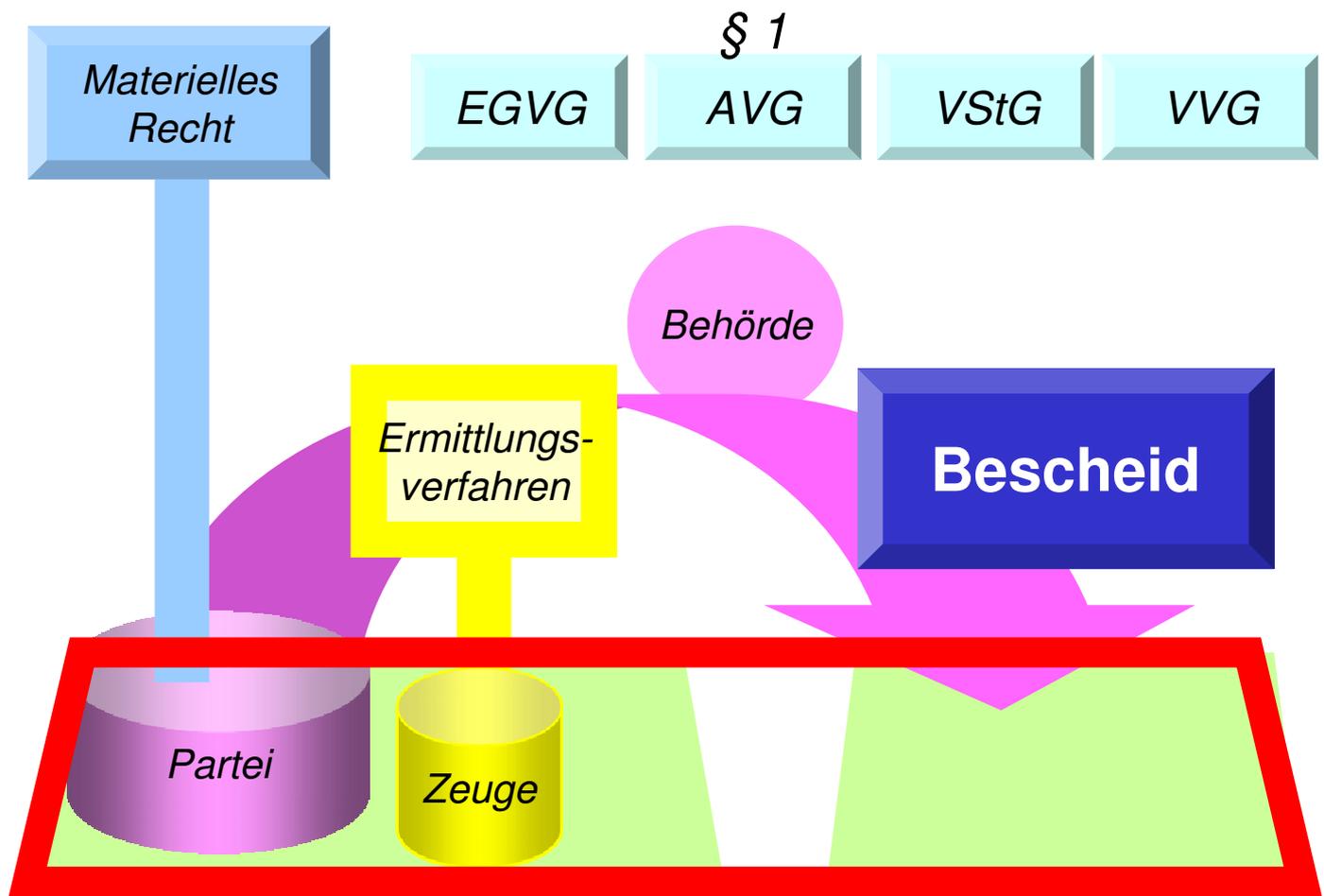
„Revier“



sachliche Zuständigkeit

welche *Art/Typ* von Behörde:
LH oder *LReg.* oder *BM*?

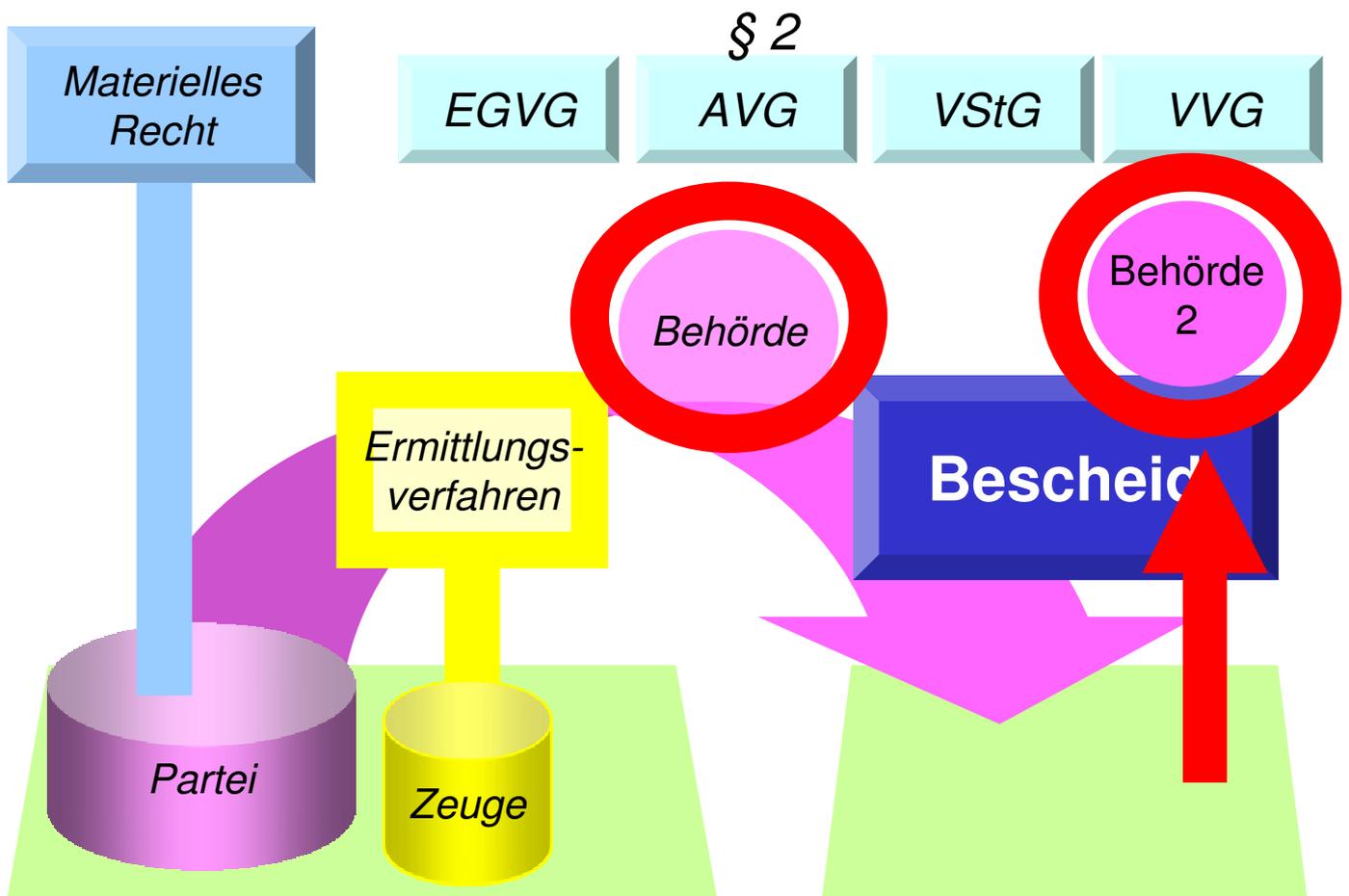
Kann wegen Fristen wichtig sein



örtliche Zuständigkeit

welches Gebiet

*der LH von Wien oder der LH von NÖ?
Sitz der Firma in Wien aber Betrieb in OÖ
Gewerbeverfahren, Wasserbewilligung*

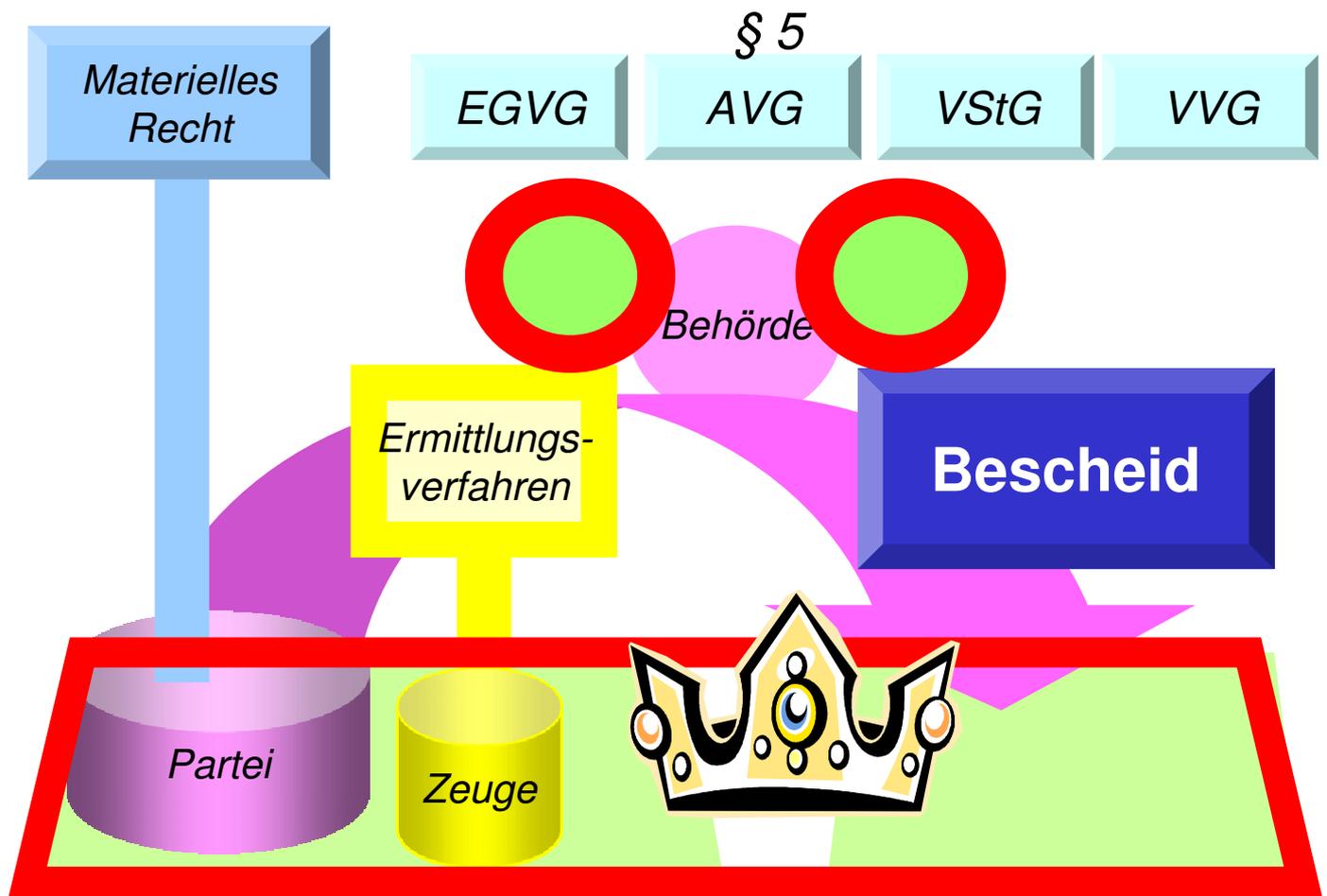


Instanzenzug:

in der mittelbaren Bundesverwaltung

2. Instanz: LH

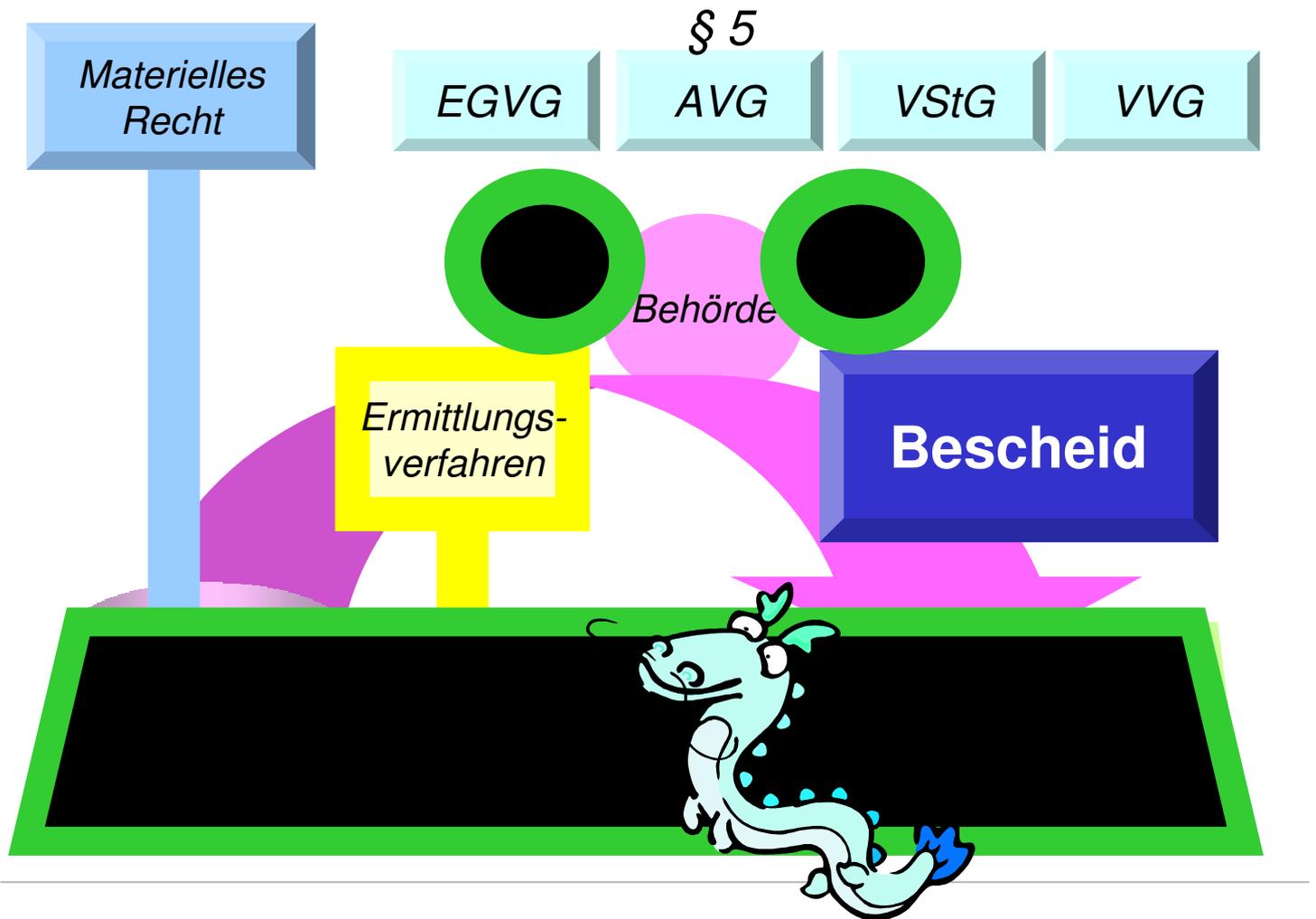
1. Instanz: BezHauptmann



positiver Zuständigkeitskonflikt

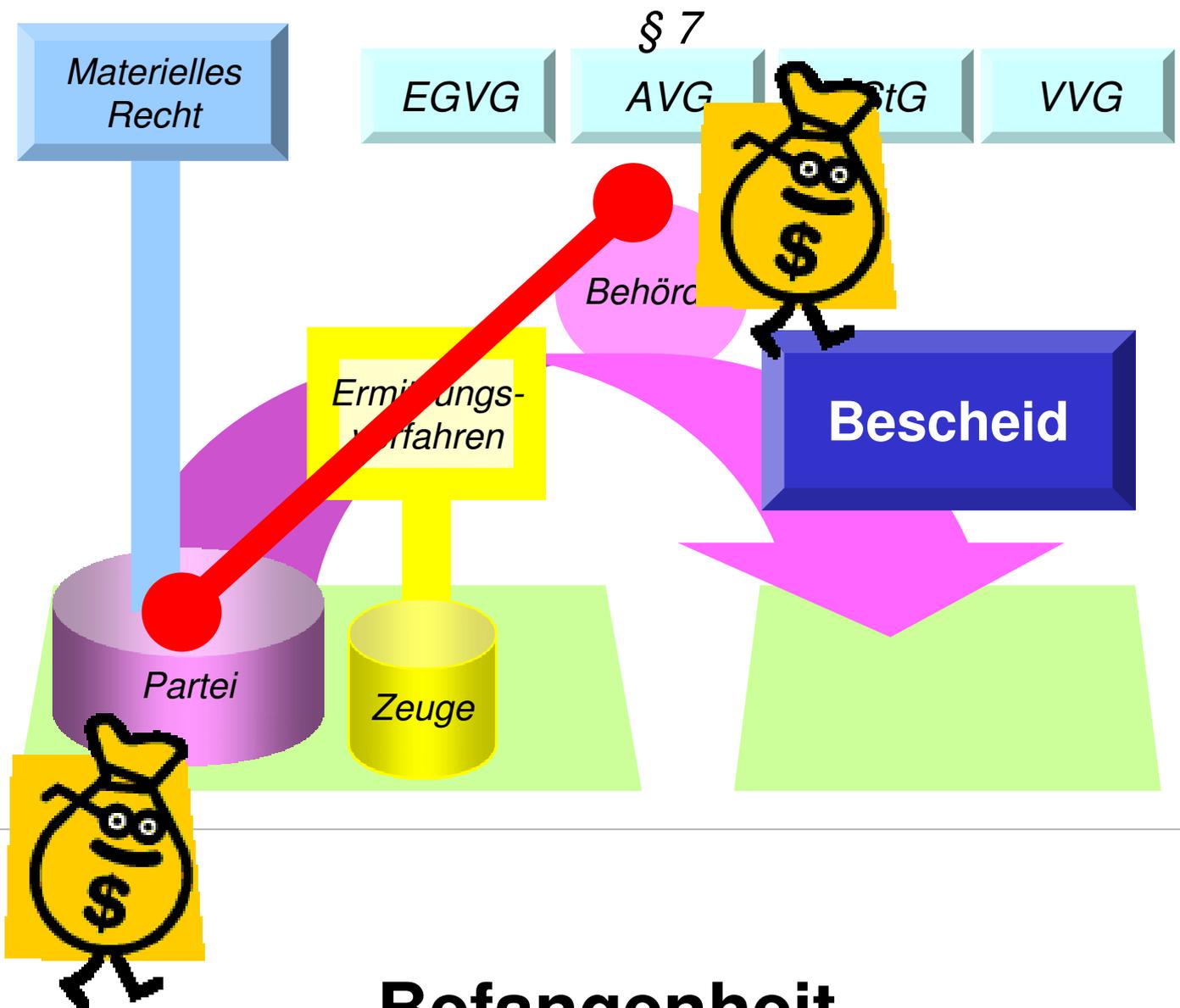
beide Behörden wollen die Angelegenheit regeln

zwei Prinzen wollen König werden



negativer Zuständigkeitskonflikt

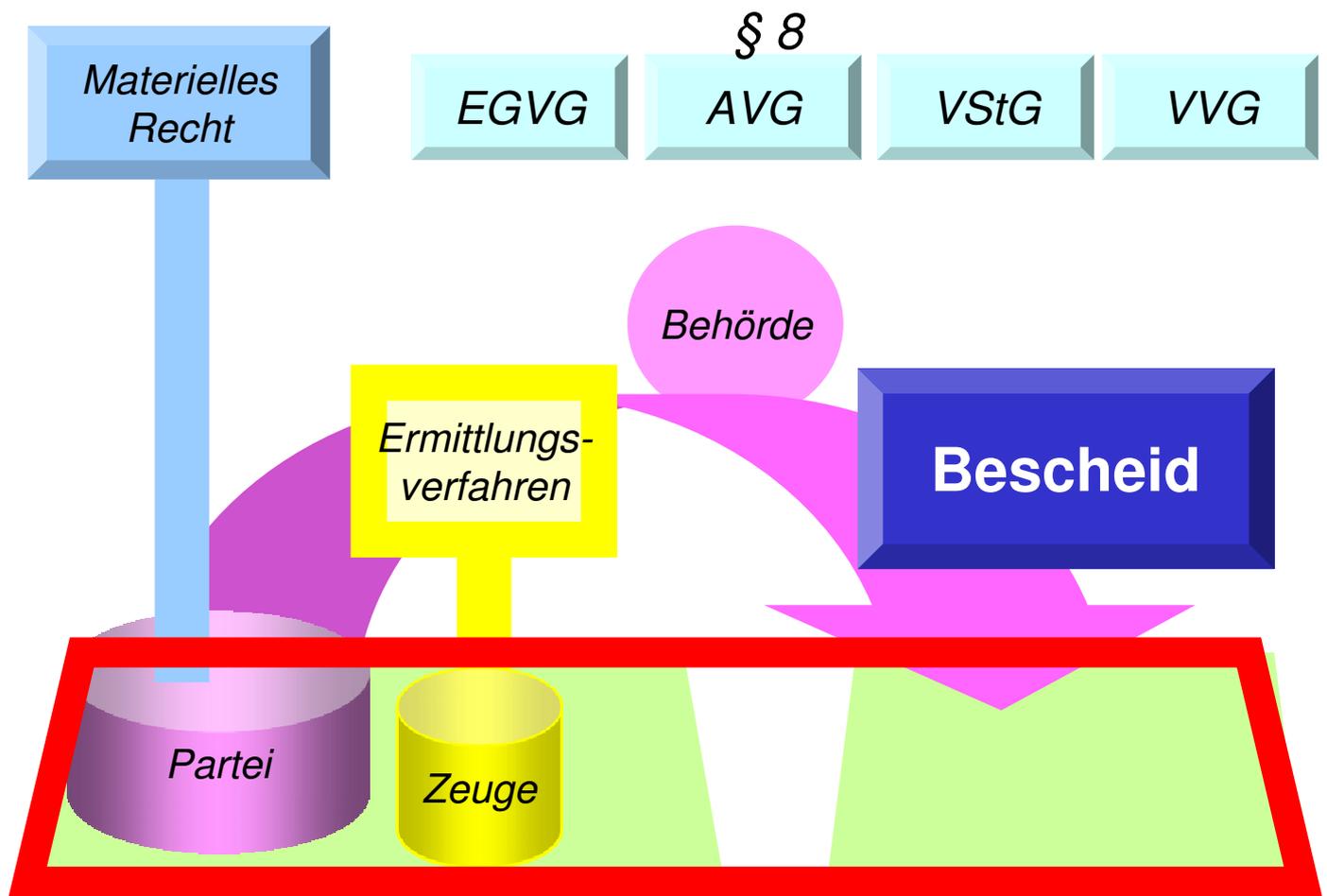
beide Behörden wollen nicht arbeiten



Befangenheit

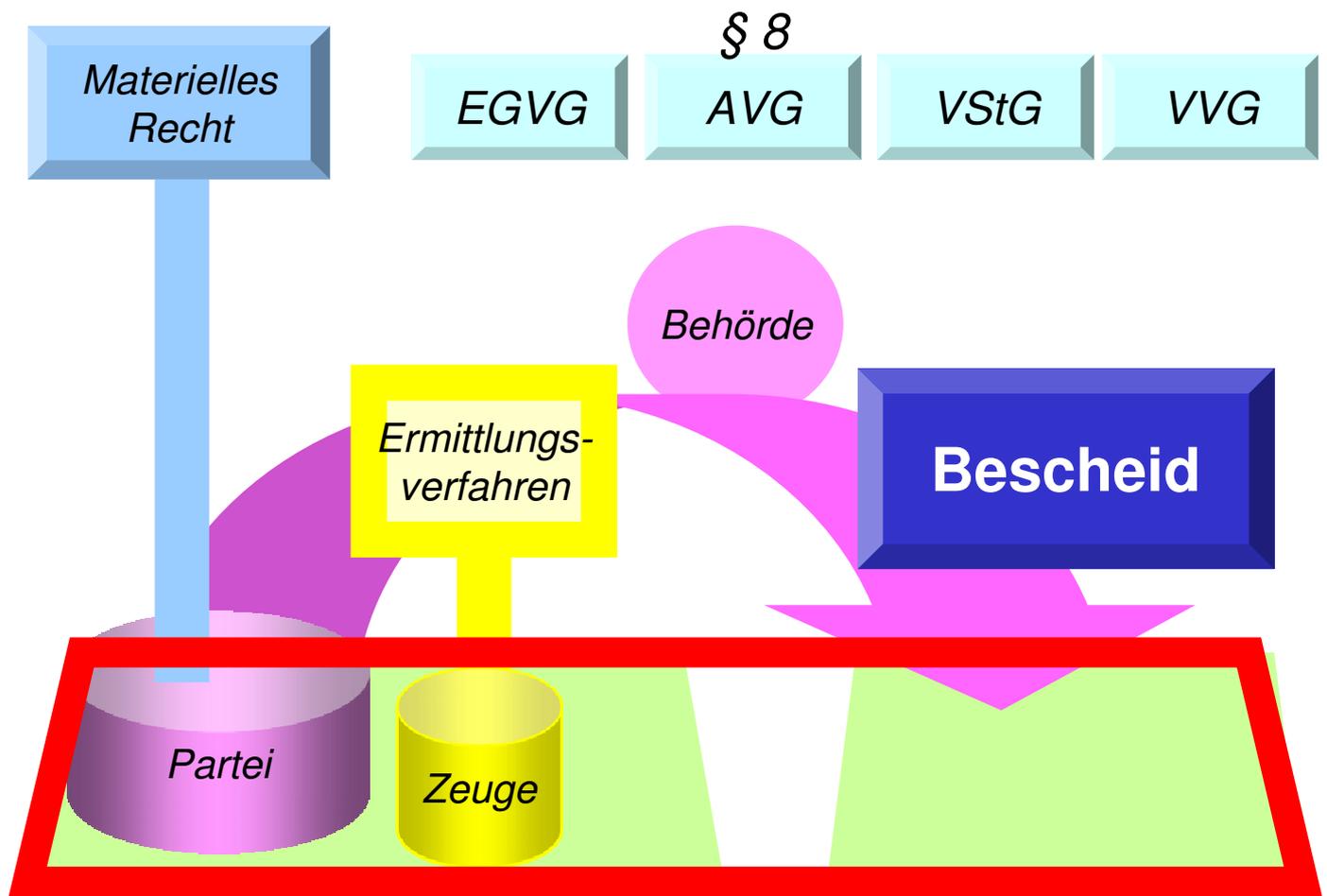
*der Organwahrer der Behörde
ist von der Sache selbst betroffen:*

*darf selbst nicht handeln
muss sich vertreten lassen*



Die Menschen befinden sich in Lebenssituationen

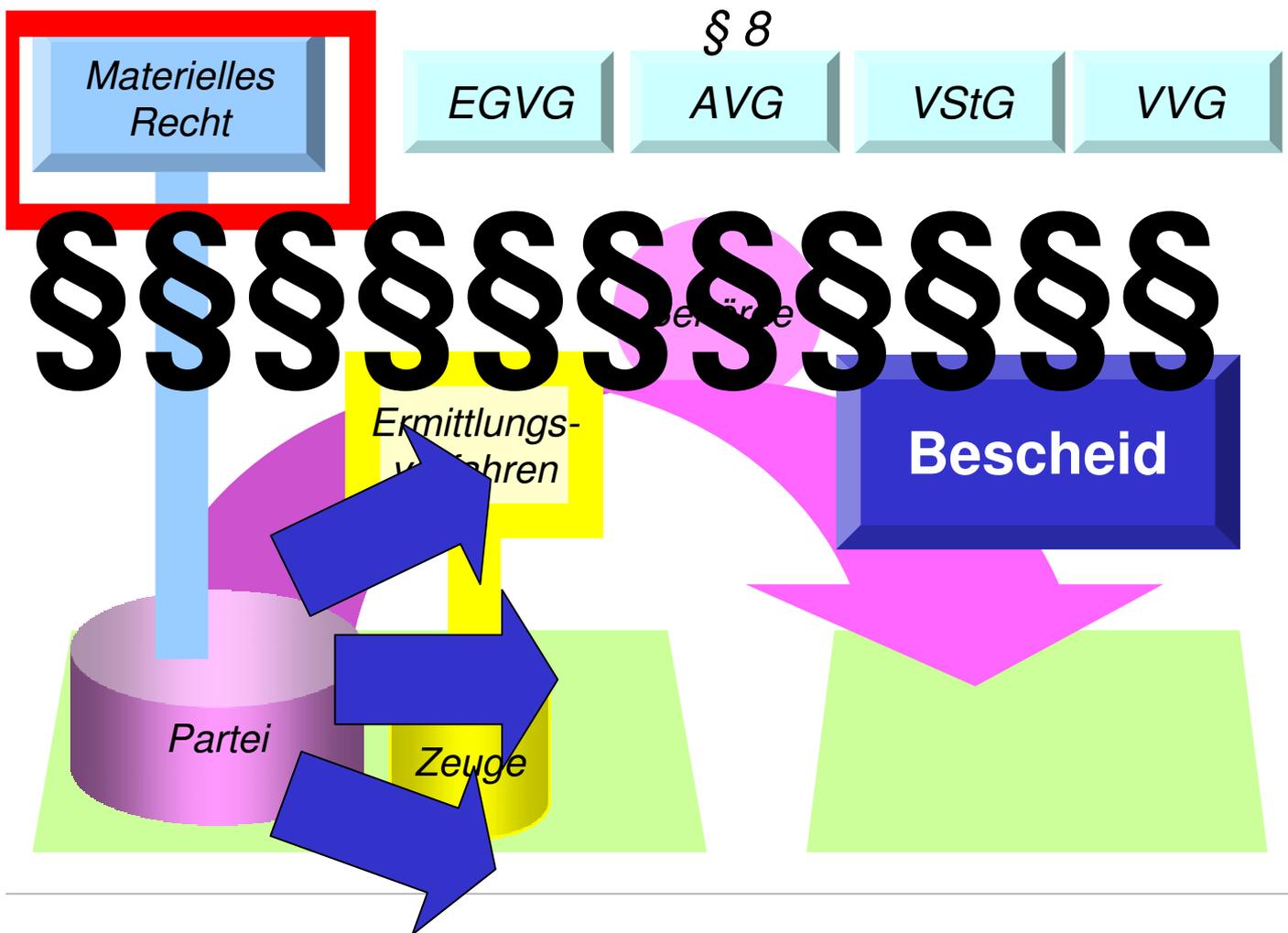
Reise, derzeit kein Pass, daher Passantrag



Internet-Hilfe in Lebenssituationen

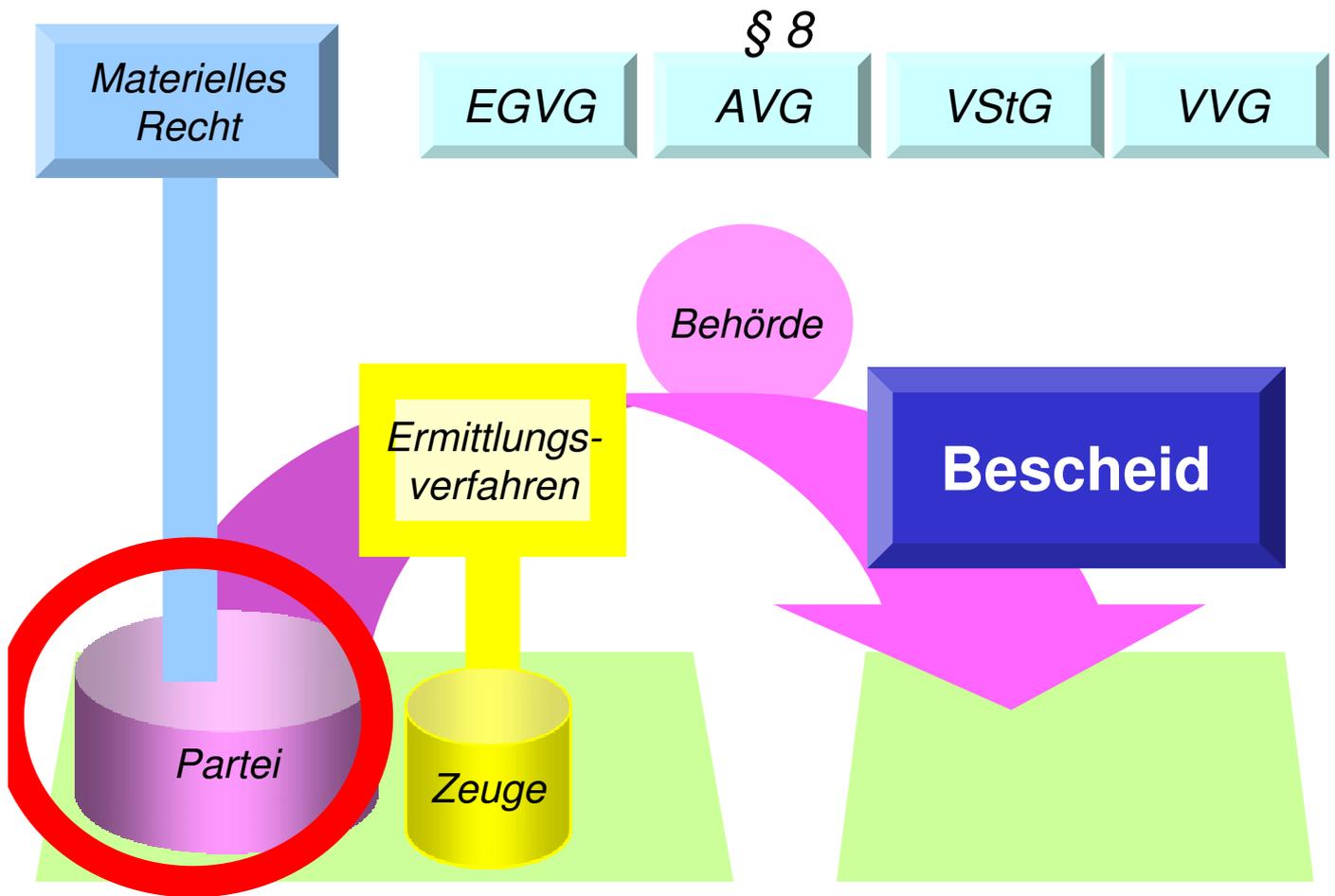
www.help.gv.at

Checklisten, Links, Formulare



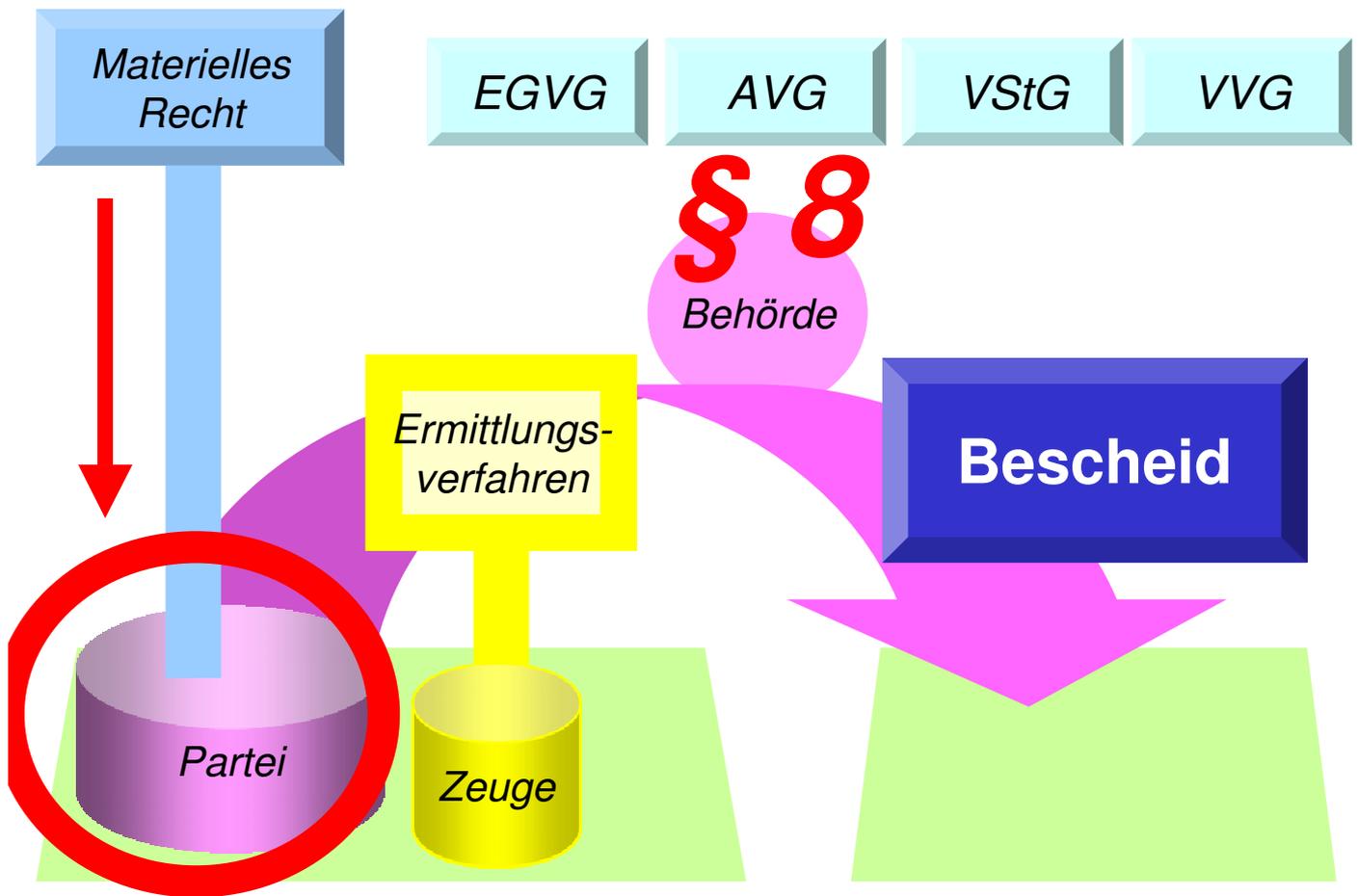
**Das materielle Recht
räumt der Partei ein Recht oder
einen Rechtsanspruch ein**

Passgesetz regelt Bedingungen für Pass, StVO



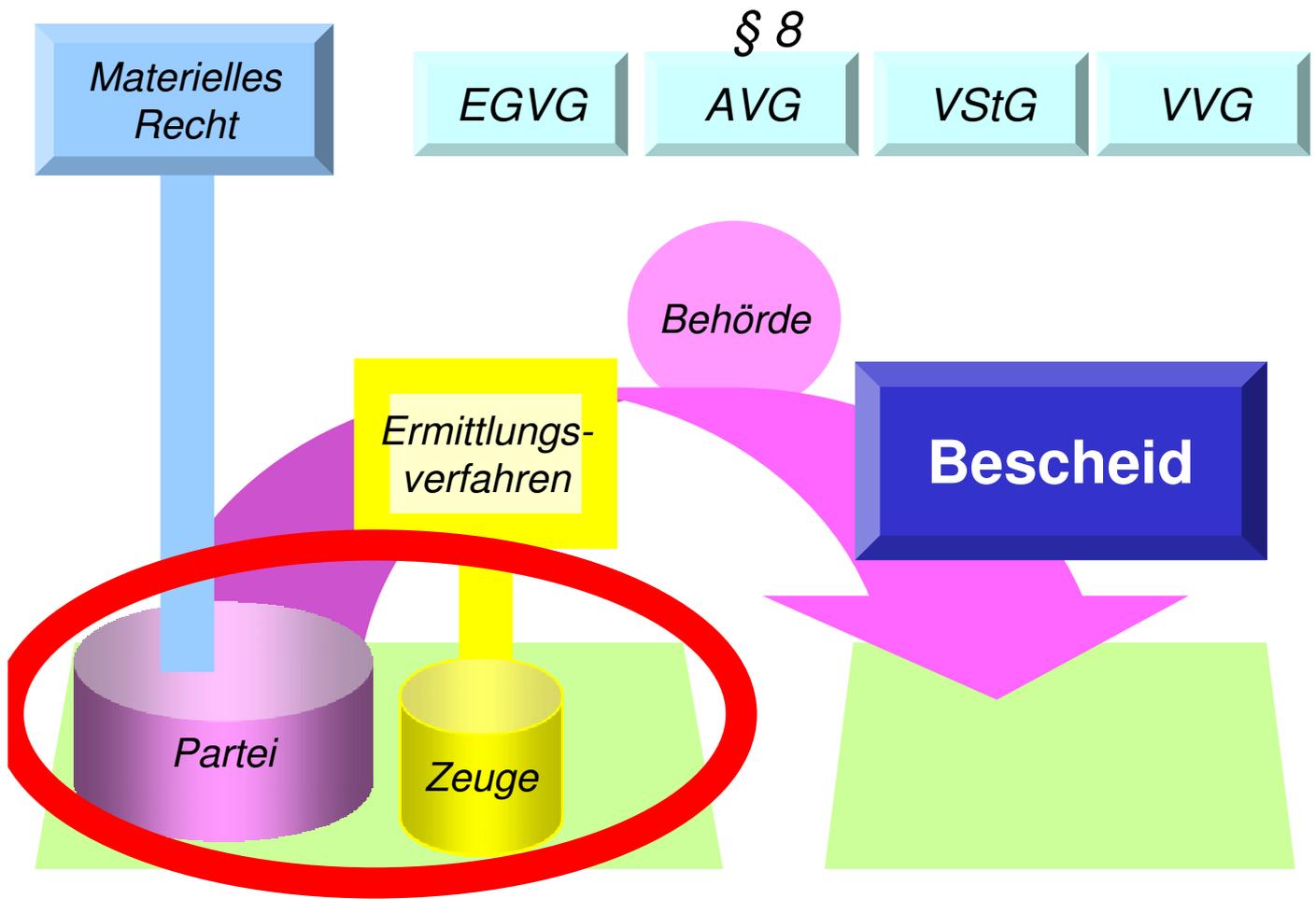
nur die „Partei“ hat die vollen Verfahrensrechte

*Akteneinsicht, Stellungnahme, Parteiengehör,
Zustellung des Bescheides, Berufung*



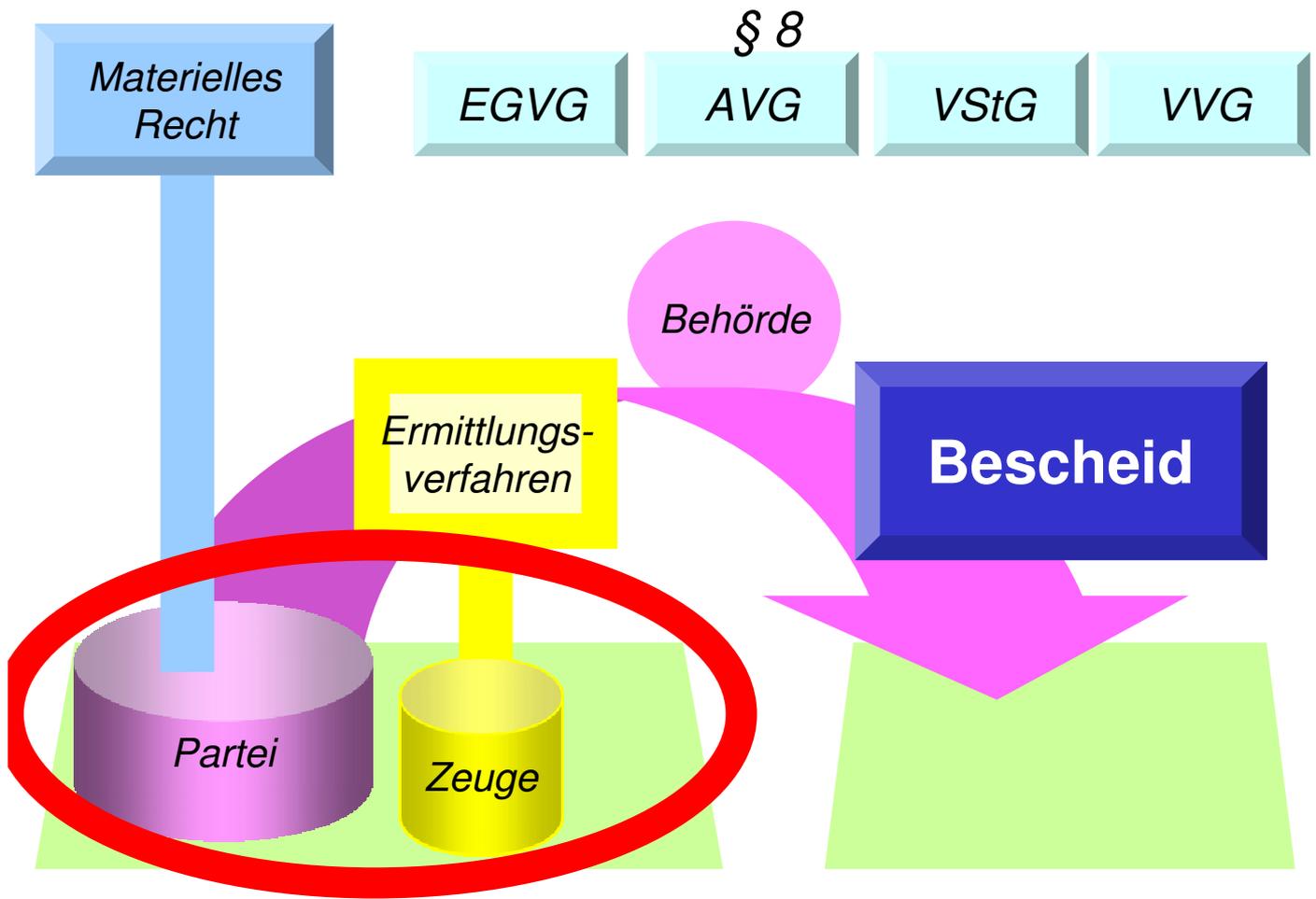
Wer ist Partei?

*das sagt das Gesetz:
„Recht“ oder einen „Rechtsanspruch“*



Beteiligter ist **weiter** als Partei und umfasst auch die Zeugen

wer etwas **von** der Behörde will oder **auf den** sich
die Tätigkeit der Behörde bezieht



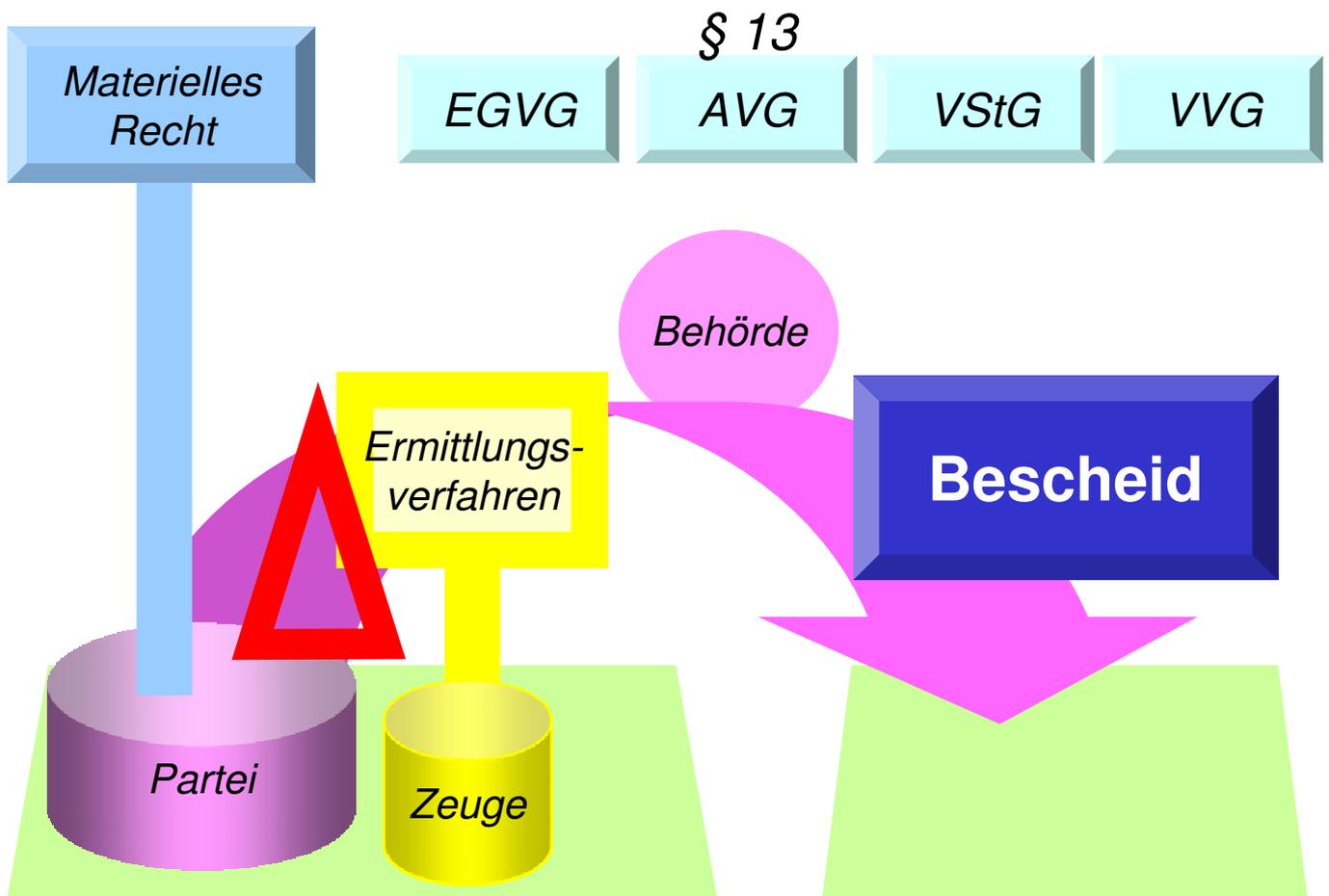
Beteiligter

aktiv:

*wer etwas **von** der Behörde will*

passiv:

*oder **auf den** sich die Tätigkeit der Behörde bezieht*

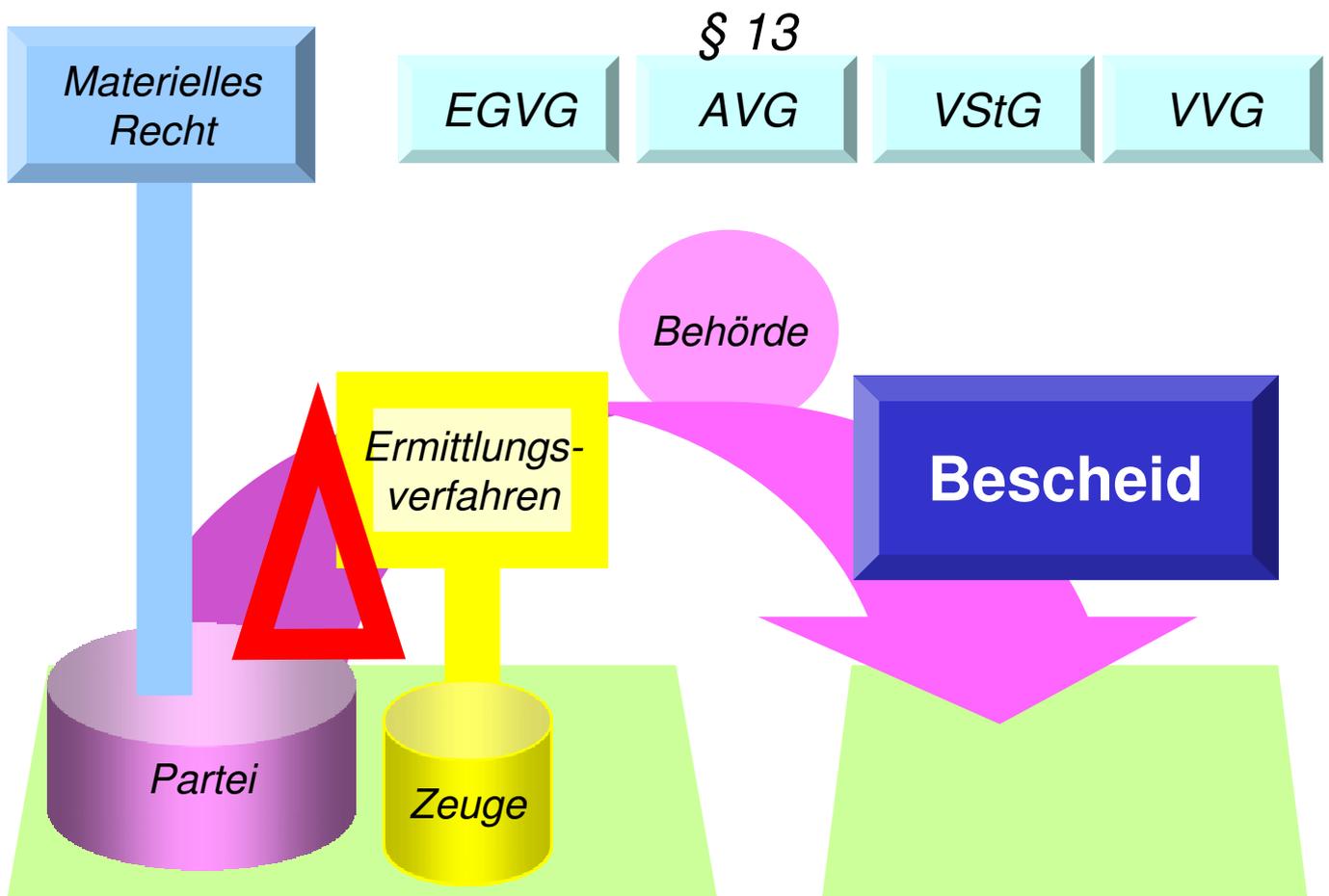


Antrag („Anbringen“)

steht am Beginn des Verfahrens

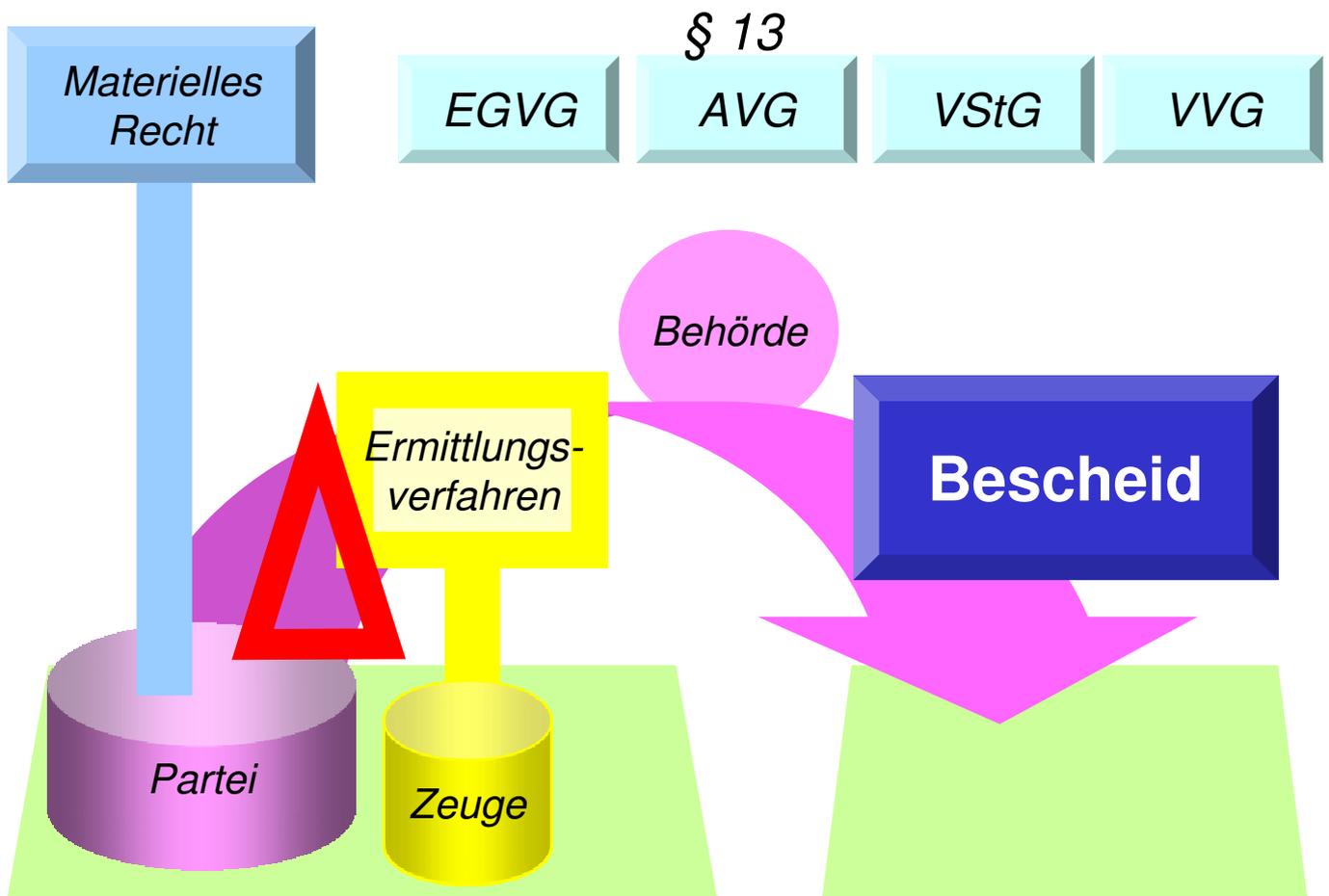
*die Partei, die ausreisen will,
stellt einen Passantrag*

Antrag auf Entschädigung, sonst Verjährung



Antrag meist mit Hilfe eines Formulares

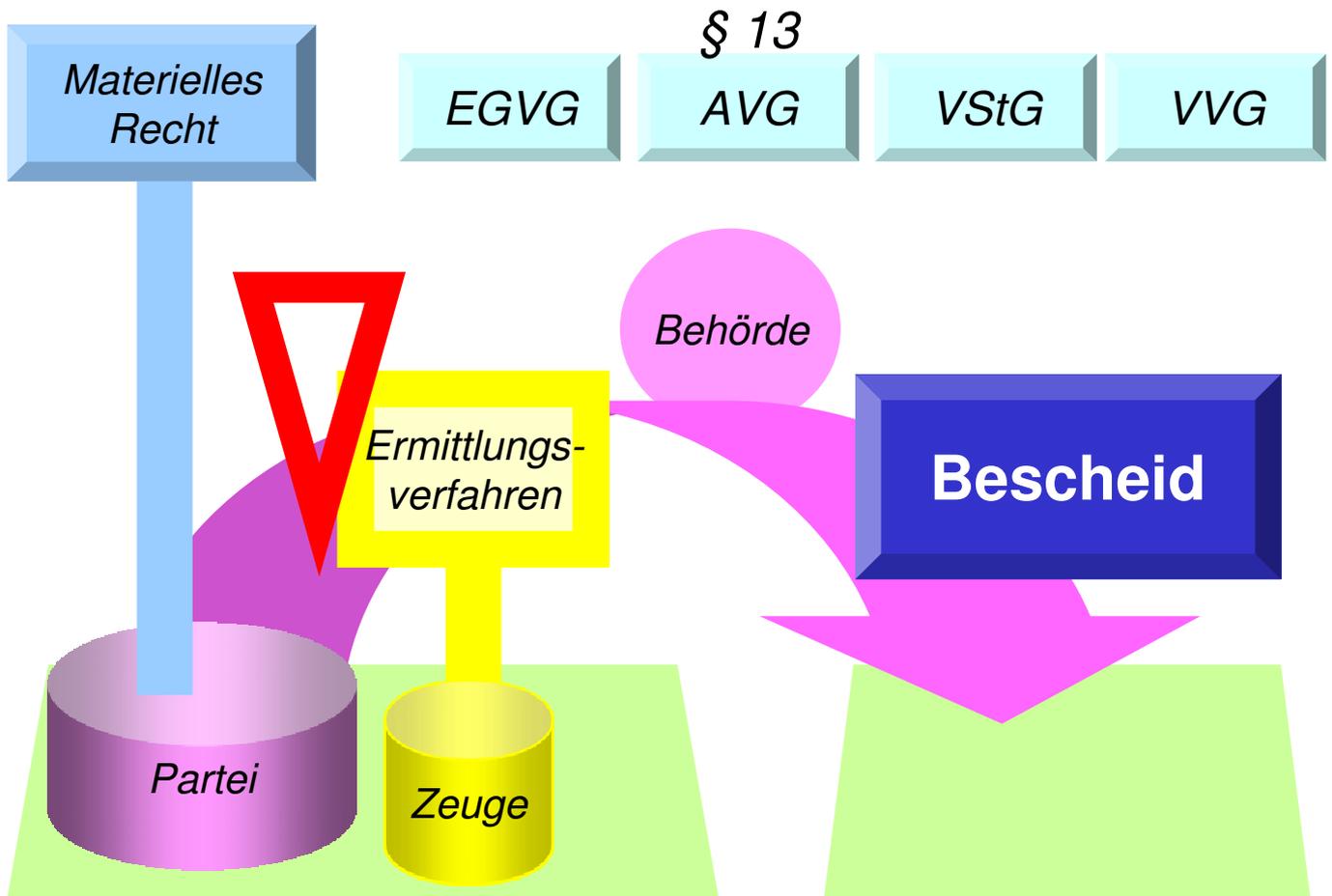
*meist sehr kompliziert
oft kennt man sich nicht aus, ev. Merkblatt*



elektronischer Antrag im e-Government

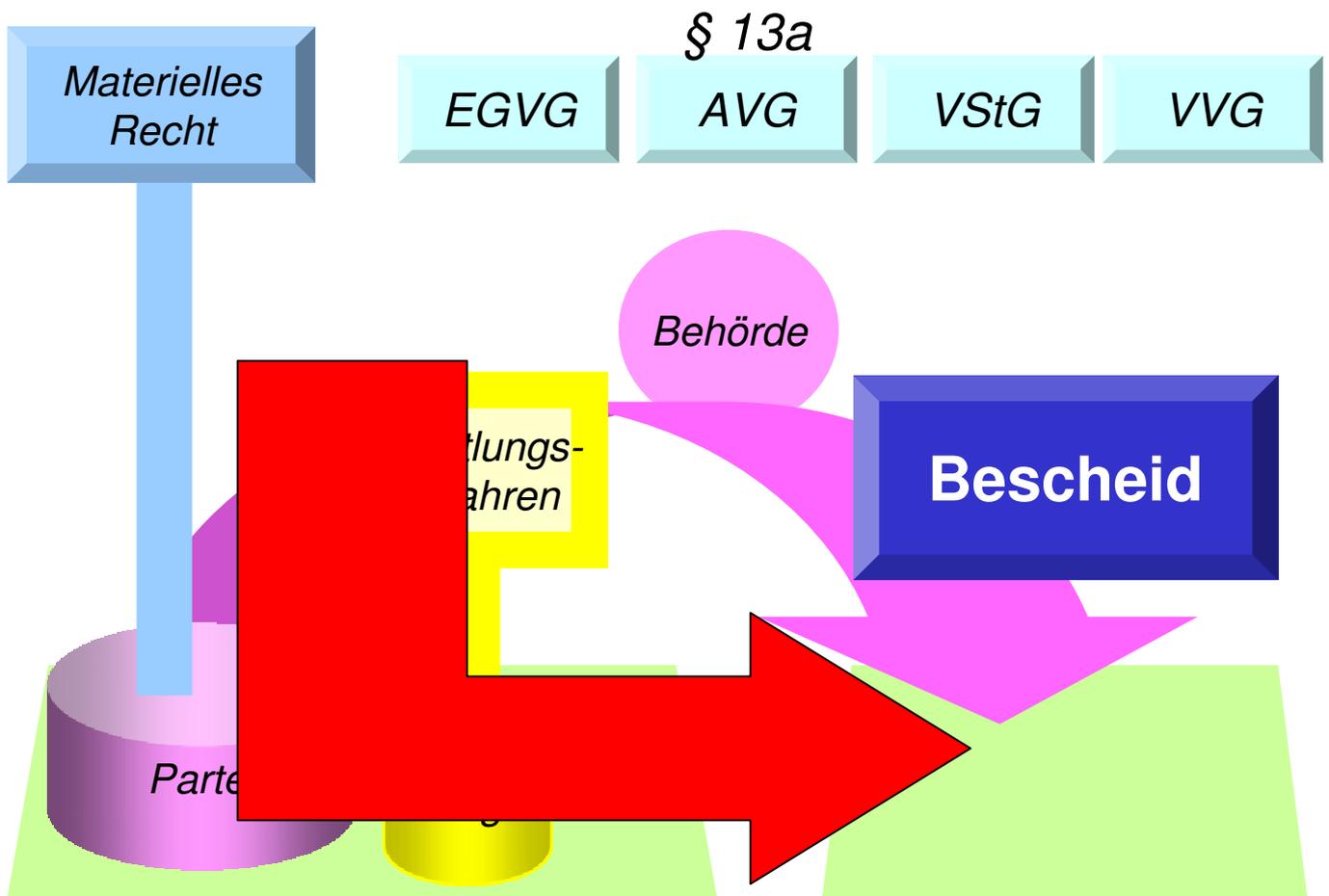
*neue Entwicklung per Mail, Internet, Homepage
der Behörde*

Problem: Zweiklassengesellschaft



Verfahrensbeginn von Amts wegen

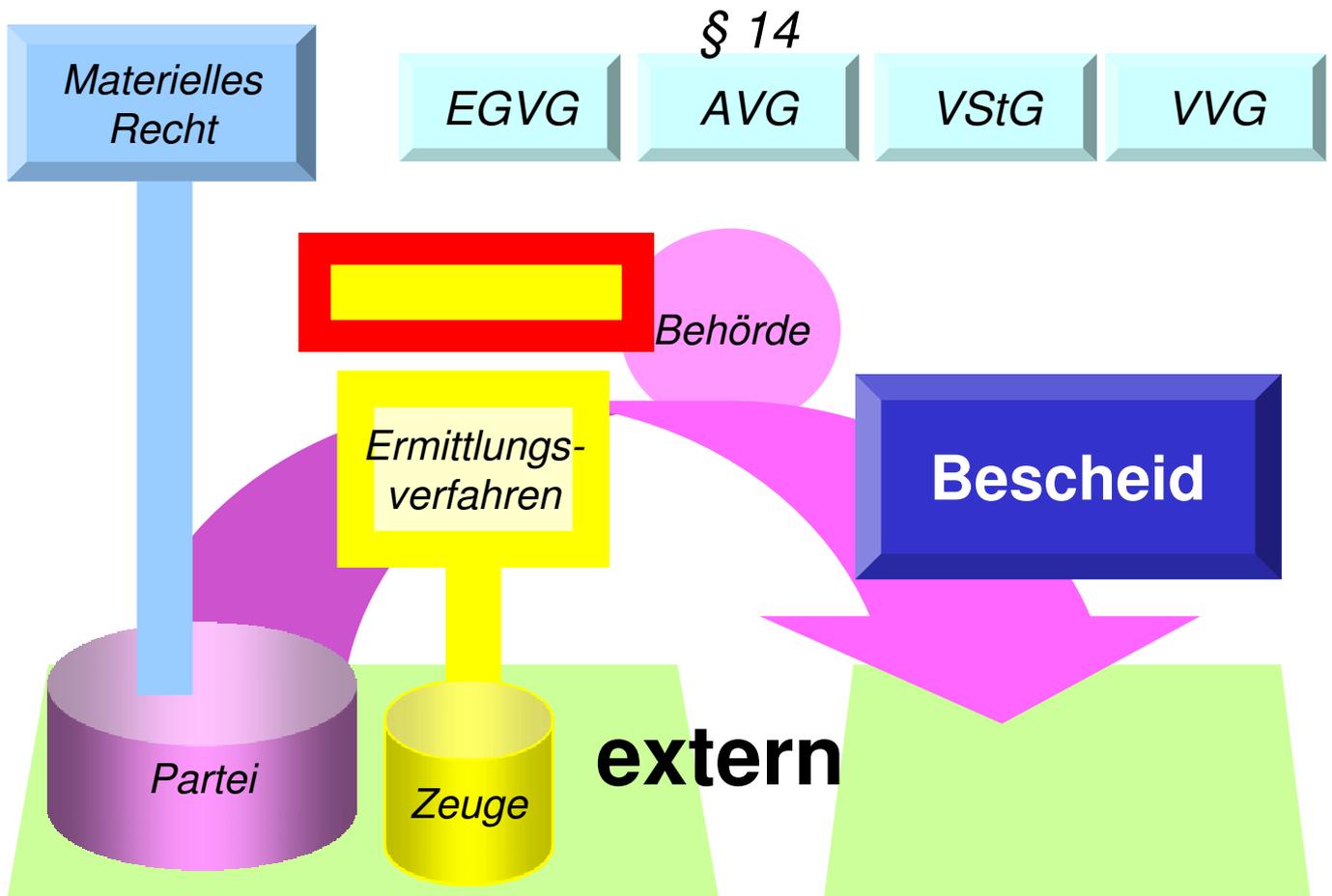
*Behörde leitet selbst das Verfahren ein,
zB bei einem Strafverfahren*



Rechts-Belehrung Behörde informiert Personen über Rechtsfolgen

Partei, Zeuge

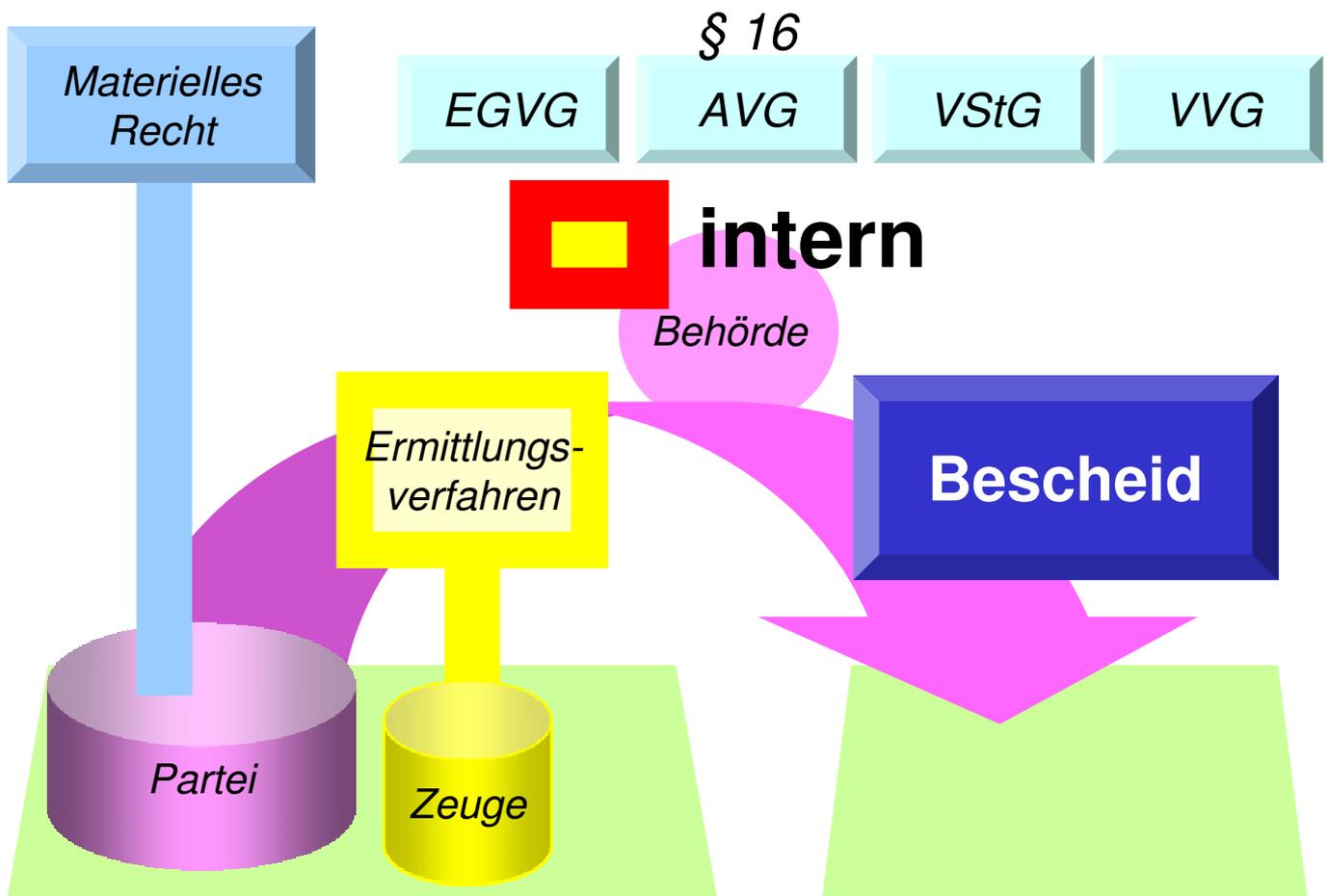
*Problem bei eGov, weil zu viel elektr. Infos
ist nicht Rechtsmittelbelehrung
(im Bescheid: Berufung zulässig)*



Niederschrift

*ist sehr wichtig, denn
was nicht im Protokoll steht,
ist als wäre es nicht gewesen*

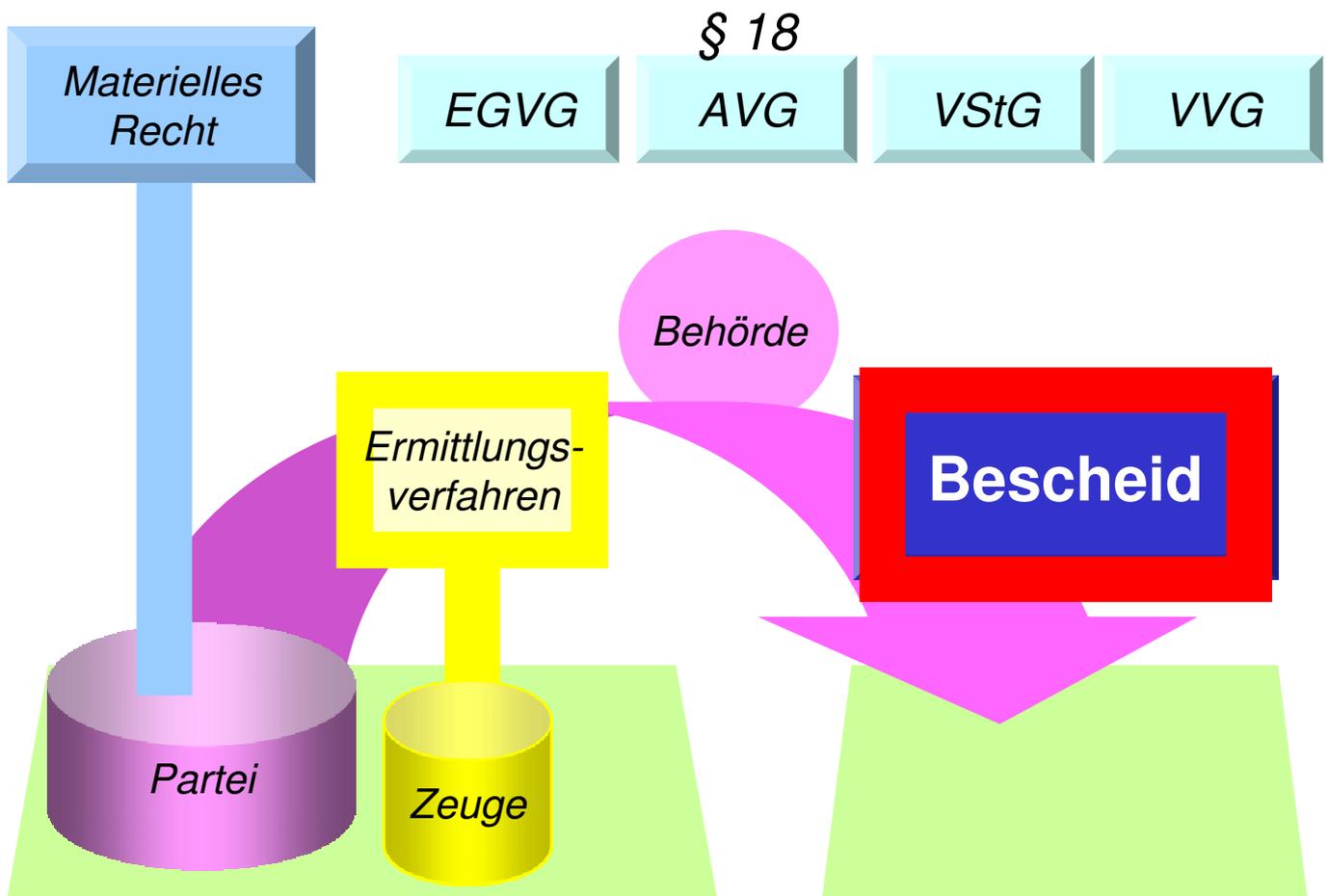
*sonst nicht unterschreiben
und Einspruch gegen
die Protokollierung erheben*



Aktenvermerk

*bei kritischen Situationen
möglichst bald den Wortlaut
bzw- den Hergang eigenhändig
niederschreiben:*

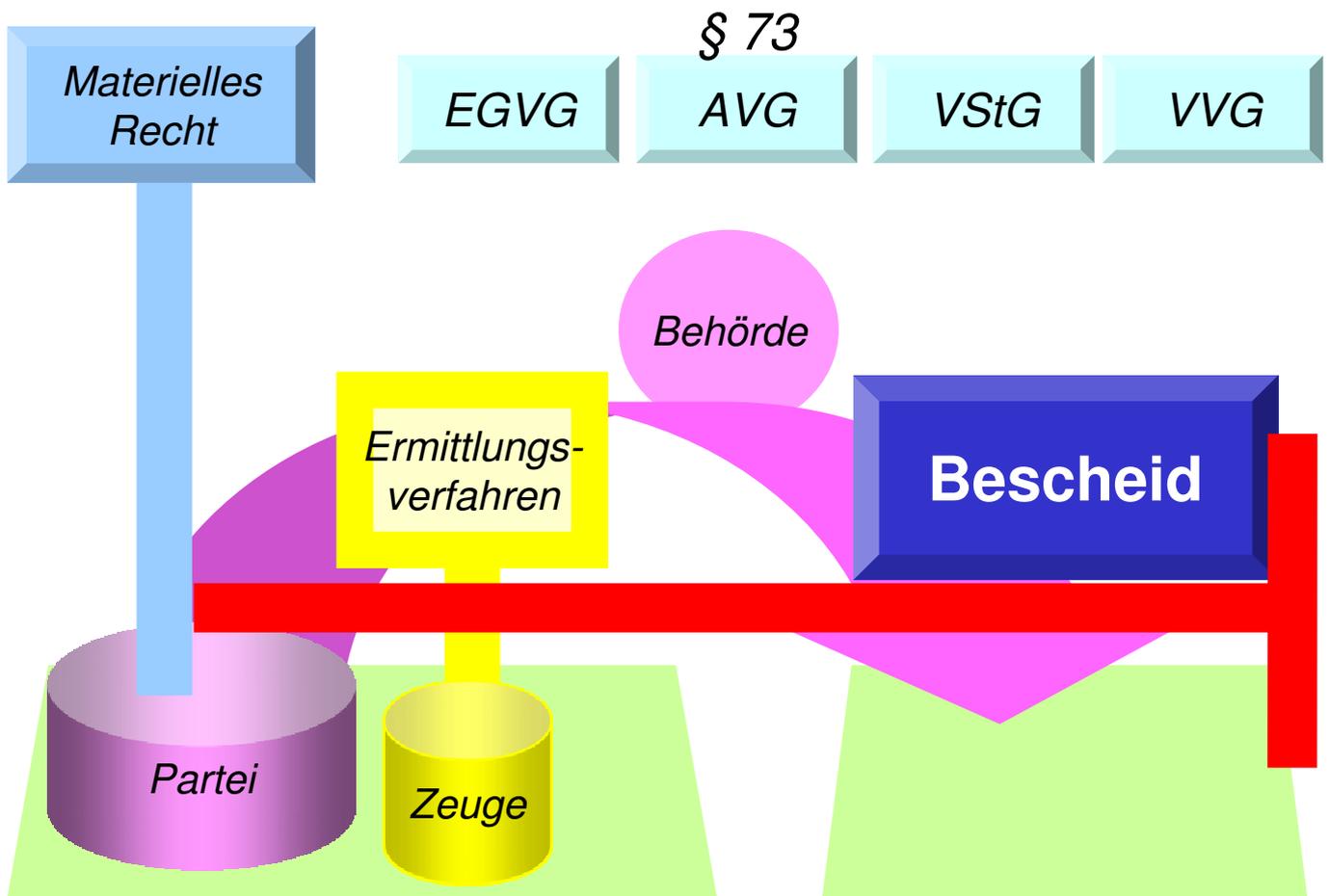
„nach 3 Tagen ist fast nichts mehr da“



Ziel: Erledigung

*wird oft ein Bescheid sein
muss es aber nicht sein:*

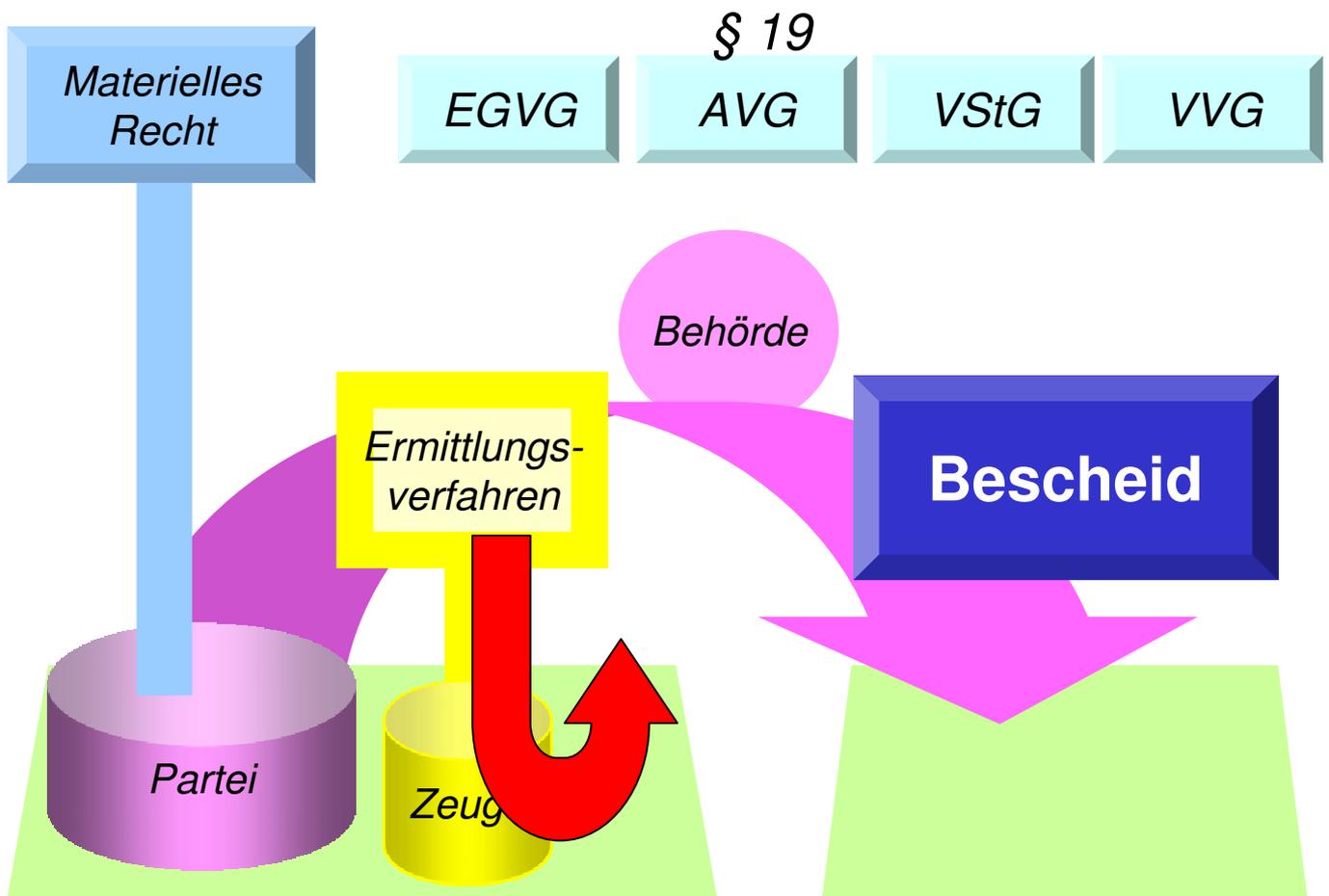
auch telefonische Erledigung ist möglich



Ziel: Erledigung

*Frist von 6 Monaten
zwischen Anbringen und zugestellter Erledigung*

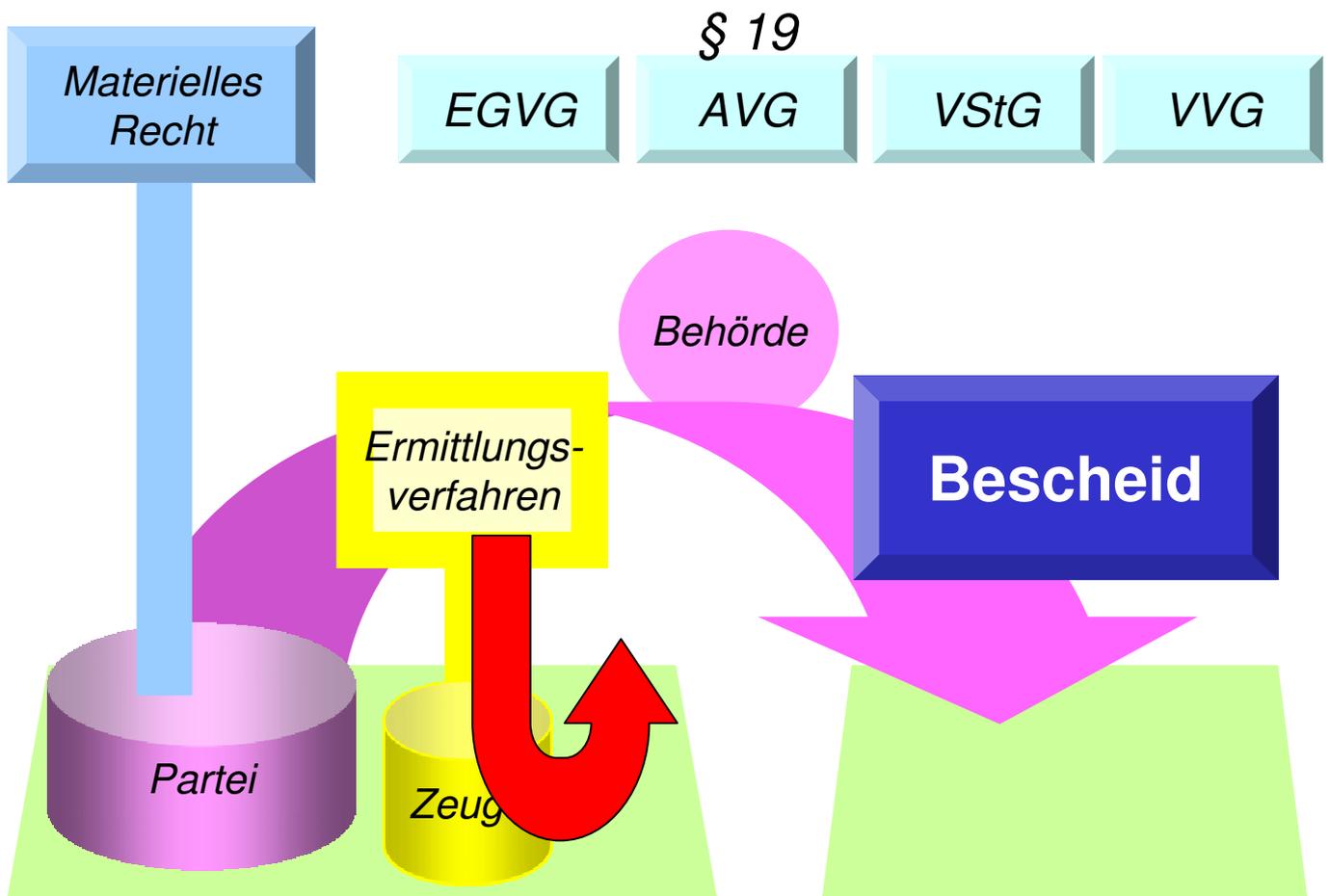
sonst Devolutionsantrag



Ladung

Aufforderung, zur Behörde zu kommen

- *einfache Ladung*
- *Ladungsbescheid: strenge Folgen*

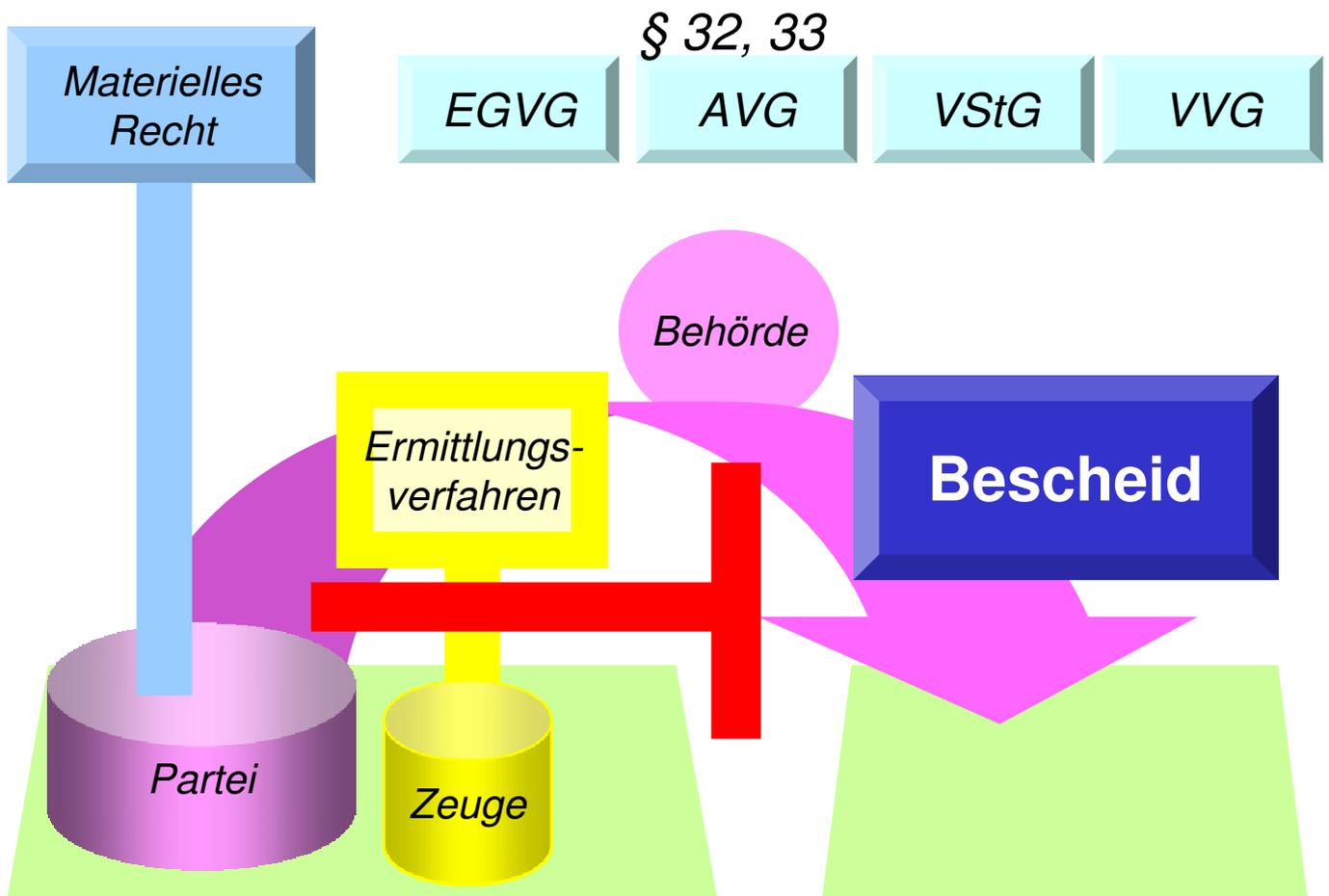


Ladungsbescheid

- *zwangweise Vorführung*

- *Präklusion:*

*Zustimmung zum Antrag
und Verlust der Parteistellung*

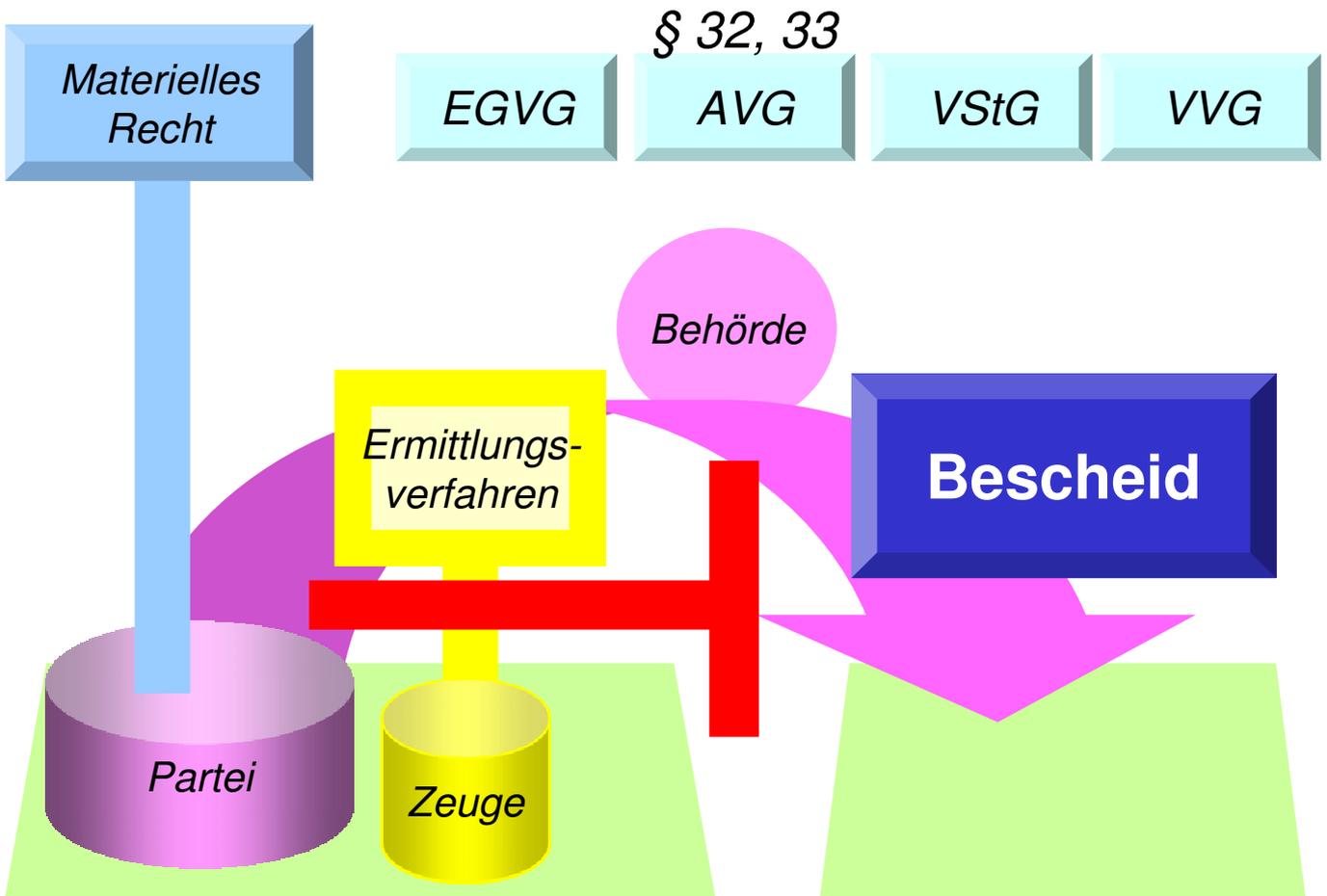


Fristen in Tagen: 3T

„Heute“ wird nicht mitgezählt

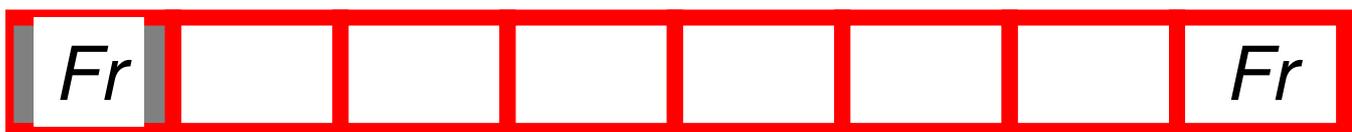


*letzter Tag ein Samstag, Sonntag, Feiertag:
dann nächster Werktag*

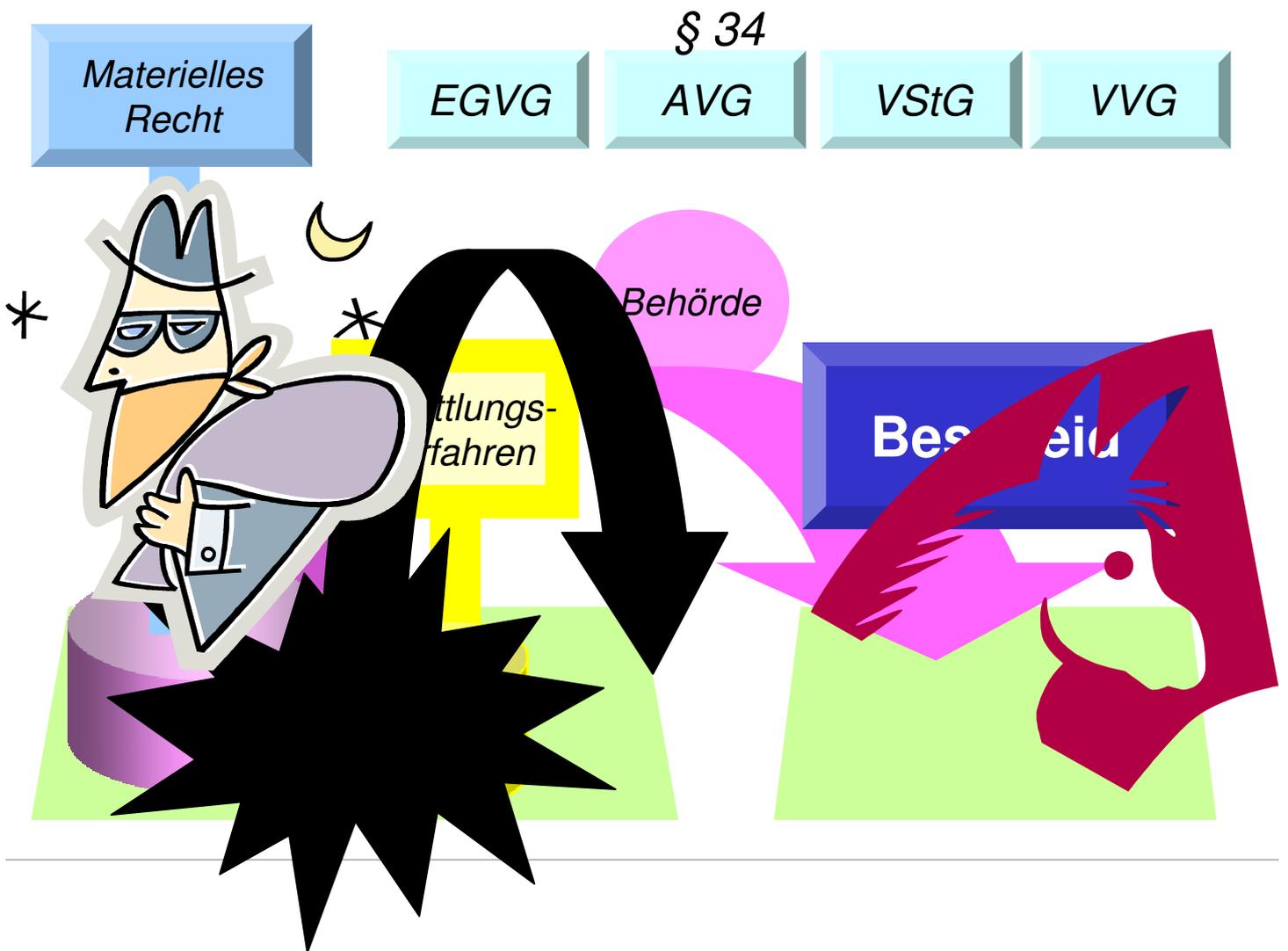


Fristen in Wochen: 1W

Fr auf Fr!

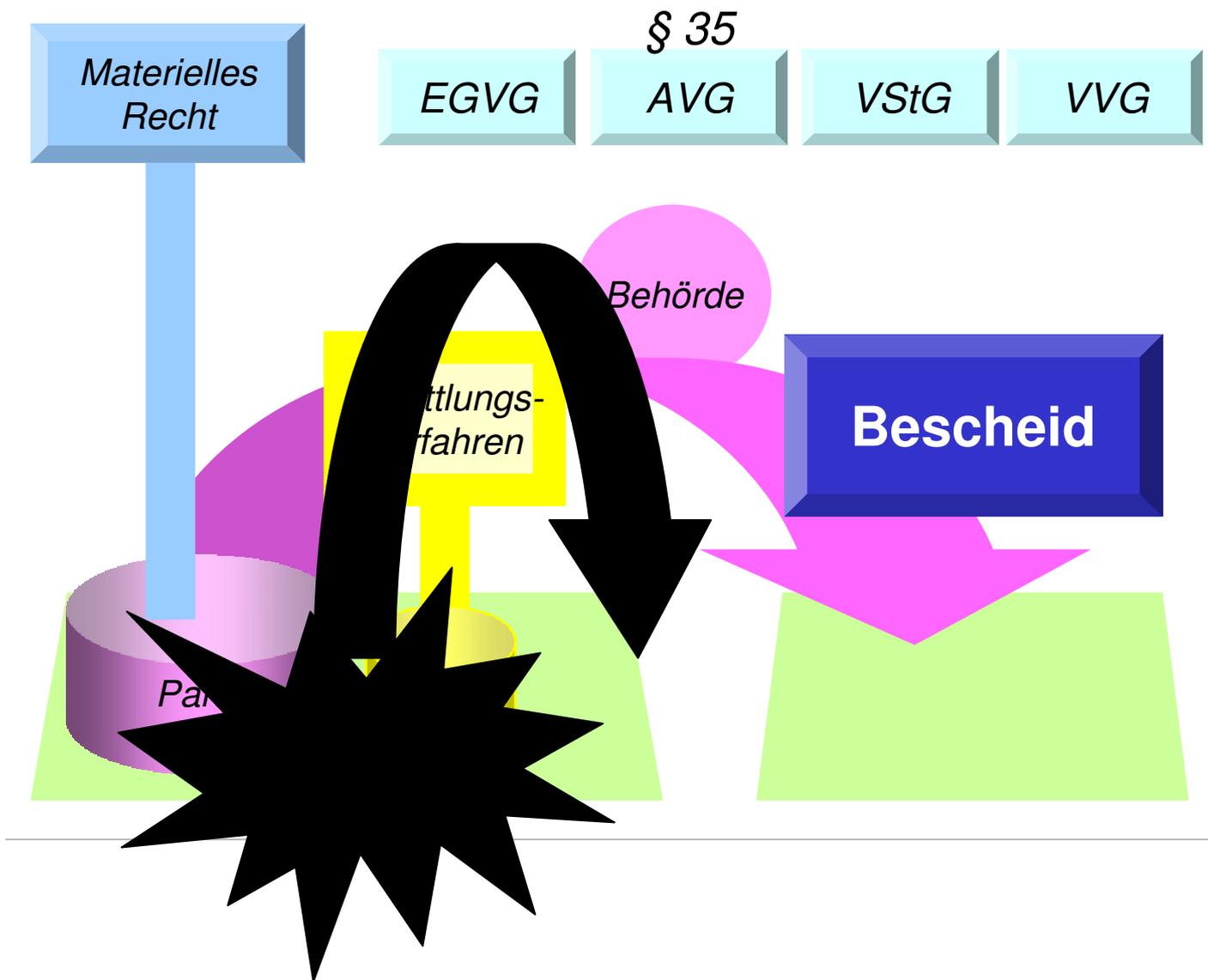


*letzter Tag ein Samstag, Sonntag, Feiertag:
dann nächster Werktag*



Ordnungsstrafe

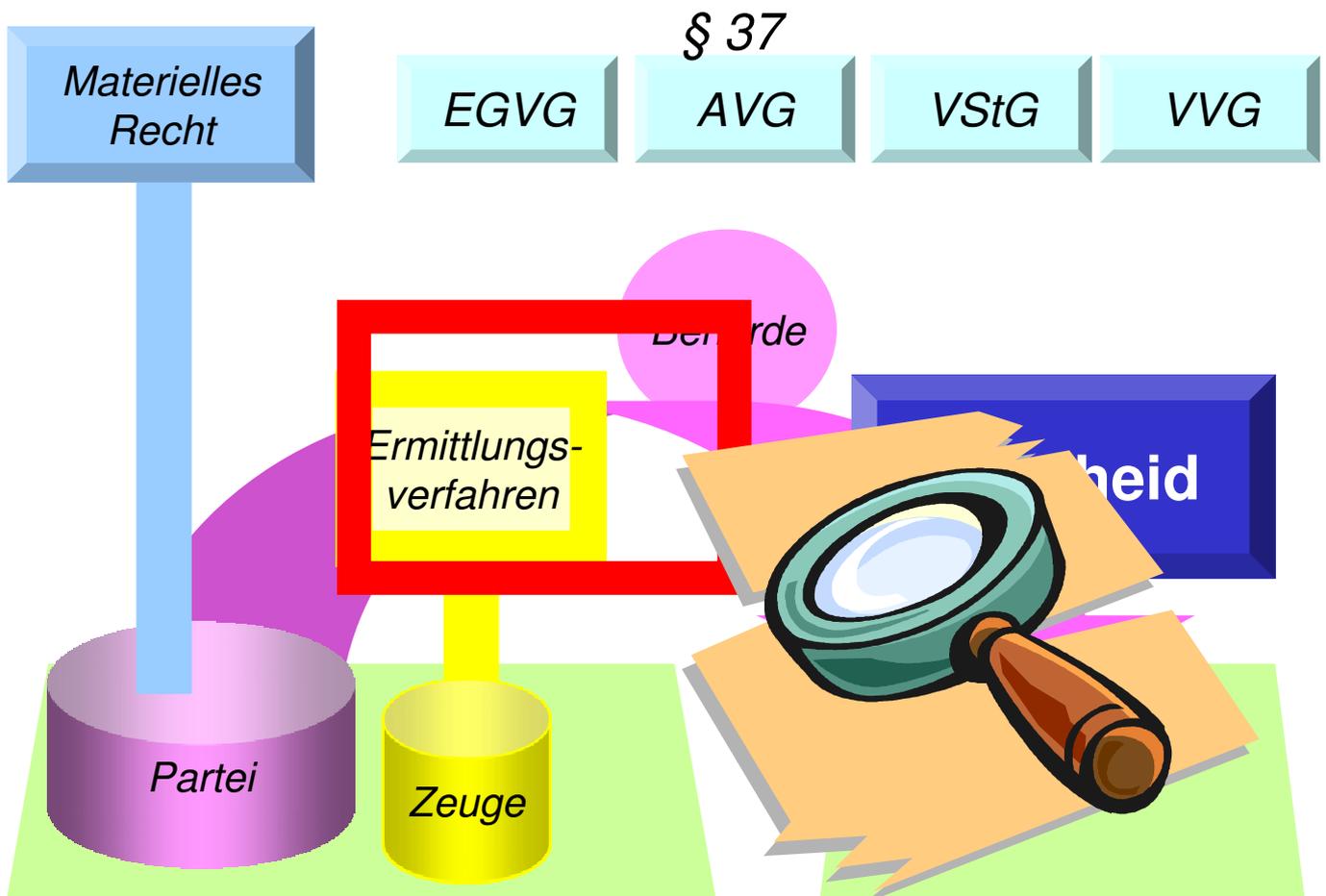
*bei Störungen
oder „ungeziemendem“ Benehmen
bei beleidigendem Schreiben*



Mutwillensstrafe

*bei Lügen der Partei um das Verfahren
hinauszuschieben*

*Zeuge hat die Wahrheit zu sagen
Partei kann sich auch „unklar erinnern“*

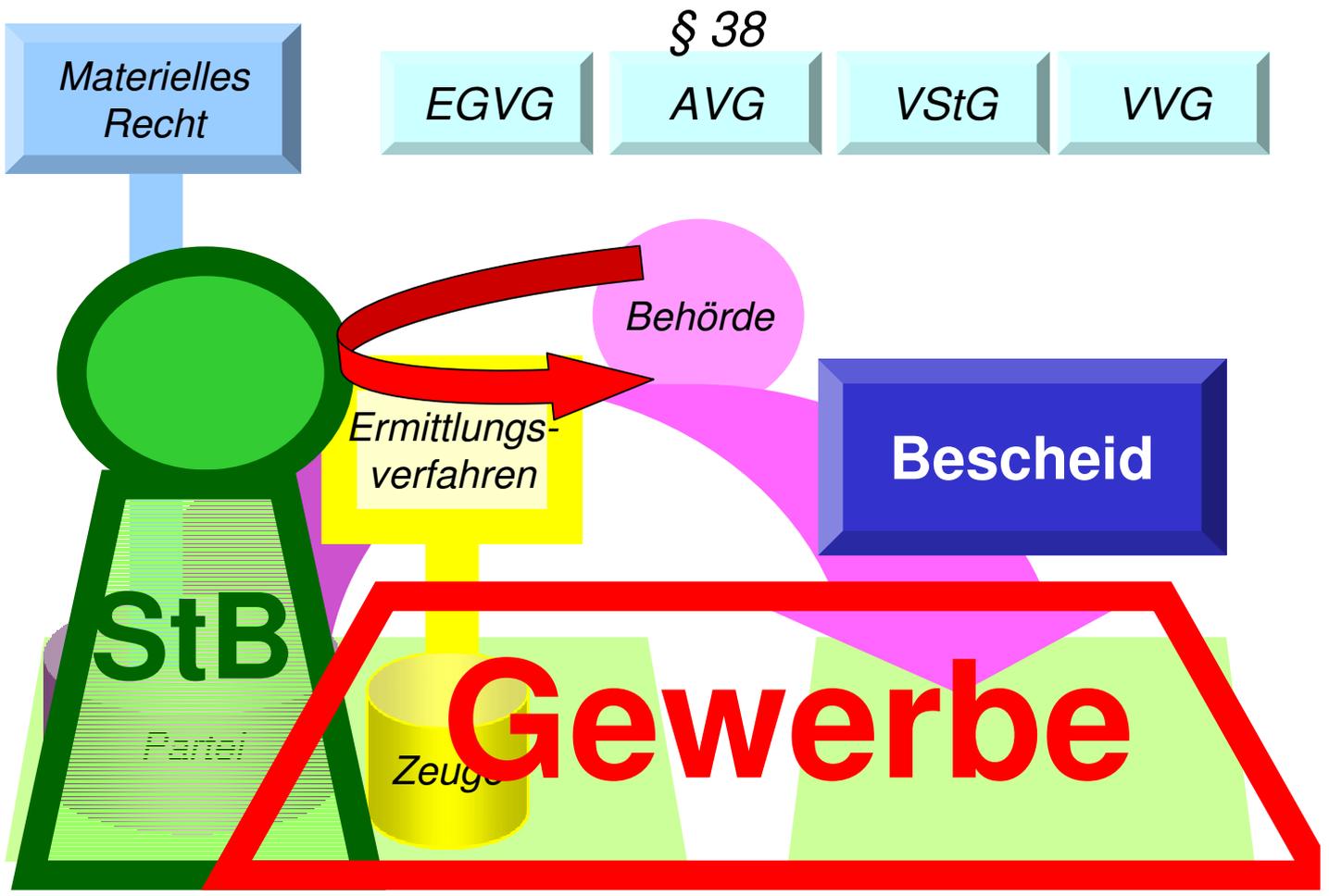


Ermittlungsverfahren

1. Feststellen des maßgeblichen Sachverhaltes
nicht alles, sondern Wichtiges

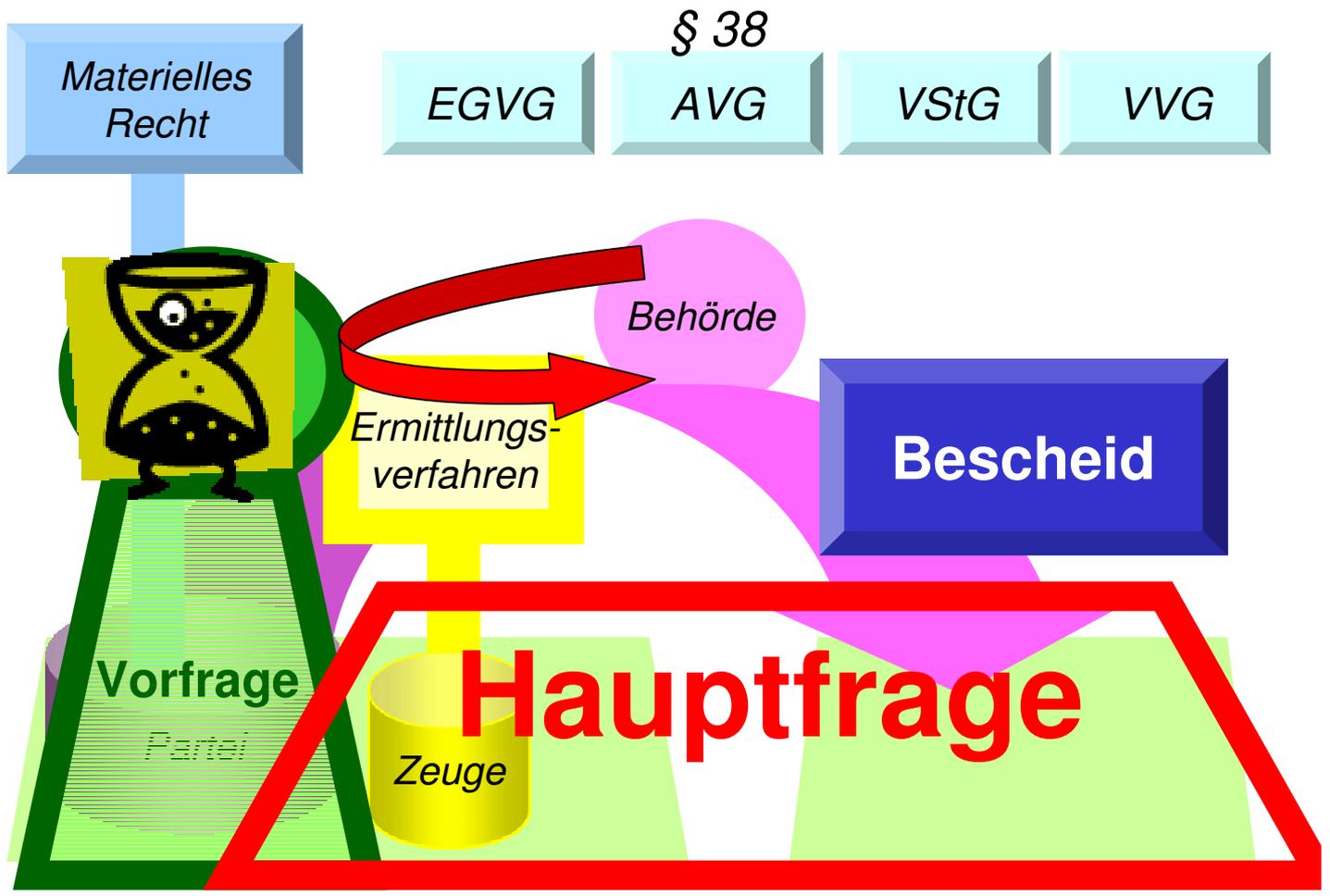
2. Parteiengehör
Partei kann nachher Stellung nehmen





Vorfrage

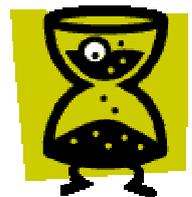
ist andere Behörde zuständig, dann kann diese gefragt werden

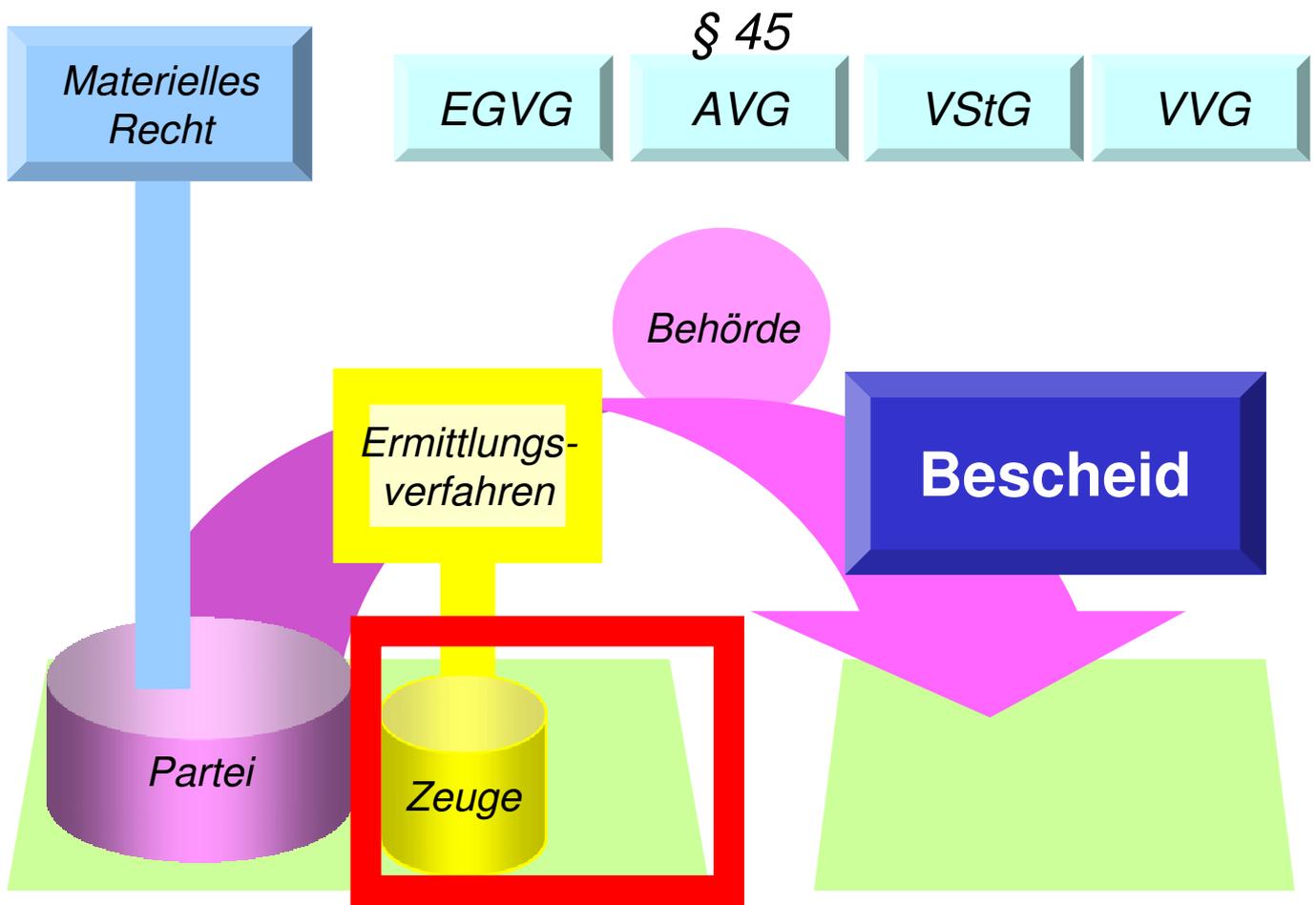


Vorfrage

andere Behörde ist zuständig

- *unterbrechen und fragen (hinausschieben)*
- *selber Frage entscheiden*

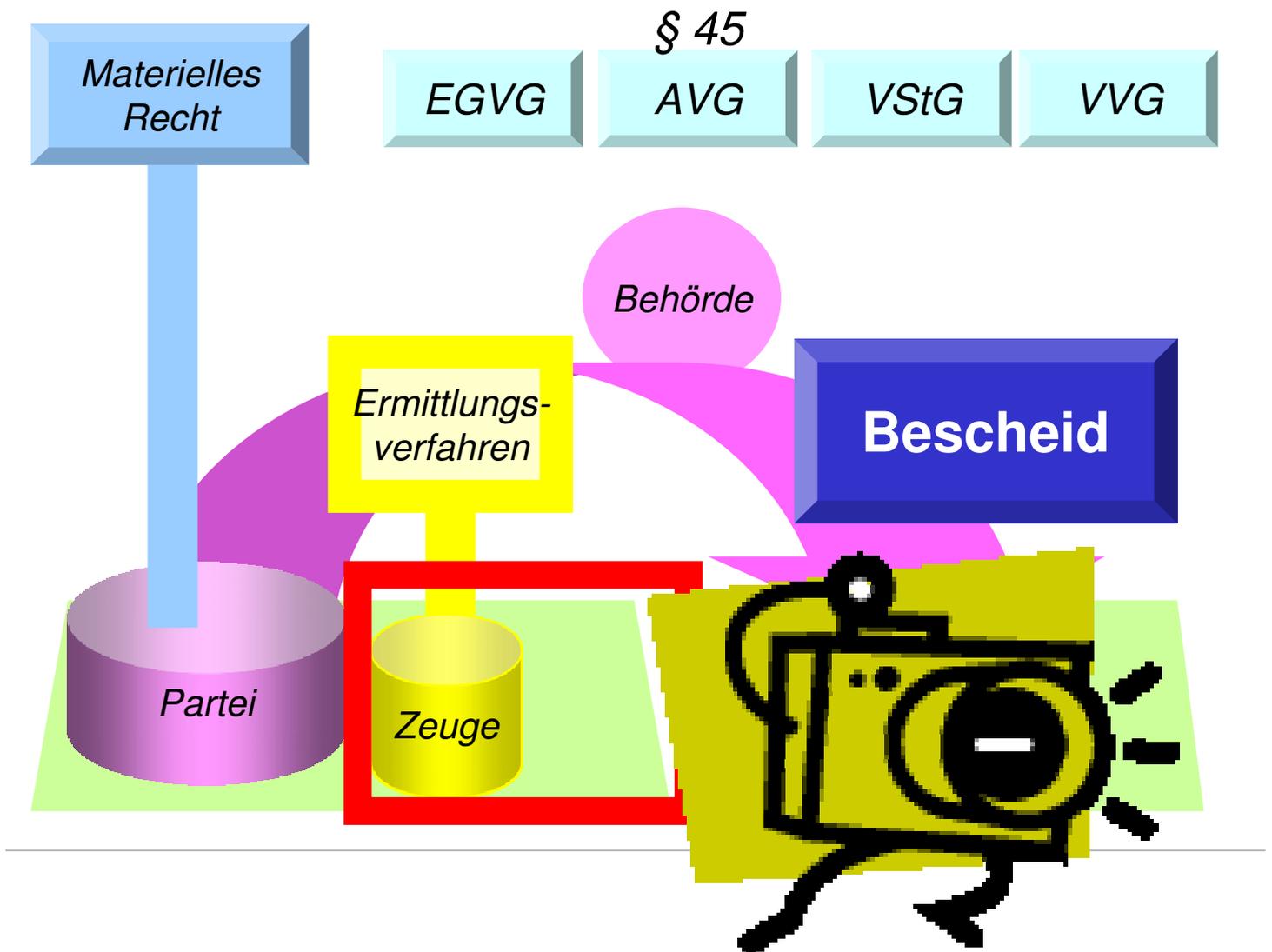




Beweis

*alles was geeignet ist,
den maßgeblichen Sachverhalt festzustellen*

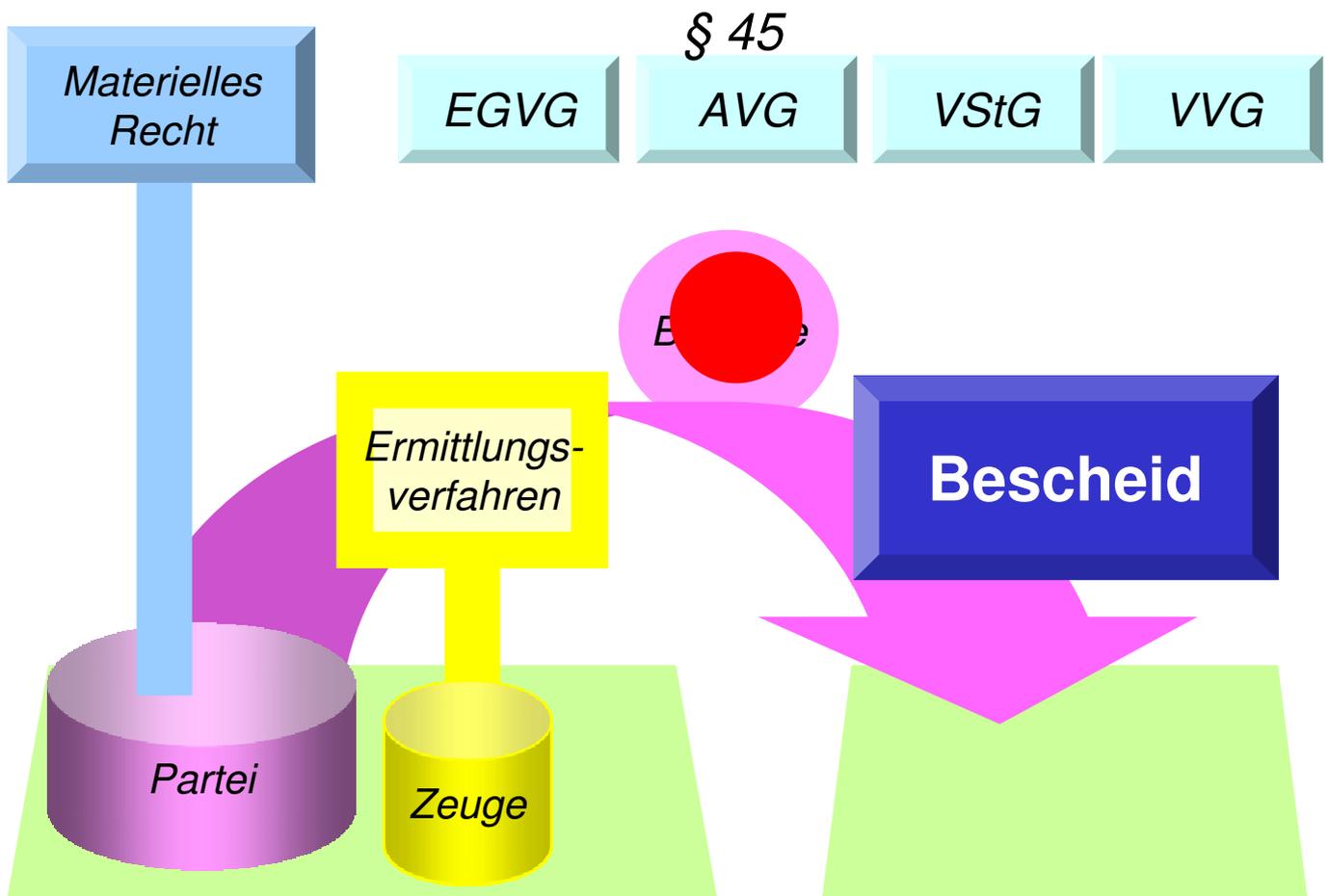
*Urkunden, Zeugen, SV (DNA), Indizien,
Tonband, **Foto**, EDV, Überwachungsvideo*



Beweis

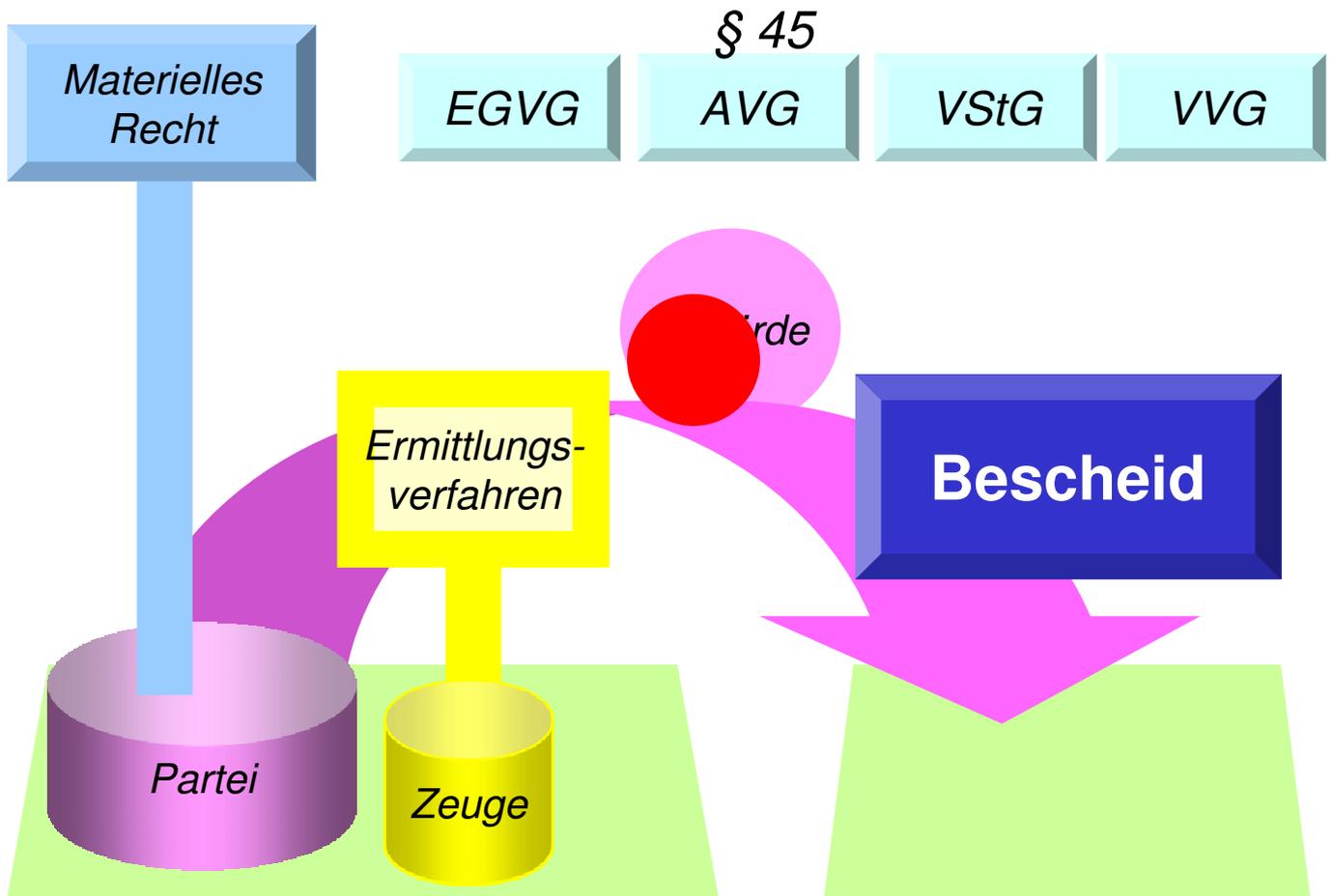
alles was geeignet ist,
den maßgeblichen Sachverhalt festzustellen

*Urkunden, Zeugen, SV (DNA), Indizien,
Tonband, **Foto**, EDV, Überwachungsvideo*



Grundsatz der freien Beweiswürdigung

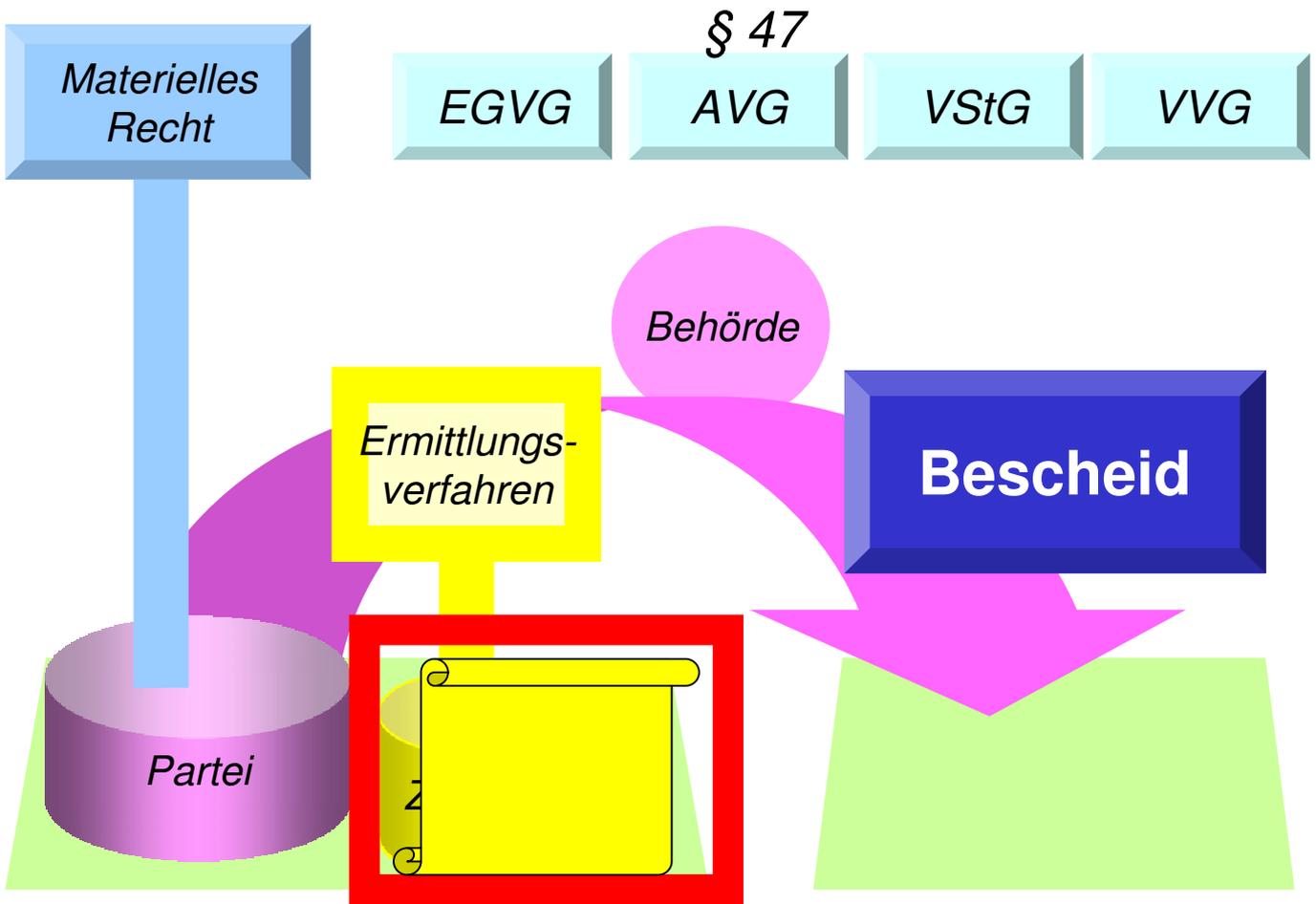
*die Behörde ist **frei** anzunehmen, welchem Beweismittel sie Vertrauen schenkt und welchem nicht*



Grundsatz der freien Beweiswürdigung

nicht wie früher gebundene Beweise:

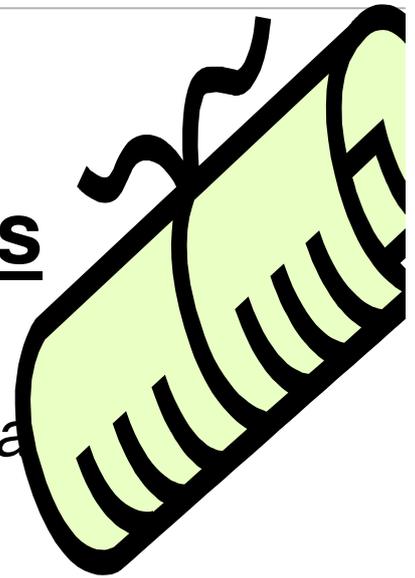
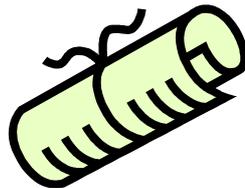
*„aus zweier Zeugen Mund
wird alle Wahrheit kund!“*



Urkunden-Beweis

*öffentliche Urkunden
haben erhöhte Beweiskraft*

private Urkunden



Materielles
Recht

EGVG

§ 48

AVG

VStG

VVG

Behörde

Ermittlungs-

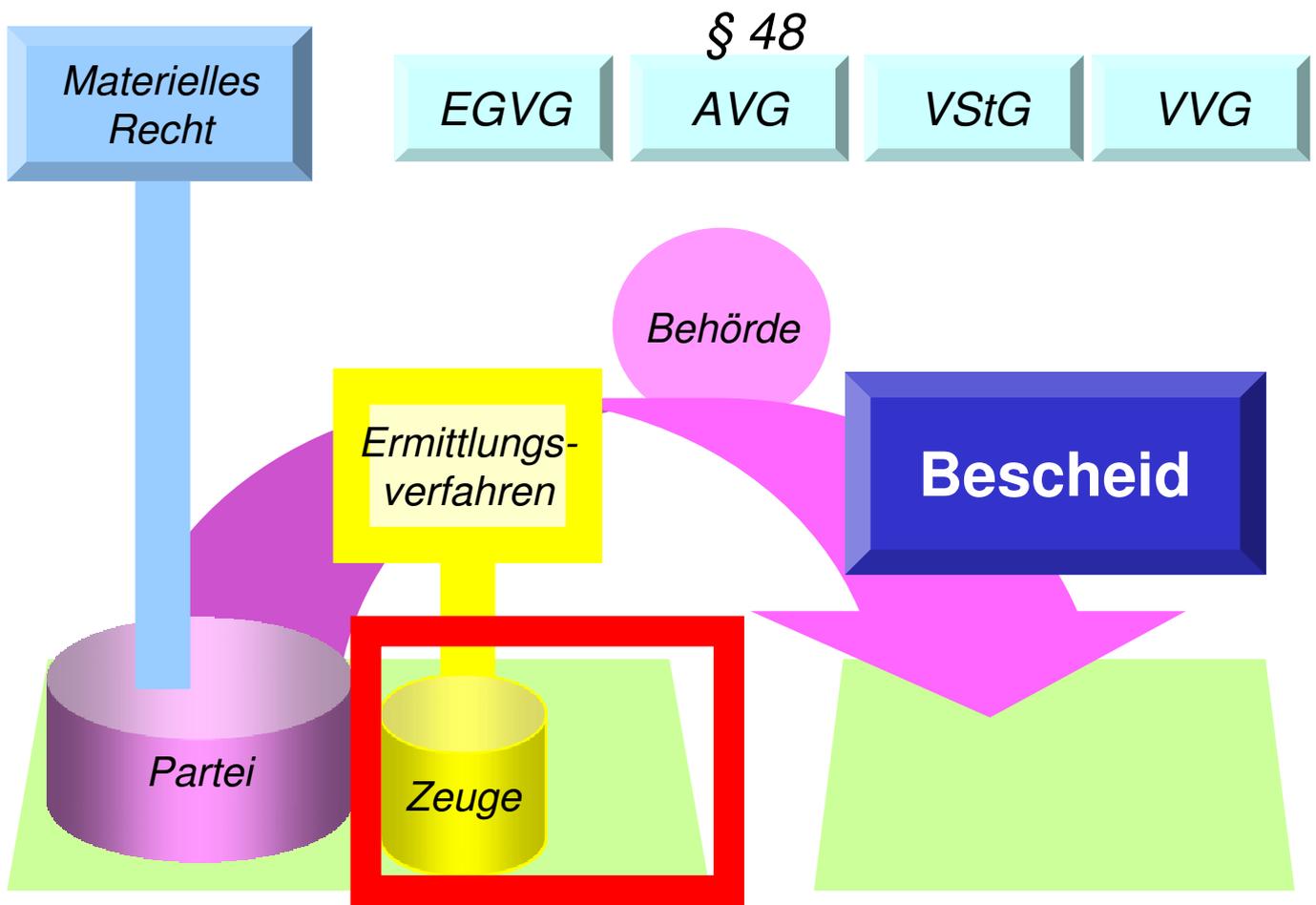
Bescheid



Zeugen-Beweis

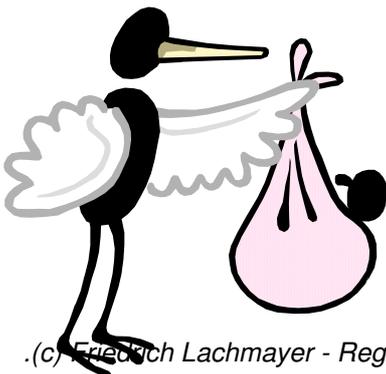
*Personen sagen aus
was sie wahrgenommen haben*

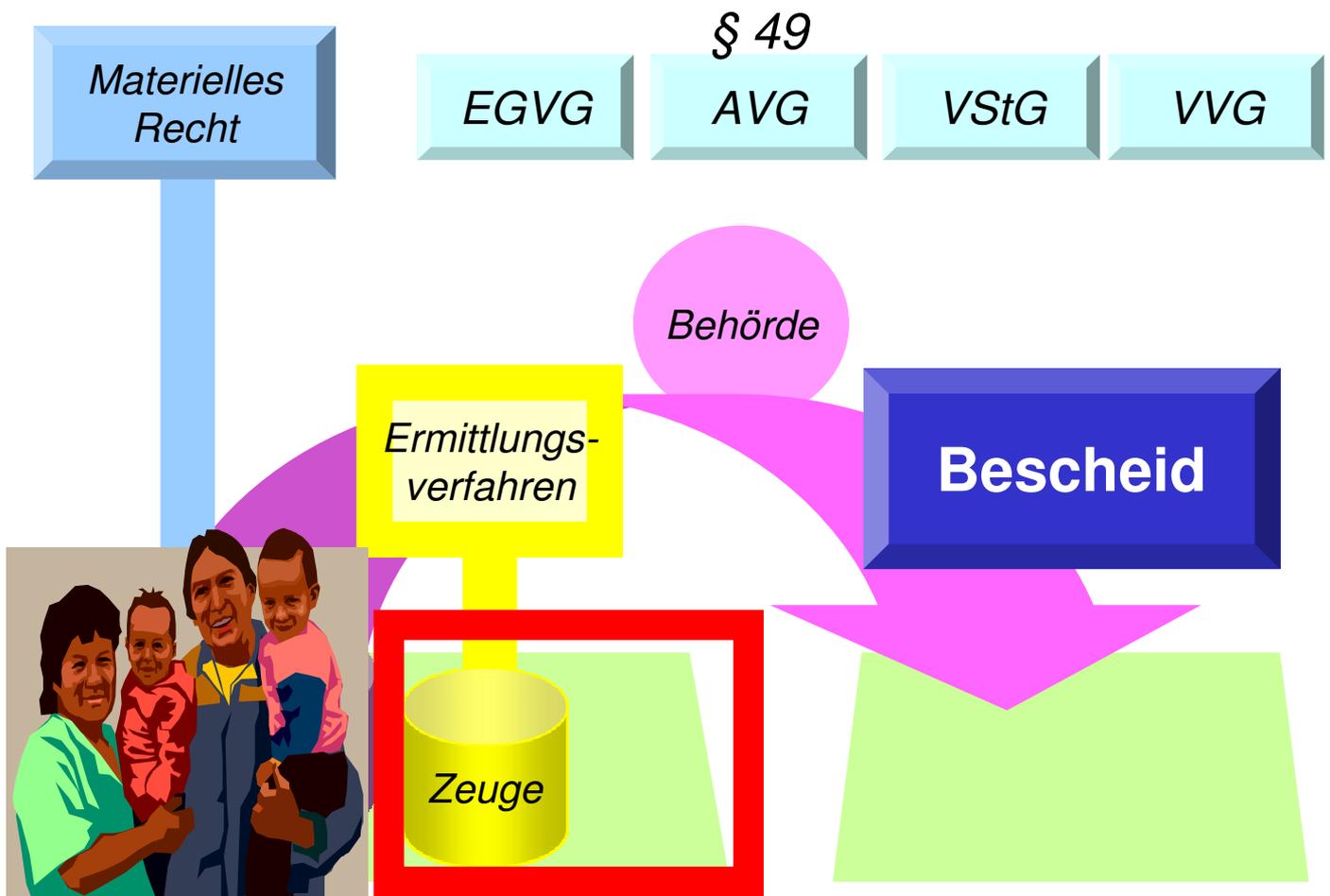
*„nicht lügen!“
dürfen auch nichts weglassen*



Zeugen-Beweis

„Entbindung“
vom Amtsgeheimnis durch das Präsidium



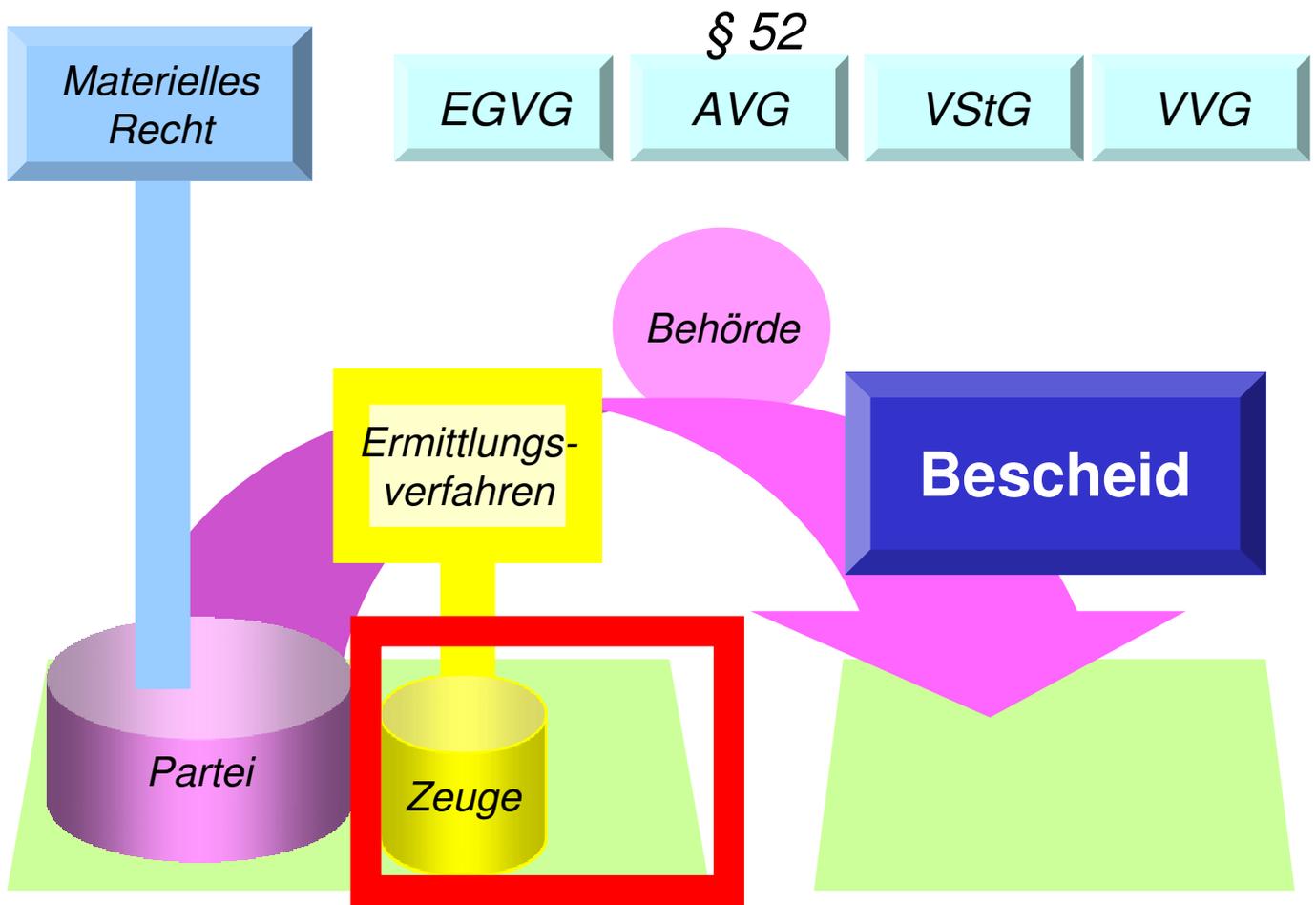


Zeugen-Beweis

Entschlagungsgrund:

*Verwandtschaft ist keine Lizenz zum Lügen
sondern zum Schweigen*

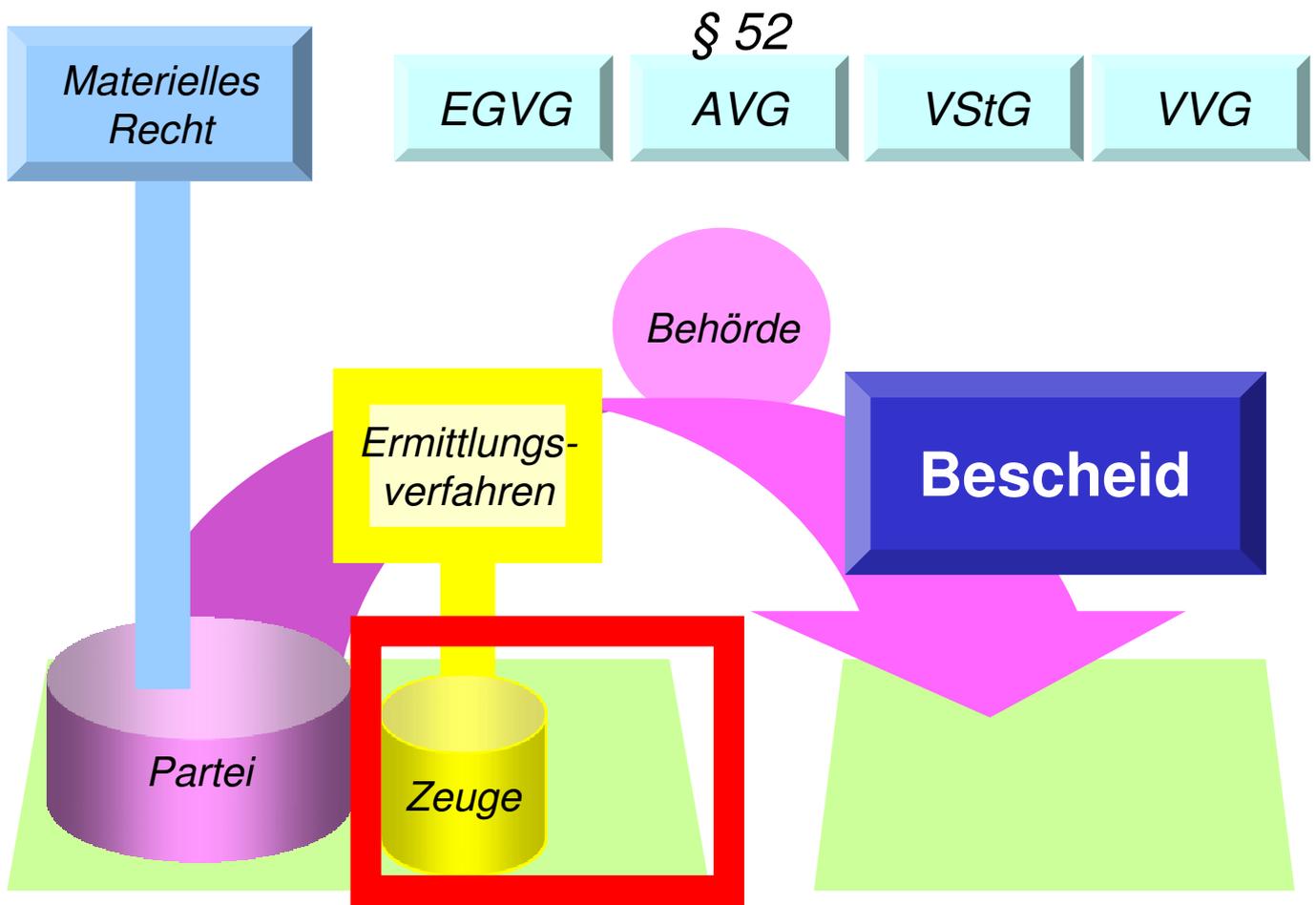
Berufsgeheimnis



Sachverständigen-Beweis

amtliche SV
nichtamtliche SV

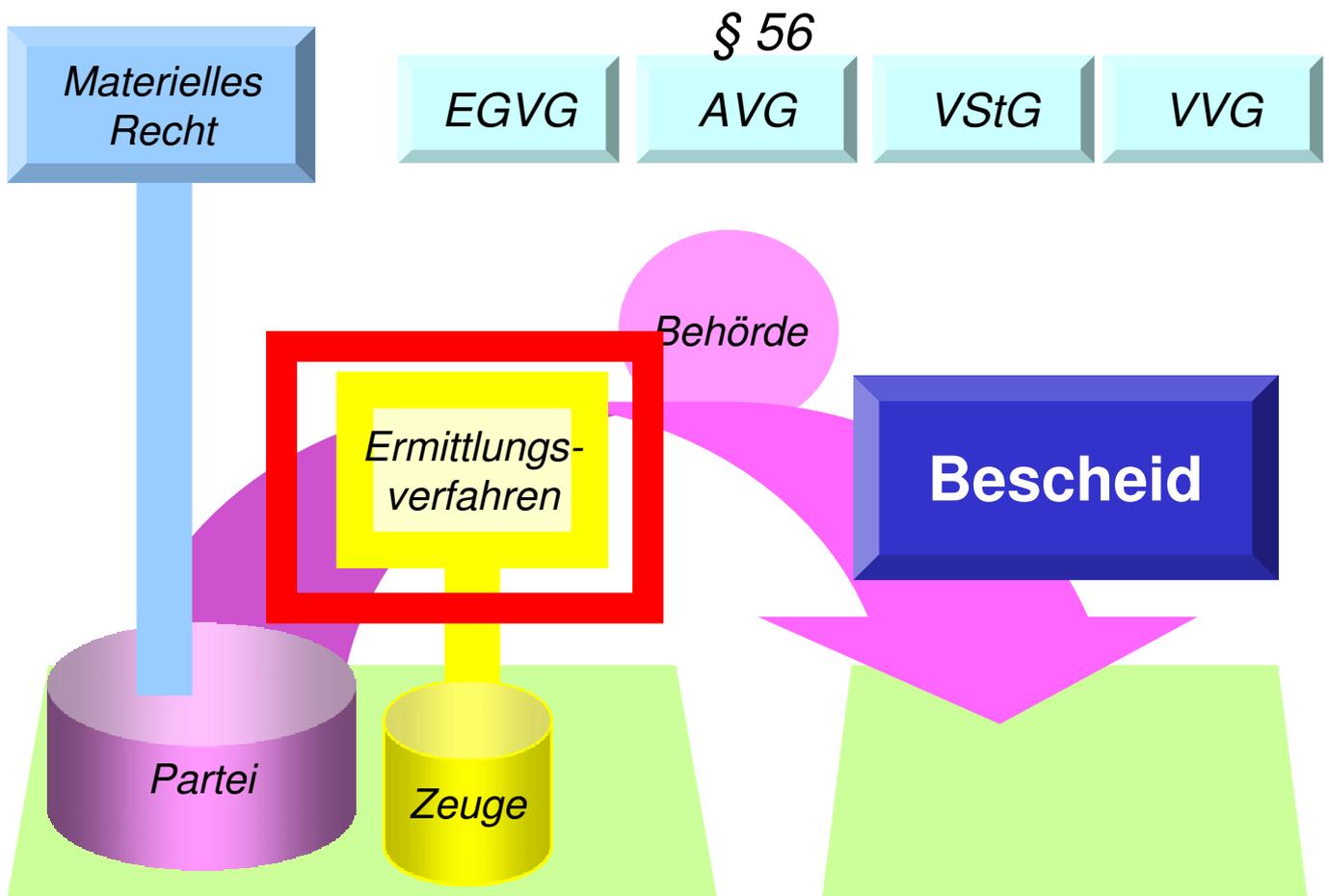
große praktische Autorität



Sachverständige

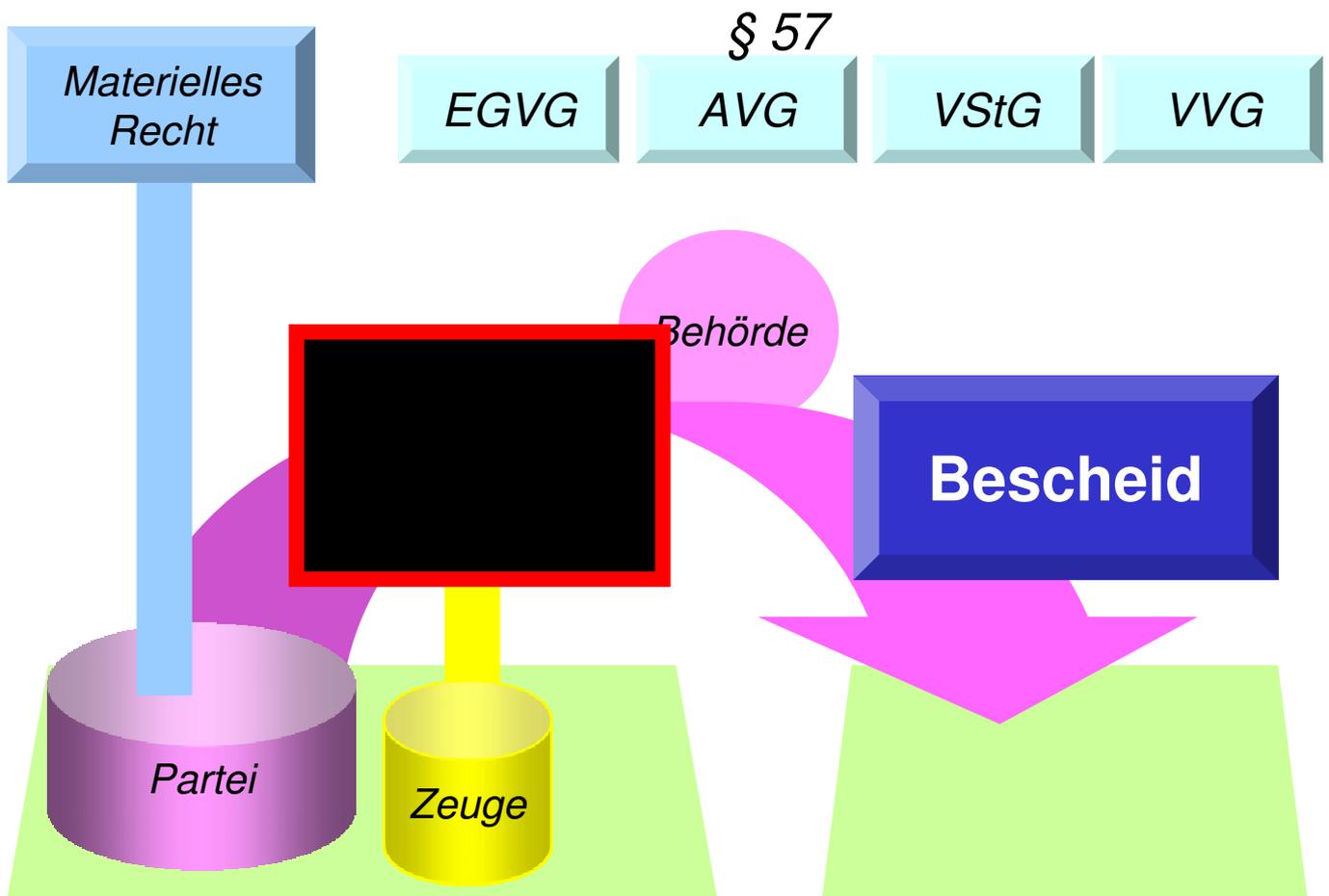
haben Fachkompetenz

1. *Befund (Auto sehr zerbeult)*
2. *Gutachten (wissenschaftliche Schlüsse: fuhr 120 km/h)*



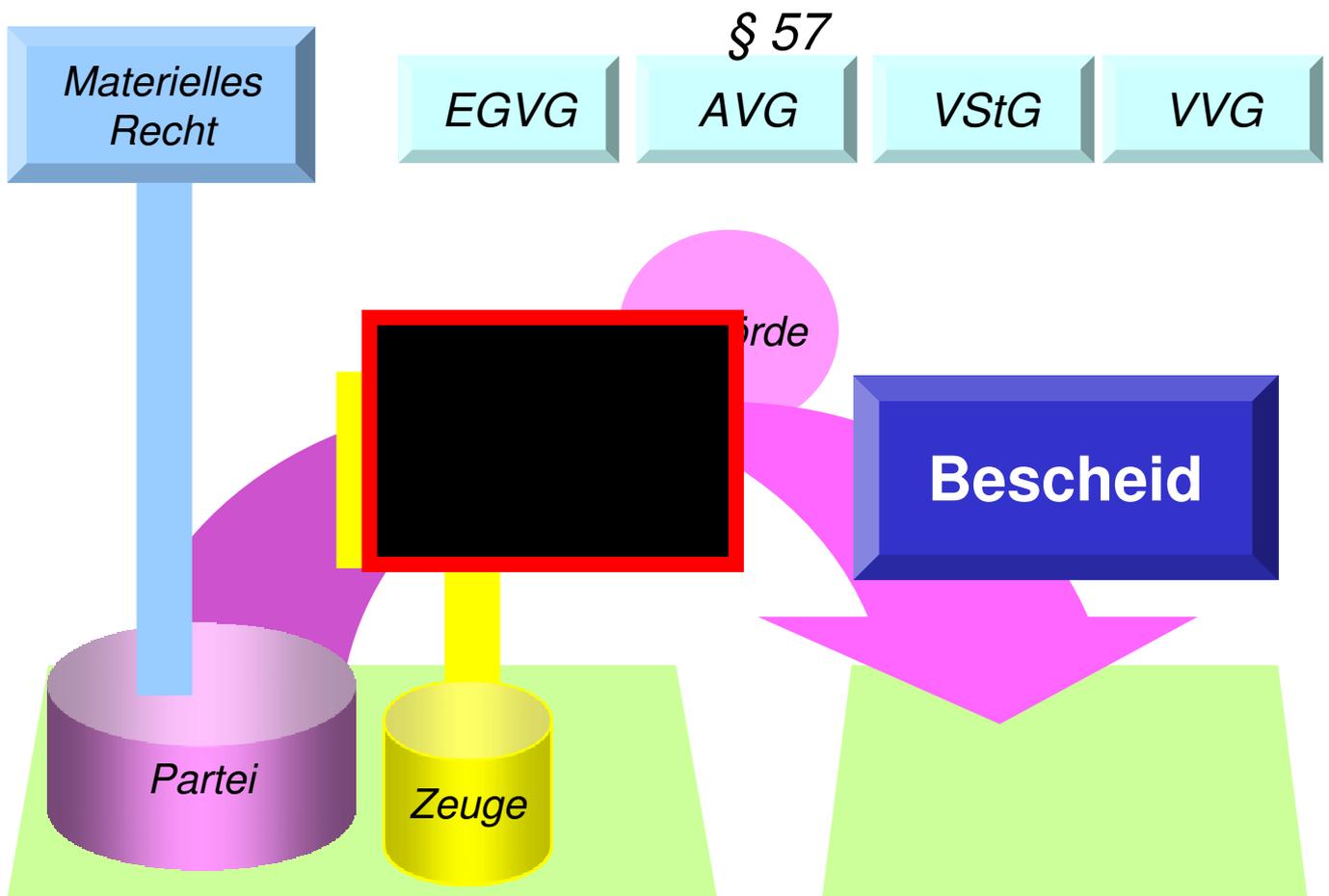
Ermittlungsverfahren

*grundsätzlich vor der Erlassung
eines Bescheides*



Bescheide ohne Ermittlungsverfahren:

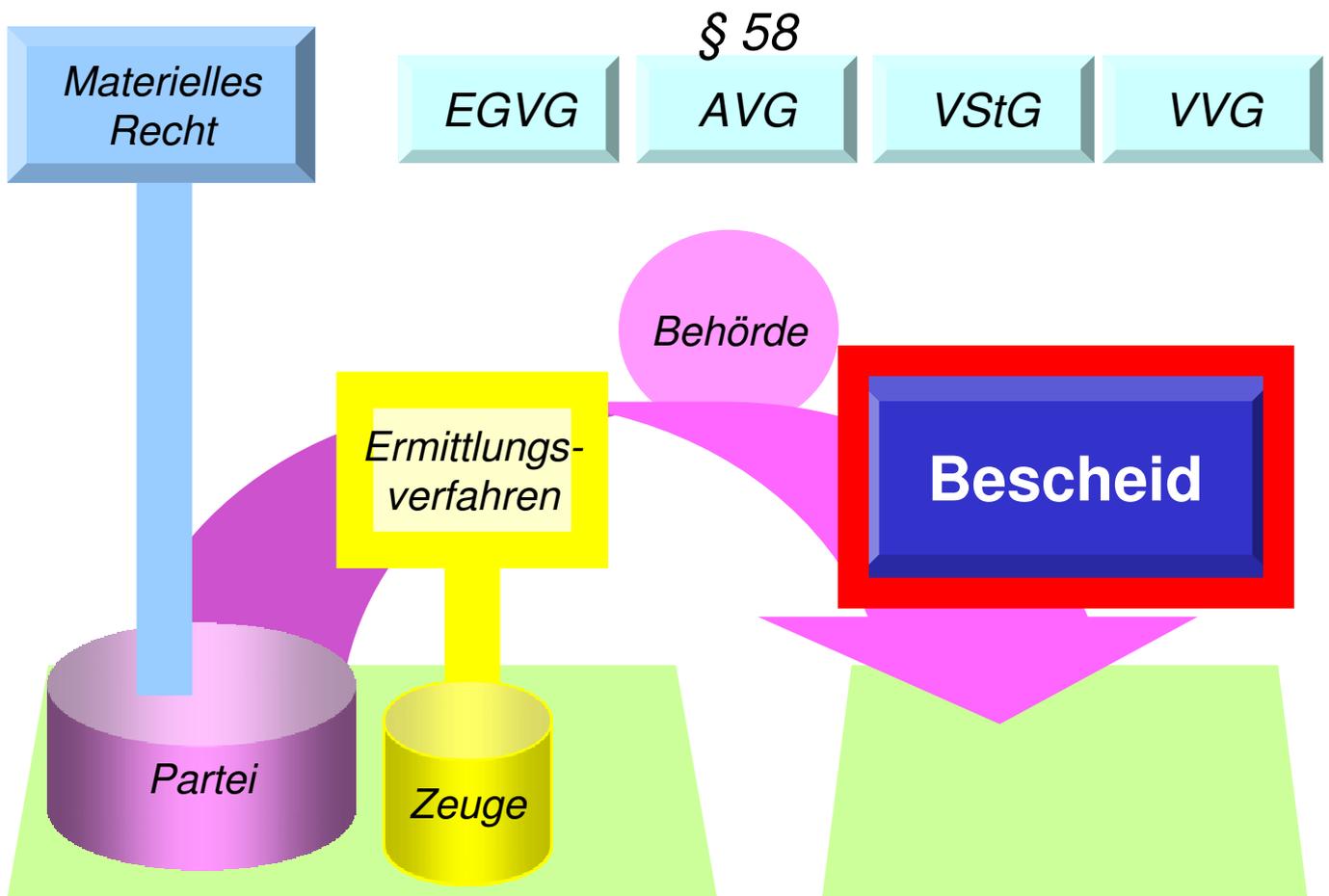
- *Ladungsbescheid*
- *Mandatsbescheid*
- *wenn alles klar ist*



Mandatsbescheid

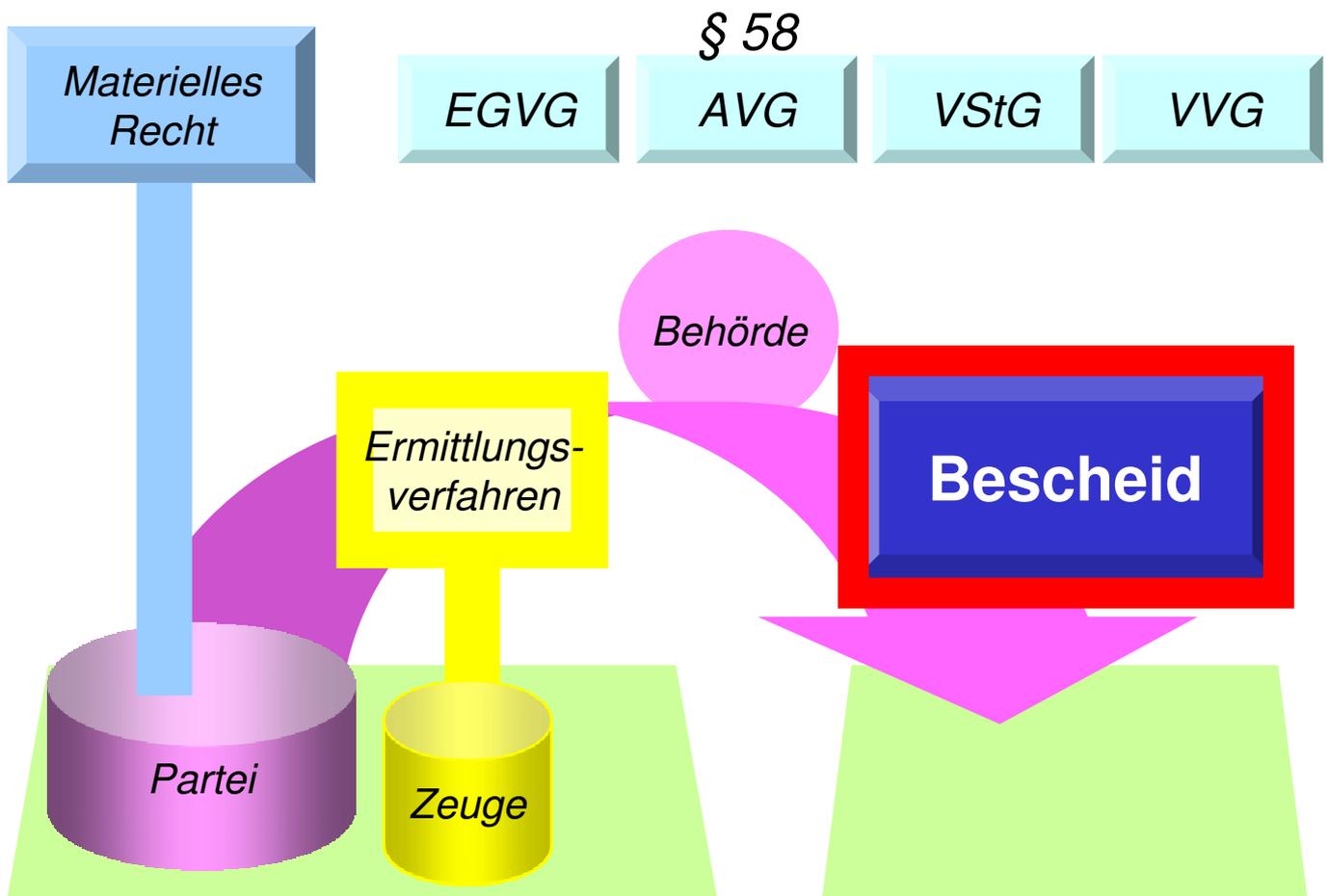
*1. Bei Gefahr im Verzug
(Gift rinnt in Fluss)
rasch ein Bescheid ohne viel zu fragen*

*2. Bei Tarif-Geldleistungen
(zB Telefongebühr, Wassergebühr)*



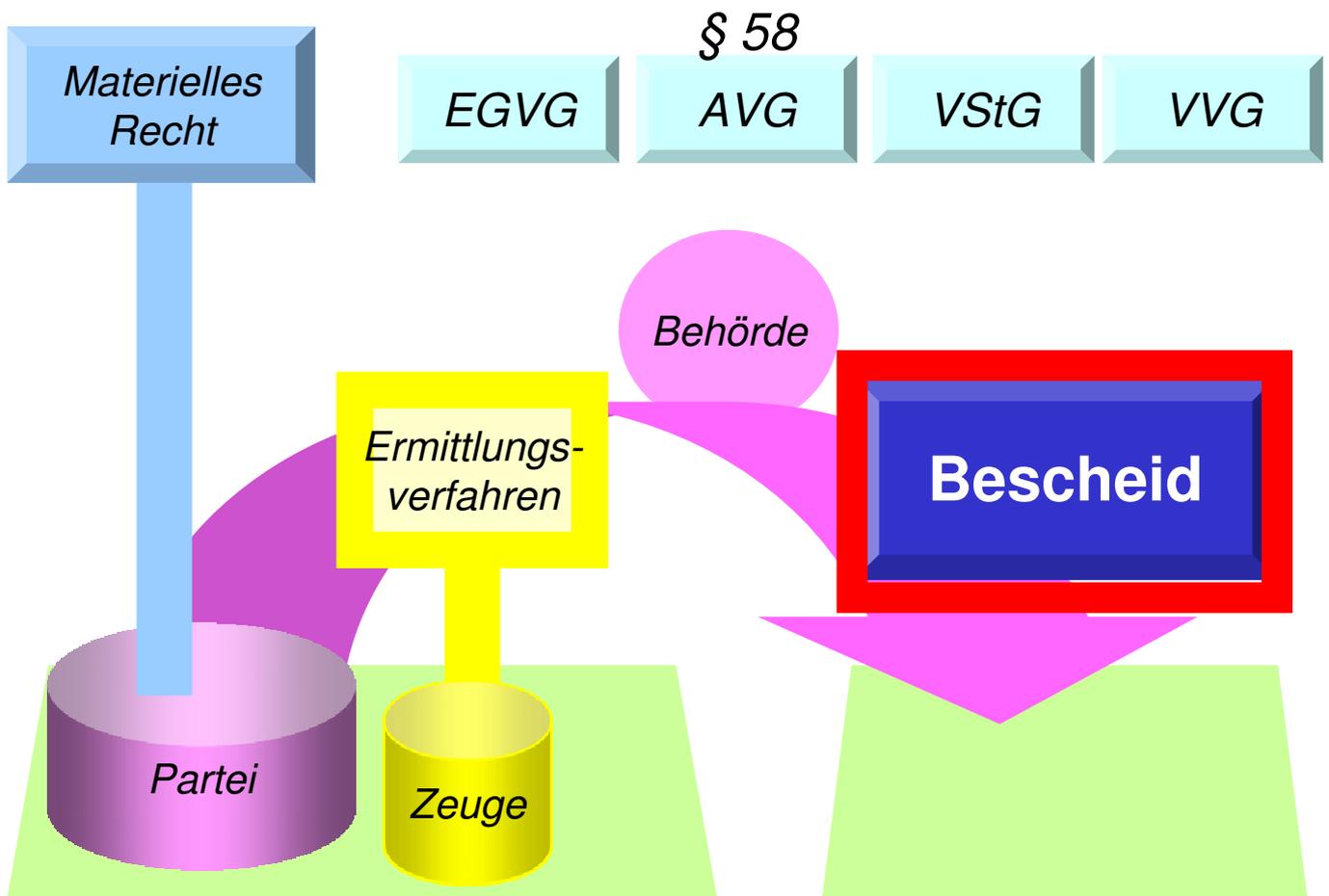
Ziel: Bescheid

*ist eine Form der Erledigung
ist ein individueller Rechtsakt einer
Verwaltungsbehörde*



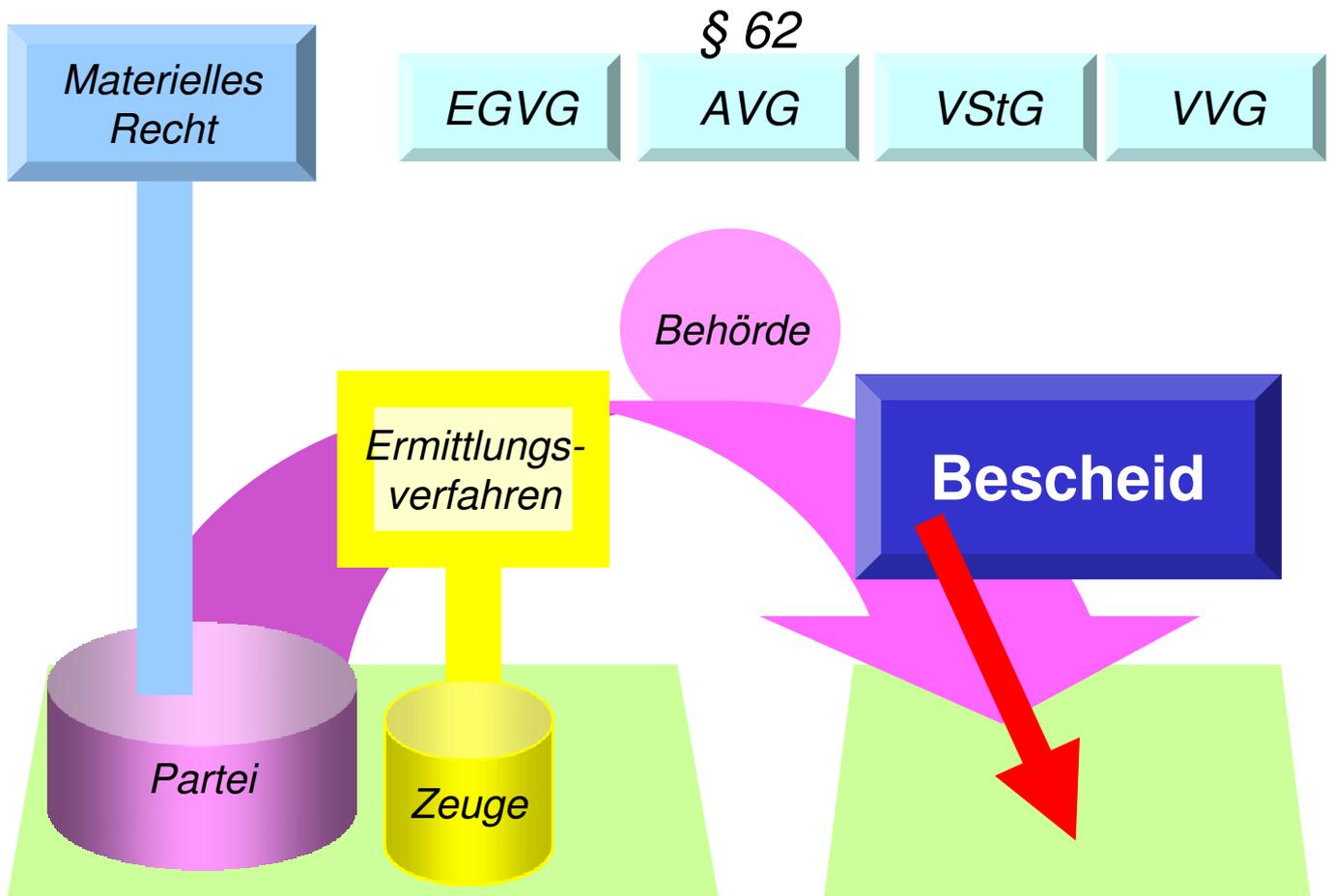
Ziel: Bescheid

*nicht: generell – VO, nicht NR (Gesetze),
nicht Gericht – Urteil
nicht Privat-wirtschafts-verwaltung - Verträge*



Teile des Bescheides

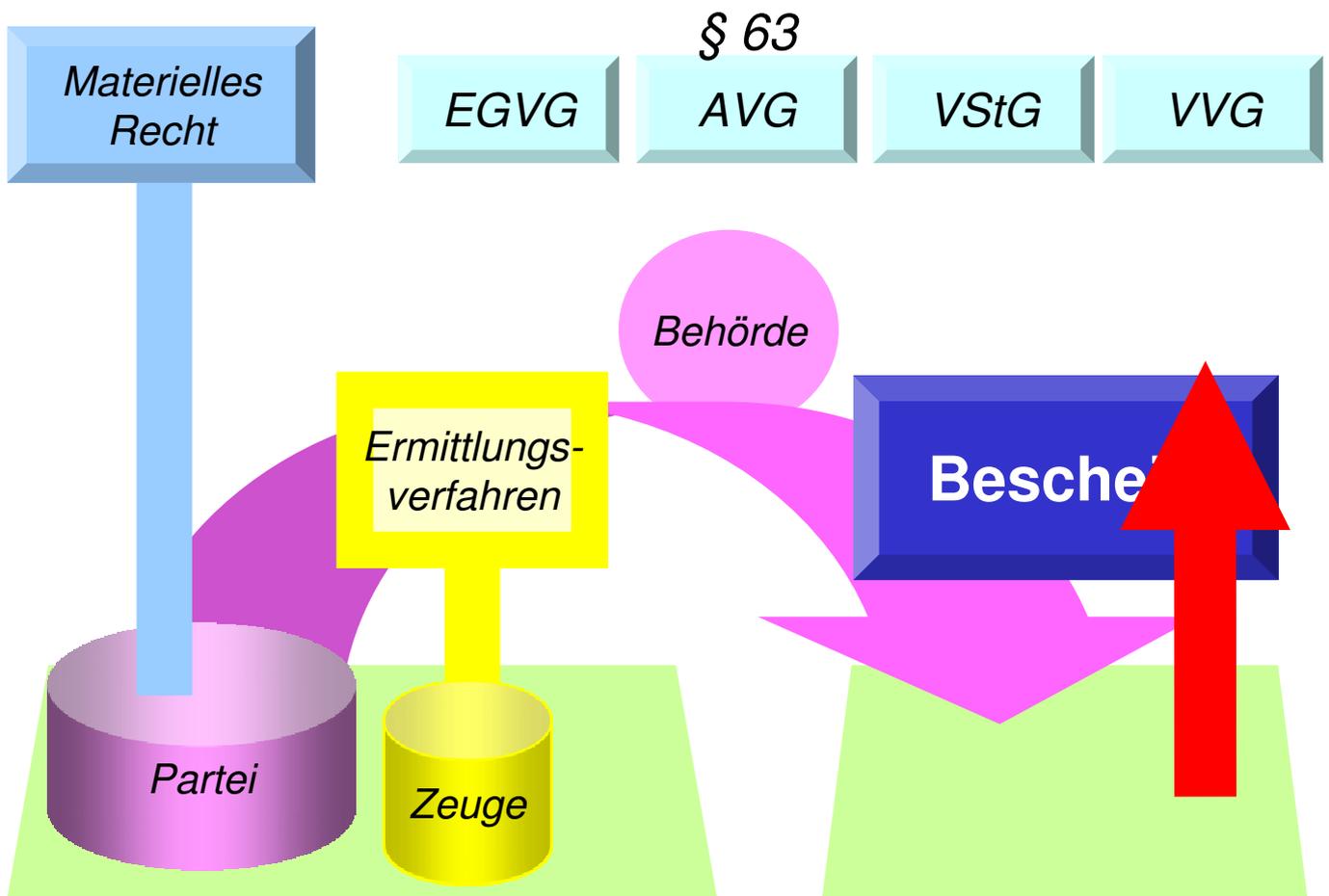
- *Spruch (kurz aber wichtig)*
- *Begründung (oft lang und unverständlich)*
- *Rechtsmittelbelehrung*
formelle Info: Berufung an 2. Instanz,
Beschwerde an VwGH, VfGH
- Datum, Name der Behörde, Unterschrift*



Zustellung des Bescheides

*RSa blau eigenhändig
kommt 2 mal aber nur zum Empfänger*

*RSb weiss Ersatzzustellung
kommt 1 mal, auch zu Mitbewohner*

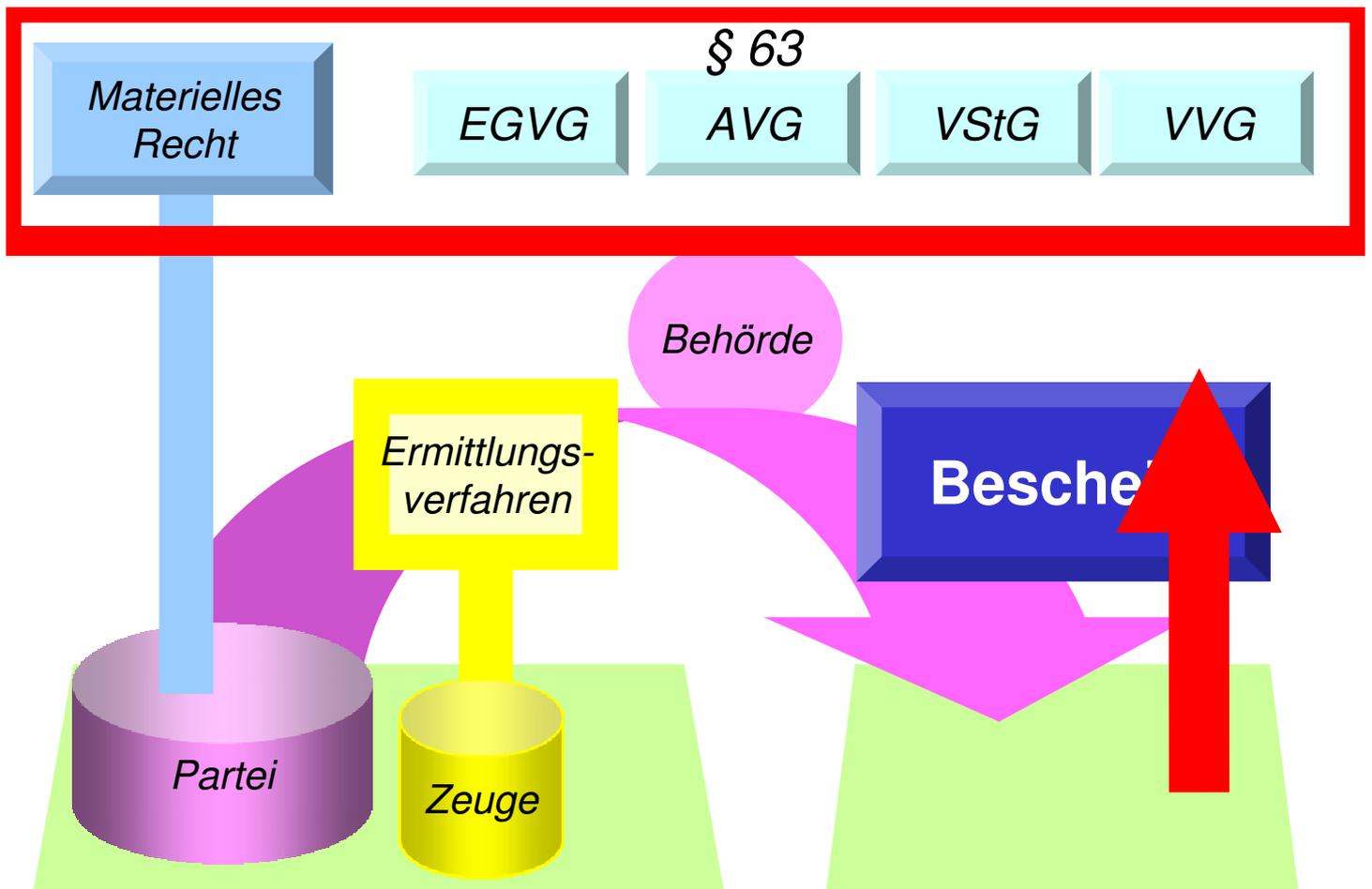


begründete Berufung:

innerhalb von 2 Wochen

zur Post am letzten Tag um 23.55 Uhr

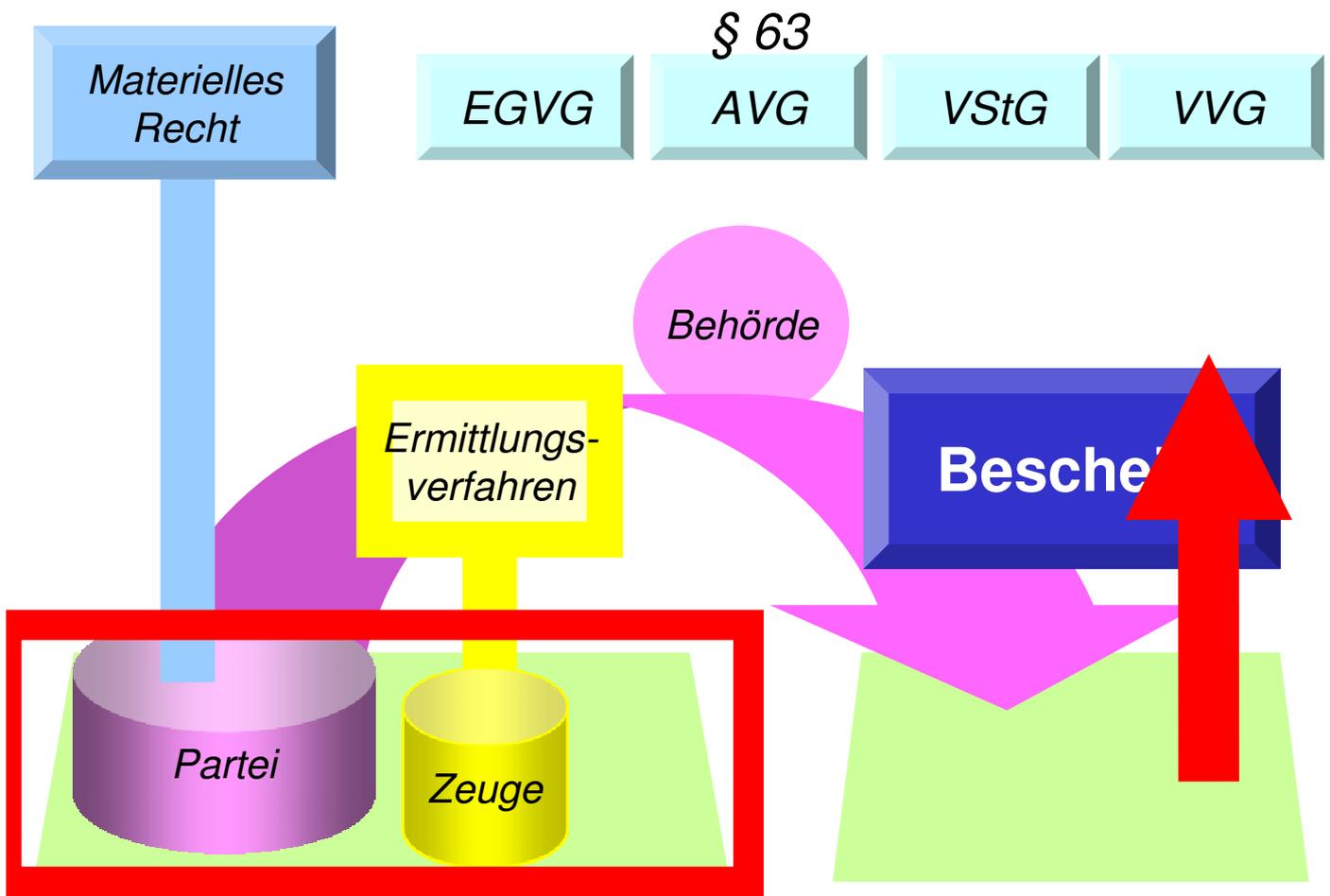
neue Probleme mit Fax und Mails



begründete Berufung

Rechtsfragen

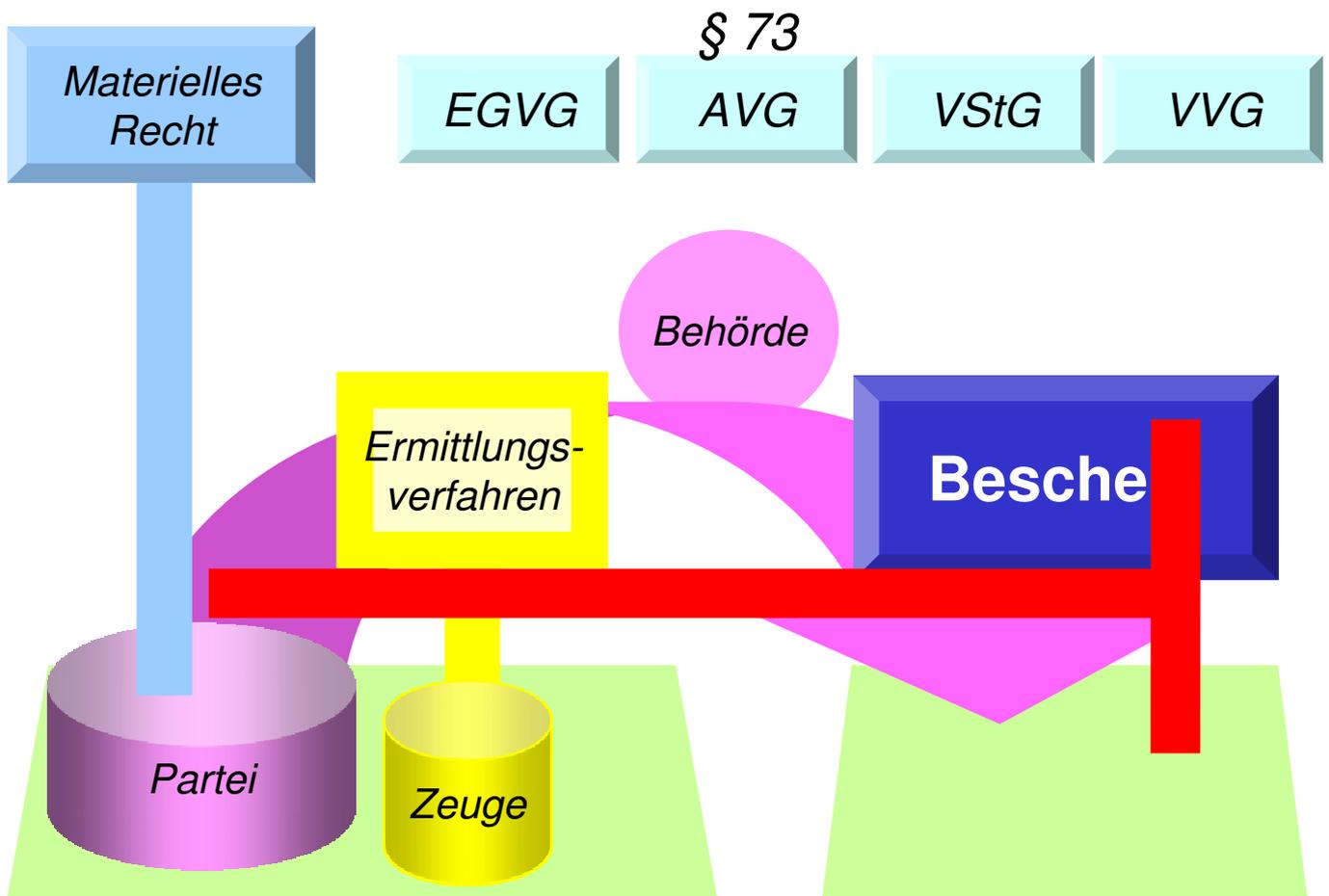
falsche §§ zitiert
oder
Verhalten ist erlaubt



begründete Berufung

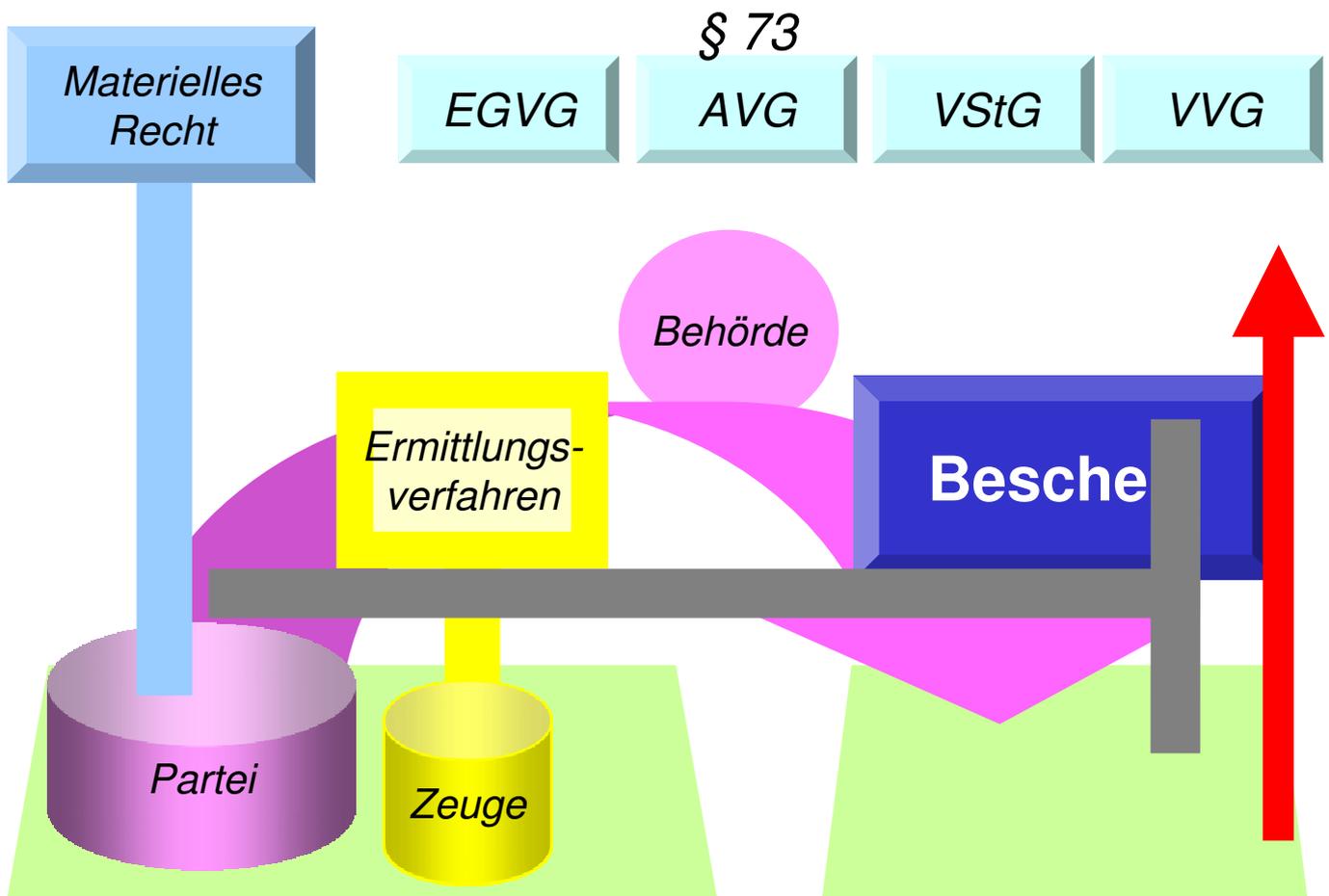
*Sachverhaltsfragen
Wirklichkeit war anders
Zeugen sagen nicht richtig aus*

nicht bei VwGH und VfGH



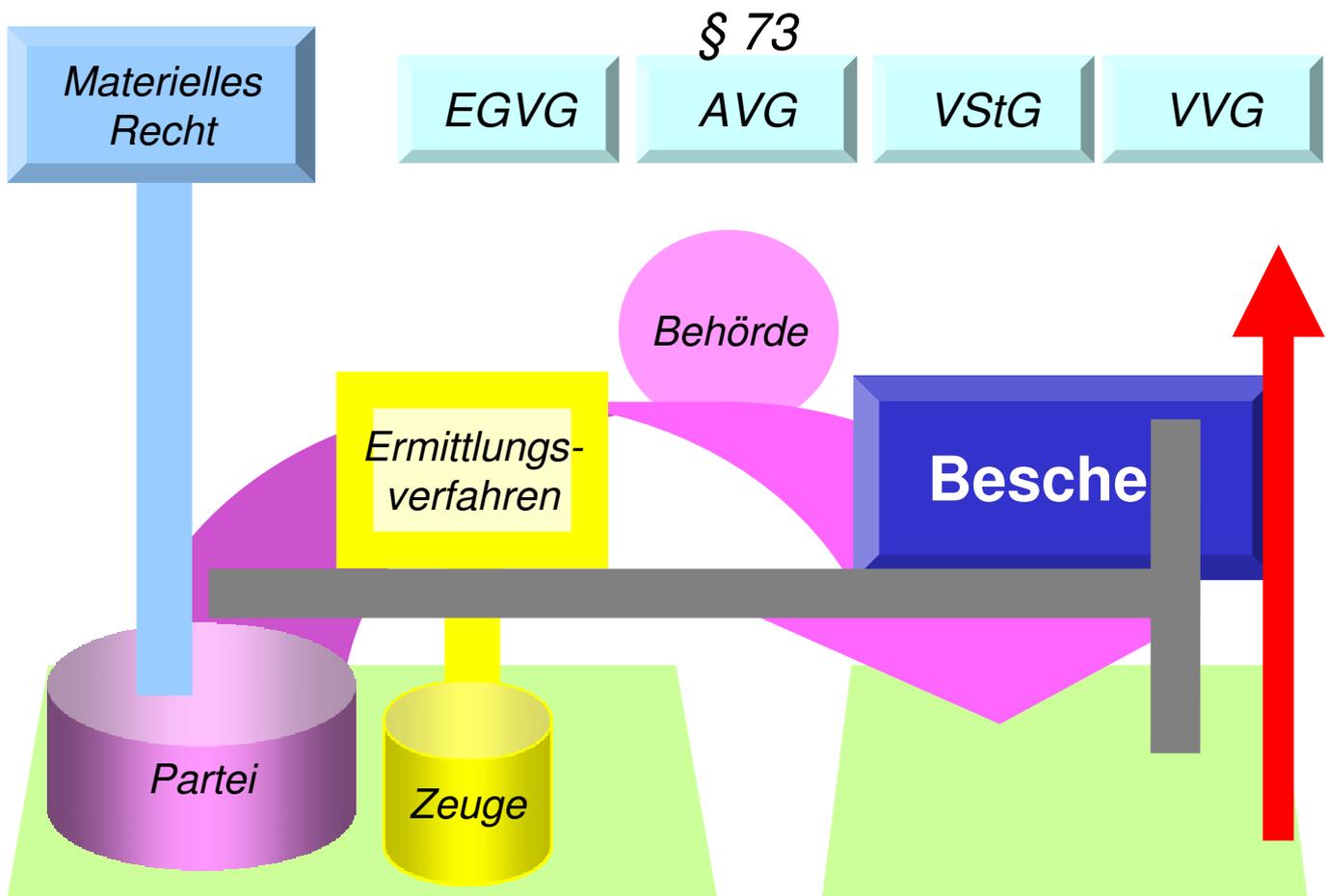
Entscheidungsfrist

*6 Monate ab Anbringen
soll der Bescheid **zugestellt** sein*



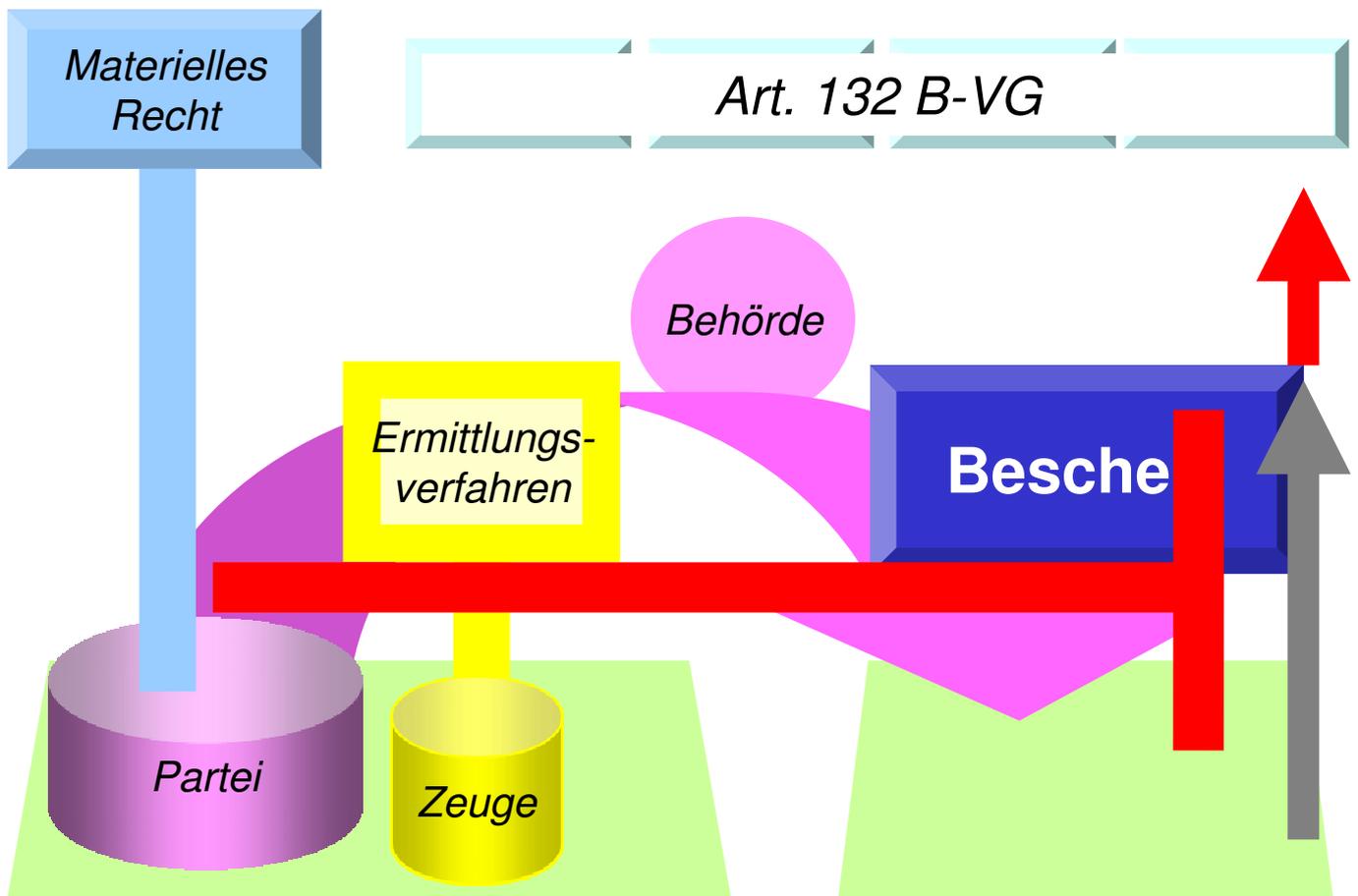
Entscheidungsfrist

*Ist der Bescheid **nicht zugestellt**
kann ein Devolutionsantrag gestellt werden*



Entscheidungsfrist

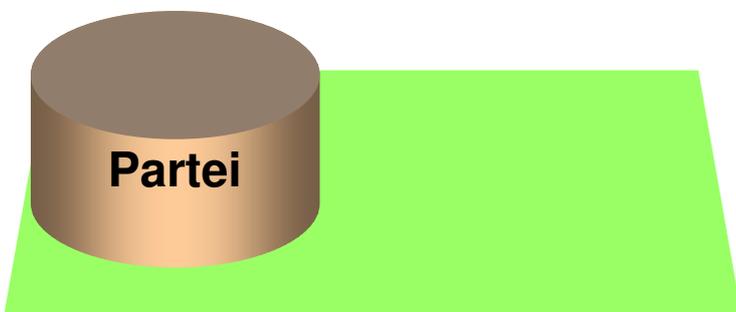
*Mit dem Devolutionsantrag geht die
Zuständigkeit auf die **nächste Instanz** über*

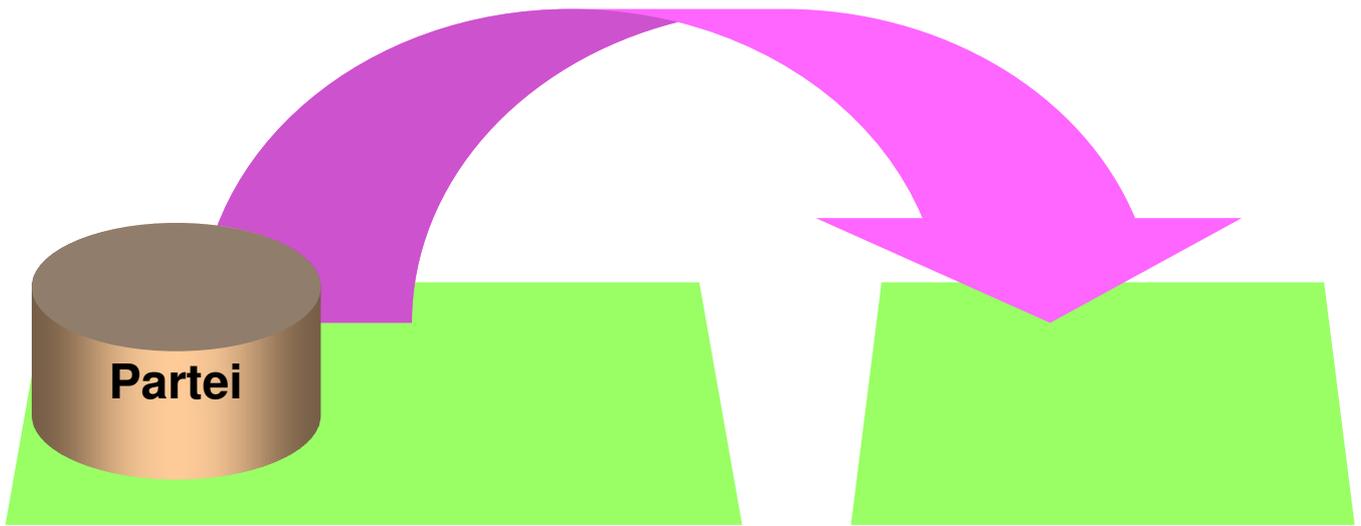


Hilft das auch nichts kann eine
Säumnisbeschwerde
an den VwGH erhoben werden

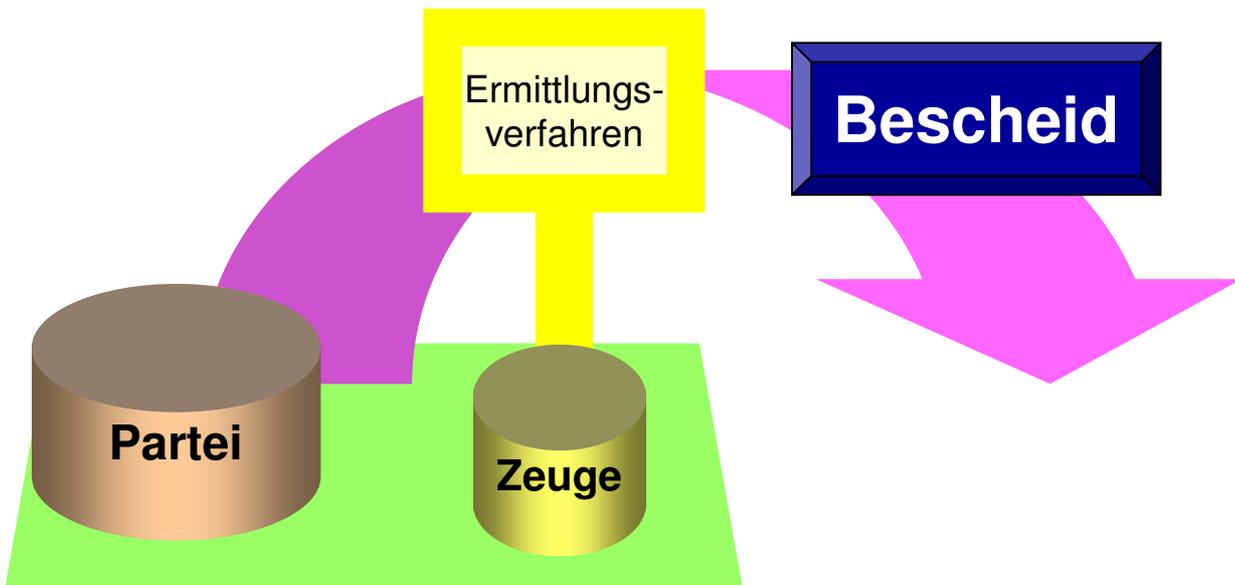
Zusammenfassung:

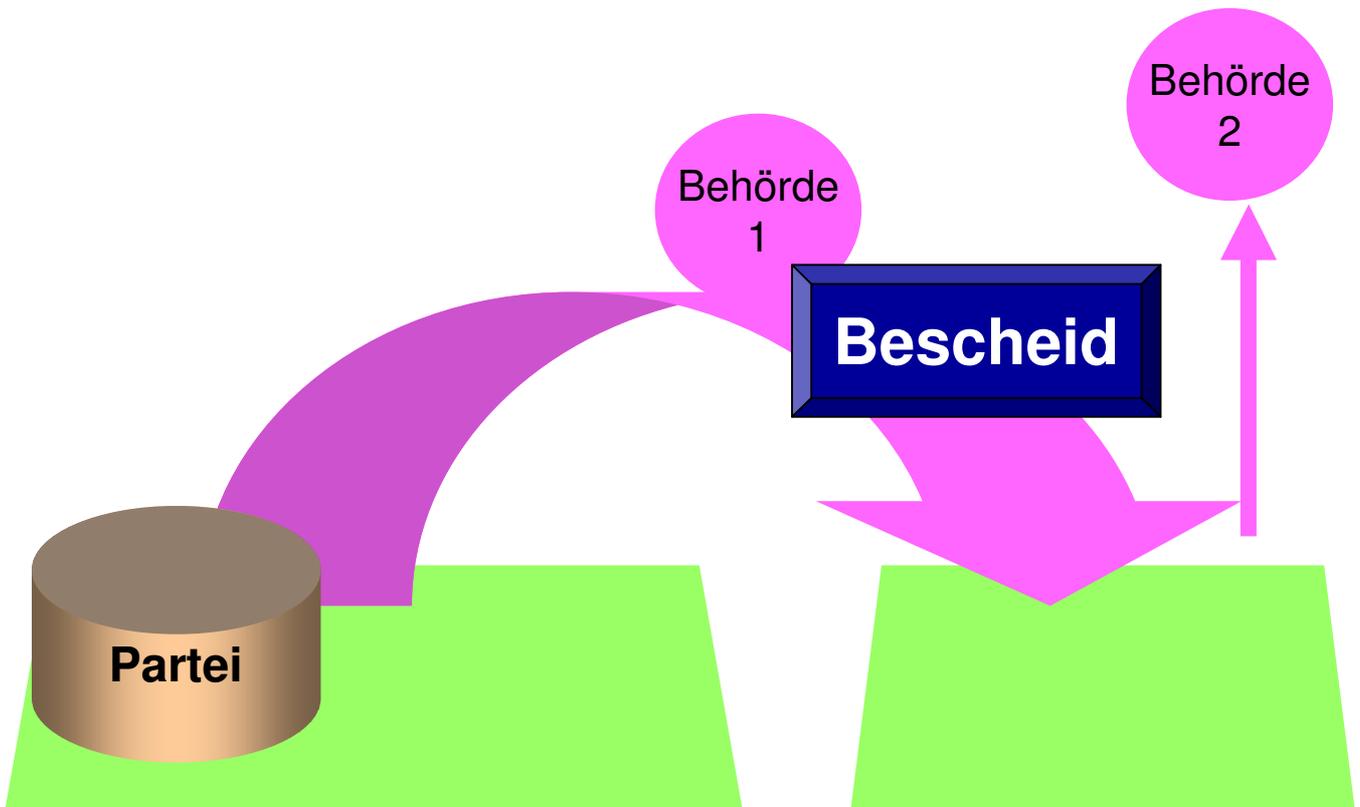
**Worum
geht es beim
Verwaltungsverfahren?**

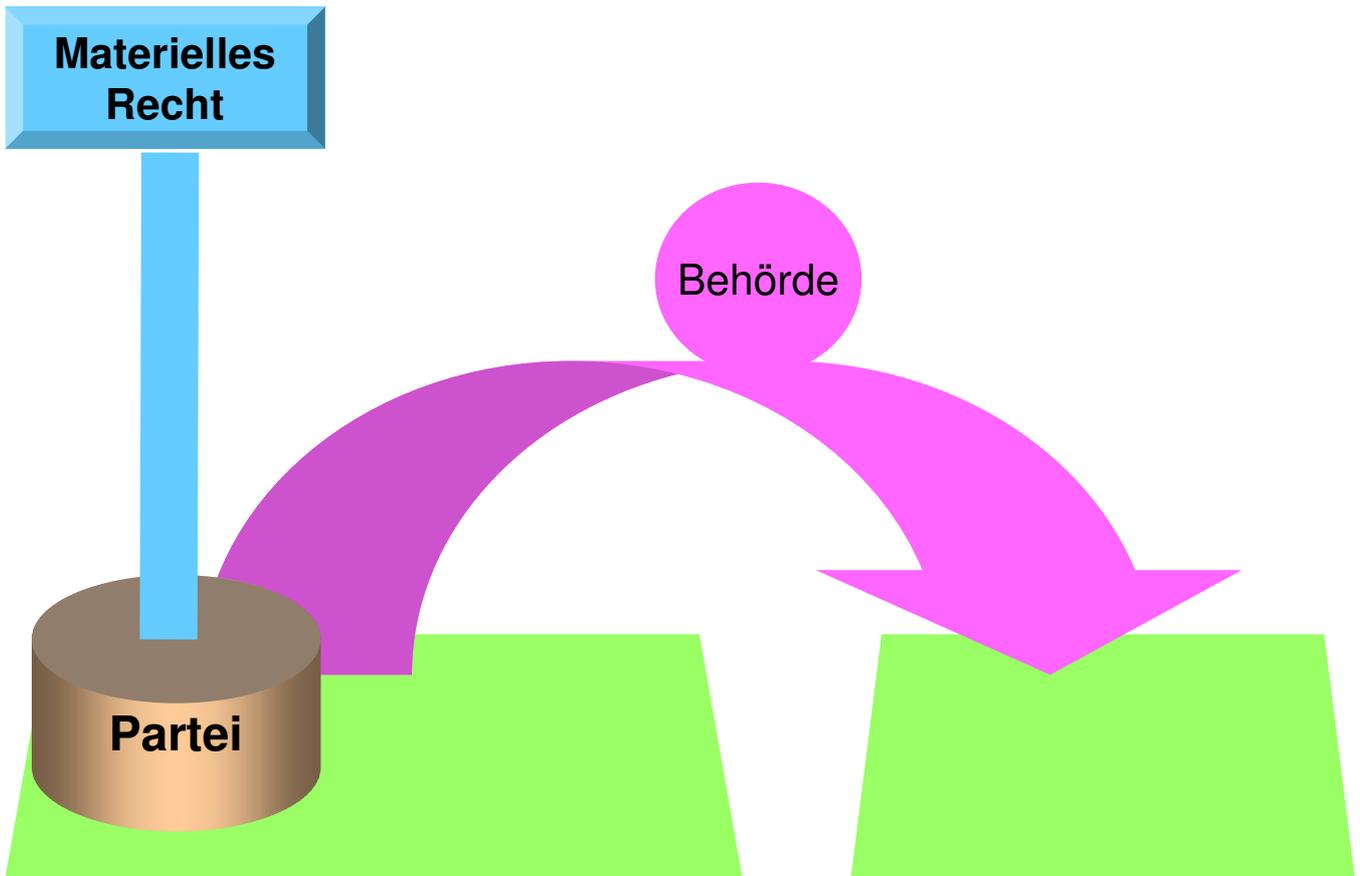












EGVG

AVG

VStG

VVG

